



10 | 2004

57. Jg., 21.–22. KW, 28. Mai 2004

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

Klaus von Dohnanyi, Matthias Platzeck, Joachim Weimann, Helmut Seitz, Martin Gillo

- Sonderwirtschaftszone »Ost« oder Förderung von Wachstumskernen

Daten und Prognosen

Hans-Dieter Karl

- Metallhandwerk kann mit leichter Erholung rechnen

Joachim Gürtler und Arno Städtler

- Leasingbranche: Geschäftsklima im Frühjahr nur wenig verbessert

Oscar-Erich Kuntze

- Spanien: Dynamische Konjunktorentwicklung mit Schattenseiten

Im Blickpunkt

Christian Hott und André Kunkel

- Kreditklima leicht verbessert

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Gebhard Flaig,
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel, Dr. Heidemarie C. Sherman, Dr. Martin Werding.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Druck: Fritz Kriechbaumer, Taufkirchen.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Sonderwirtschaftszone oder Förderung von Wachstumskernen – wie sollte eine zukünftige Ost-Förderung gestaltet werden?

3

Wieder einmal ist der Aufbau Ost in die Diskussion gekommen: Sonderwirtschaftszone oder Förderung von Wachstumskernen – was ist der richtige Weg, um Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen? Für Dr. *Klaus von Dohnanyi*, Bundesminister a.D. und Vorsitzender des »Gesprächskreises Aufbau Ost«, kann nur eine sachverständige und verbindliche Clusterstrategie eine optimale Standortverdichtung in Ostdeutschland erreichen, da es »ein Fehler war (ist), schwächeren Regionen in der Förderung einen generellen Vorrang einzuräumen«. Unterstützt wird diese Auffassung auch von *Matthias Platzeck*, Ministerpräsident von Brandenburg. Prof. Dr. *Joachim Weimann*, Universität Magdeburg, unterstreicht vor allem die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus der Wissenschaftslandschaft in den Zentren: »Bei allen Erfolgen, die in dieser Hinsicht bisher erzielt wurden, noch fehlt es der ostdeutschen Forschung an vielen Stellen an der kritischen Masse, sind die Institute, die Universitäten und Fakultäten schlicht zu klein.« Nach Ansicht von Prof. Dr. *Helmut Seitz*, Technische Universität Dresden, haben es die neuen Länder versäumt, eine geschlossene »Aufbaukonzeption« vorzulegen und lassen auch eine Abstimmung der Politik zwischen den Ländern weitgehend missen. Dr. *Martin Gillo*, sächsischer Wirtschaftsminister, dagegen möchte eine »Überprüfung des gesamten wirtschaftspolitischen Instrumentariums«.

Daten und Prognosen

Metallhandwerk kann mit leichter Erholung rechnen

18

Hans-Dieter Karl

Das Metallhandwerk zählt zu den großen Bereichen des deutschen Handwerks; in ihm sind die Metallbauer und die Feinwerkmechaniker sowie die Metall- und Glockengießer zusammengefasst. Da Metallbauer ihre Tätigkeiten vorwiegend für Bauwerke erbringen, ist der Handwerkszweig in besonderer Weise von der Entwicklung der Bauwirtschaft abhängig. Durch die seit vielen Jahren rückläufige Bautätigkeit hat sich daher auch die Lage dieser Branche stark verschlechtert und die Anzahl der Metallbaubetriebe abgenommen. Eine insgesamt günstigere Entwicklung verzeichnete in den vergangenen Jahren der Bereich der Feinwerkmechaniker, die primär als Zulieferer für größere industrielle Weiterverarbeiter tätig sind. Dennoch ist auch hier die Anzahl der Betriebe zurückgegangen. Durch die zu erwartende Stabilisierung der Bauwirtschaft und die sich abzeichnende Erholung der Industrieproduktion kann das Metallhandwerk aber wieder mit einem Umsatzzuwachs von knapp 1% im Jahr 2004 und wohl auch 2005 mit einer Aufwärtstendenz rechnen.

Leasingbranche: Geschäftsklima im Frühjahr nur wenig verbessert – noch kein Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Investitionsausgaben in Sicht

27

Joachim Gürtler und Arno Städtler

Nach den neuesten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests Leasing hat sich der ifo Geschäftsklimaindex zu Beginn des Frühjahres 2004 auf vergleichsweise hohem

Niveau gefestigt. Nach vier Anstiegen in Folge ist die Erholung der Leasingbranche im Gang. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung ist, dass die Leasinggesellschaften hinsichtlich der künftigen Geschäftsentwicklung zuversichtlicher waren als zuvor, die positiven Urteile zur Geschäftslage haben sich dagegen leicht verschlechtert. Im Einzelnen bewerteten 23% der Unternehmen ihren Geschäftsverlauf als günstig, 73% als befriedigend, und 4% der Testteilnehmer empfanden den augenblicklichen Geschäftsverlauf als schlecht. Bei der Beschäftigungsentwicklung deutet sich erstmals seit längerem eine Wende zum Besseren ab: Per saldo knapp jede zehnte Leasinggesellschaft rechnet mit einer Zunahme der Beschäftigtenzahl. Gut jedes zweite Unternehmen berichtete über Behinderungen der Geschäftstätigkeit. An erster Stelle der negativen Einflussfaktoren stehen nach wie vor Hindernisse durch rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen.

Spanien: Dynamische Konjunkturentwicklung mit Schattenseiten

31

Oscar-Erich Kuntze

In Spanien entwickelte sich die Wirtschaft im Jahr 2003 bis in den Herbst hinein stetig und expandierte anschließend beschleunigt. Das reale Bruttoinlandsprodukt wuchs um 2,4%. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt besserte sich insgesamt, aber trotz des Anstiegs der Beschäftigtenzahl um 1³/₄% verharrte die Arbeitslosenquote bei 11,3% im Jahresdurchschnitt. Denn die Erwerbsbevölkerung erhöhte sich spürbar. Die Konsumentenpreise lagen um 3,1% über dem Niveau von 2002. 2004 dürfte das reale BIP um rund 3% expandieren und die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf 11% sinken. Die Preise werden um 2³/₄% steigen. 2005 wird das reale BIP um 3¹/₄% zunehmen, die Preise werden sich im Schnitt des Jahres um etwa 3% erhöhen, und die Arbeitslosenquote wird auf 10¹/₂% fallen.

Im Blickpunkt

Kreditklima leicht verbessert

41

Christian Hott und André Kunkel

Nachdem das ifo Institut bereits im Juni und August letzten Jahres die Teilnehmer des Konjunkturtests zur Bereitschaft der Banken, Kredite zu vergeben, befragt hatte, wurde diese Sonderfrage erneut im März dieses Jahres gestellt. Wie die neuen Umfrageergebnisse zeigen, scheinen die Banken bei ihrer Kreditvergabe etwas weniger restriktiv zu sein als noch im Sommer 2003. Das Kreditklima hat sich im März 2004 gegenüber August 2003 auf sehr niedrigem Niveau leicht verbessert, wobei die Verbesserung in Westdeutschland stärker ausfiel als in Ostdeutschland. Eine Ursache für die leichte Aufhellung liegt sicher in der einsetzenden konjunkturellen Erholung, daneben scheinen die Banken aber auch unabhängig von der wirtschaftlichen Situation und der Größe ihrer Kunden ihre Bereitschaft, Kredite zu vergeben, erhöht zu haben.

Sonderwirtschaftszone oder Förderung von Wachstumskernen – wie sollte eine zukünftige Ost-Förderung gestaltet werden?

Wieder einmal ist der Aufbau Ost in die Diskussion gekommen. Die staatlichen Transfers, die von West nach Ost fließen, entsprechen jährlich rund 4% der Wirtschaftsleistung der alten Länder. Trotzdem stockt der Aufholprozess und die Arbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau. Sonderwirtschaftszone oder Förderung von Wachstumskernen – was ist der richtige Weg, um Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen.

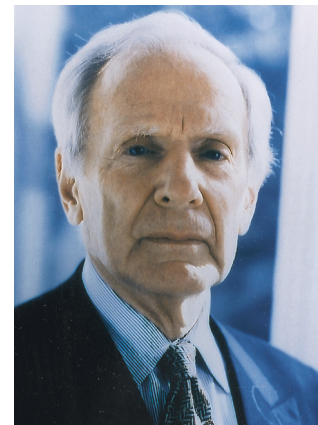
Aufbau Ost und allgemeine Reformpolitik gehören zusammen

Als Manfred Stolpe im Sommer 2003 den Bericht zur Lage in Ostdeutschland der Öffentlichkeit vorstellte, musste er ein Zahlenwerk erläutern, das kaum ermutigende Perspektiven erkennen ließ: Eine überdimensionierte Bauindustrie setzt ihren unvermeidlichen Schrumpfungsprozess fort; eine schwache Industriebasis des verarbeitenden Gewerbes zeigt zwar gute Zuwachsraten, auch im Export, jedoch nicht genug um die hohe Arbeitslosigkeit, auch Folge von Rationalisierungsschüben, abzubauen. Die wieder aufkommende Abwanderung insbesondere junger Leute, unterstreicht eine beunruhigende Perspektive. Aber dennoch, trotz dieser beunruhigenden Lage, blieb der Bericht in Parlament, Medien und Wählerschaft – jedenfalls im Westen der Republik – weitgehend unbeachtet. Das Dosenpfand war der Öffentlichkeit wichtiger als die kritische Entwicklung im Osten.

Doch auch wenn das Thema »Aufbau Ost« heute wieder in die öffentliche Debatte der Bundesrepublik gelangt ist, es bleibt das ungelöste, zentrale Thema der Zukunft unseres Landes. Denn diese Zukunft wird nicht von militärischen und auch nur zu einem kleinen Teil von transatlantischen Beziehungen bestimmt werden: Die Selbstbehauptung Deutschlands, die Bewahrung unserer sozialen und kulturellen Traditionen und deren Bedeutung in Europa und der Welt, sie werden ökonomisch getragen sein müssen, oder sie werden nicht sein: Ein wirtschaftlich schwaches Deutschland würde seine Stellung in Europa und der Welt schnell verlieren und mit seiner Kultur, seinem Sprachraum, seinen sozialen

Strukturen, und schließlich auch politisch, in das Schlepptau anderer Mächte geraten.

Die für eine Selbstbehauptung Deutschlands notwendige wirtschaftliche Stärke ist heute durch die Folgen der Vereinigung dramatisch gefährdet. Mit sehr eingehender Begründung einer umfassenden Studie zur wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik Deutschland kam die Europäische Kommission im Mai 2002 zu dem Ergebnis, dass etwa zwei Drittel der Wachstumsschwäche der heutigen Bundesrepublik Deutschland auf Folgen der Vereinigung zurückzuführen seien; ein weiterer Grund wird in der Konvergenzdynamik nach Einführung des Euro gesehen, weil Preisstabilität in Deutschland nun nicht mehr der nationalen Währung als Aufwertung zugute kommen kann und Deutschland daher heute, angesichts seiner weiterhin unterdurchschnittlichen Inflationsrate, innerhalb des Euroraumes unverhältnismäßig hohe Realzinsen zu verkraften habe. Schließlich, und man beachte dieses Urteil aus der Feder der Kommission: Westdeutschland habe seit den achtziger Jahren (Datenbasis 2001) nichts von seiner ehemaligen, hohen Wettbewerbsfähigkeit verloren, vielmehr überdecke die hohe Wettbewerbsfähigkeit des Westens in der Gesamtstatistik die noch immer mangelnde Wettbewerbsfähigkeit des Ostens. Betrachtet man die aktuellen Exporterfolge Deutschlands und die Einstufung der mikroökonomischen Leistungsfähigkeit der deutschen Unternehmen im World Competitive Report



Klaus von Dohnanyi*

* Dr. Klaus von Dohnanyi, Bundesminister a.D. und ehemaliger Erster Bürgermeister von Hamburg, ist Mitglied des »Gesprächskreises Aufbau Ost« bei der Bundesregierung.

(Davos) 2003 und 2004, dann erscheint das Urteil des Kommissionsberichts höchst plausibel.

Es ist folglich ein fataler Denkfehler, das Thema Aufbau Ost nur als ein Problem von Leipzig, Rostock oder Frankfurt/Oder zu diskutieren, während es doch längst auch ein Auszehrungsthema von Frankfurt/Main, Düsseldorf und München geworden ist. Könnte denn irgendeine Volkswirtschaft, von der über 4% des jährlichen, im »Westen« erwirtschafteten Sozialprodukts vorrangig an die Sozialsysteme der Ost-Region übertragen werden, dies folgenlos überstehen? 93 Mrd. € netto 2003! Und müsste eine vernünftige Therapie für Deutschlands Wachstumsschwäche, für seine »Schlusslicht«-Problematik, sich nicht dieses Zusammenhangs in erster Linie annehmen?

Es schein doch offenkundig, dass dann eine Lösung nicht vorrangig in Steuersenkungen liegen wird. Kann Deutschland angesichts seiner Lage überhaupt ein Niedrigsteuerland sein, wie die Opposition dies anstrebt? Müssten wir nicht erkennen, dass wegen des auch längerfristig unabweisbaren Transferbedarfs sogar bei konsequentem Sparen jede weitere Senkung von Lohn- und Einkommensteuern – die zur Stärkung des Mittelstandes gewiss und dringend notwendig ist – nur durch eine Erhöhung der indirekten Steuern möglich gemacht werden kann? Und ist es dann nicht unverständlich, dass ein Land mit so immensen Investitionsausgaben, wie sie im Aufbau Ost eingesetzt wurden und werden, ausgerechnet bei der den Konsum eindämmenden Mehrwertsteuer am unteren Ende der europäischen Steuersätze liegt? Wäre eine konjunkturgerechte Erhöhung dieser indirekten Steuer nicht letztlich der entscheidende Weg, um die auch den Aufbau Ost finanzierenden Lohnnebenkosten zu senken und um die Belastung der im internationalen Vergleich relativ begünstigten Rentnereinkommen ein wenig gerechter zu gestalten? Warum wird aber die Frage der Mehrwertsteuer seit Jahrzehnten prinzipiell tabuisiert? Fehlte der Mut, die Einsicht – oder beides? Oder standen eben jeweils Landtagswahlen bevor, die das Gewicht des Bundesrats entscheidend beeinflussen? Der Tellerand der nächsten Wahl hat sicher in allen Demokratien Bedeutung, aber bei uns ist er eben nur der Rand einer Untertasse!

Es bleibt eine große Enttäuschung, dass auch die heutige Bundesregierung das zentrale Problem des Aufbau Ost nicht von Beginn an im Zusammenhang beschrieben hat und dass sie auch ihre zweite Chance, 2002, nicht dafür nutzte, den steinigen Weg aus der Gefahr zu weisen. Denn in Gefahr ist Deutschland.

Jeder aussichtsreiche Weg müsste mit der Einsicht in die schwerwiegenden Folgen der Vereinigung angetreten wer-

den, die zu einem wesentlichen Teil den Fehlentscheidungen der Regierung Kohl anzulasten sind. Ihrer Bagatellisierung des Problems, ihres leichtfertigen Optimismus hinsichtlich des möglichen Aufbautempos, ihrer Verschuldungspolitik und Abschreibungsbegünstigungen. Doch von dieser Ausgangslage bestimmt, nutzt nun kein Blick zurück. Aber es nutzt auch wenig, immer nur auf die erforderlichen »inneren« Reformen zu blicken. Heute braucht Deutschland besondere Aufmerksamkeit sowohl für den systematischen Aufbau Ost als auch für eine Konzeption der Erneuerung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland insgesamt. Aufbau Ost und allgemeine Reformpolitik sind zwei verschiedene Aufgaben und gehören doch zusammen.

Denn Deutschland muss mit der Globalisierung und Europäisierung erfolgreicher umgehen als seine Nachbarn, eben wegen der schweren Last, die wir im Aufbau Ost gemeinsam zu tragen haben. Der Weg aus der Gefahr kann nicht mit einer insgesamt niedrigeren Steuerlast gepflastert sein; niedrigere Lohn- und Einkommensteuern müssten, trotz eisernen Sparens, trotz einer wachsenden Selbstbeteiligung der Bürger an Rentenbeiträgen und Gesundheitsabgaben, schrittweise (und konjunkturell angepasst) zu höheren Mehrwertsteuern führen. Der Weg aus der Gefahr führt auch nur über eine konsequente Entflechtung von Bund und Länderzuständigkeiten, und angesichts der immer unterschiedlicheren Konkurrenzbedingungen im globalen Wettbewerb nur über mehr Beweglichkeit der Betriebe, besonders in den Tarifverträgen. Und weil die »neuen« Länder nur im Wettbewerb, nur durch härtere Arbeit, klügere Nutzung der Ressourcen und durch Entbürokratisierung den Anschluss gewinnen können, sollten sie deswegen auch entschlossene Vorreiter in der Debatte um eine weitreichende Föderalismusreform sein.

Verbindliche Clusterstrategie ist notwendig

Doch ohne gezielte Förderung des Aufbau Ost, sprich Subventionen, wird es auch dann nicht gehen. Unerlässlich bleibt dabei eine deutlichere Konzentration der Wirtschaftsförderung auf die Industrie (verarbeitendes Gewerbe) und auf regionale Schwerpunkte (Wachstumskerne, Cluster), letzteres fordern auch Fortschrittsbericht und Bundesregierung. Diese regionale Konzentration kann aber ganz offenbar von den Ländern schon heute kaum im eigenen Raum, geschweige denn in Abstimmung zwischen den Ländern, geleistet werden: Zu groß ist die Versuchung des politischen Opportunismus. Es gibt zwar in einzelnen neuen Ländern Anstrengungen und gewisse Erfolge in dieser Beziehung, jedoch länderübergreifend gibt es solche kaum. Deswegen ist es notwendig, dass der Bund bei der Festlegung von Wachstumskernen (Cluster) ein Mitspra-

cherecht mindestens insoweit erhält, als Bundesmittel eingesetzt werden.

Nur eine sachverständige und verbindliche Clusterstrategie, eventuell gestützt auf Beschlüsse des Bundestages, kann eine optimale Standortverdichtung in Ostdeutschland erreichen. Die Notwendigkeit einer solchen Konzentration gründet auch auf der wissenschaftlich nachgewiesenen Tatsache, dass es ein Fehler war (ist), schwächeren Regionen in der Förderung einen generellen Vorrang einzuräumen: Die Bundesregierung allerdings will bisher, entsprechend ihrem letzten Jahresbericht, noch immer, dass nur »neben der weiterhin wichtigen Förderung strukturschwacher Regionen dem besonderen Bedürfnis der Wachstumszentren Rechnung zu tragen ist«, *Priorität* für die Wachstumskerne (Cluster) darf aber angesichts der knappen Mittel nicht »neben« der Förderung strukturschwacher Regionen bestehen: Wachstumskerne (Cluster) müssen eindeutig Vorrang bekommen, selbstverständlich verbunden mit einer entsprechenden Strategie der Verkehrsanbindungen schwächerer Regionen. Dem steht natürlich nicht im Wege, dass auch die strukturschwachen Gebiete mögliche Stärken definieren und fördern. Die Bundesregierung hat mit dem »Innoregio«-Projekt hierfür gewisse Fundamente geschaffen; sie sollten genutzt bleiben.

Für eine Umsteuerung des Aufbau Ost auf unternehmerorientierte (industriepolitische) Förderung, auf Wachstumskerne (Cluster) und die Stärkung der Finanzkraft der Kommunen, brauchen wir inhaltlich eine neue Fokussierung des Solidarpakts II (bei Garantie des ausgehandelten Volumens), insbesondere des Korb II. Die Zielsetzung sollte sein: Verstärkte Umwidmung von Infrastruktur auf direktere Unternehmensförderung durch unternehmensbezogene, wachstumsrelevante Investitionen, auch der Kommunen und Gebietskörperschaften. Und dann: Konsequente Kontrolle der Verwendung der Mittel. In diesem Zusammenhang sollte auch der Rahmen des EU-Rechtes vollständiger ausgeschöpft werden, zum Beispiel durch steuerliche Begünstigung von F&E Projekten. Und diese sollten für die kleinen Ostunternehmen offener definiert sein als vielleicht für Großunternehmen wie Siemens oder Schering. Aus einem Bericht des ifo Instituts (Regional Technology Jan. 2004) ergibt sich auch die Notwendigkeit einer deutlicheren Projektorientierung. Hierfür bedarf es ebenfalls einer sehr viel besser organisierten Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Wirtschaft und Wissenschaft.

Nur gemeinsam können Bund und Länder Wachstumskerne (Cluster), industriepolitische Ziele und die notwendigen Instrumente für die Entwicklung der Regionen in Ostdeutschland formulieren. Nur durch eine bessere und kraftvollere Fokussierung, Koordinierung und Kontrolle durch die

Bundesregierung wiederum kann der Aufbau Ost wieder Schwung gewinnen.

Der Streit über eine »Sonderwirtschaftszone Neue Länder« ist eine deutsche Wortklauberei. Wenn der Osten aufholen soll, dann kann er das nicht, würden dort dieselben Bedingungen herrschen wie im Westen: Förderung verlangt immer ein Fördergefälle – Bewässerung funktioniert nun mal nur auf diese Weise. Da es viele Besonderheiten in den neuen Ländern noch immer gibt, brauchen diese auch eine besondere Behandlung. Am Ende sind dann die »Neuen« Länder eben eine »Zone« besonderer Bedingungen – sowohl hinsichtlich ihrer Lage heute als auch der zu ergreifenden Maßnahmen. Das Wort »Sonderwirtschaftszone« kann man sich dann sparen. Wichtig, ja entscheidend ist allein, dass der Westen Deutschlands endlich begreift: Ein erfolgreicher Aufbau Ost ist auch für den Westen eine Lebensfrage. Die deutsche Wunde muss gestillt, die Verletzung geheilt werden, damit sich Deutschland in einer globalen Welt behaupten kann.



Matthias Platzeck*

Aufbau Ost effizient weiterführen

Die Aufbau-Ost-Diskussion der letzten drei Monate ist zum Teil an der Wirklichkeit vorbeigegangen. Die Vorwürfe, die bisherigen Gelder seien allesamt in den Sand gesetzt worden und der Osten sei verantwortlich für die konjunkturelle Schwäche der westdeutschen Wirtschaft stimmen so nicht. Der Westen hat uns seit vielen Jahren solidarisch unterstützt, wofür wir sehr dankbar sind. Die Transferzahlungen für den Osten können aber nicht dafür verantwortlich gemacht werden, dass Deutschland insgesamt nicht schnell genug Antworten auf die Herausforderungen der Zeit findet. Der Westen hat nach 1989/90 einen regelrechten Wirtschaftsboom durch die Wiedervereinigung erfahren. Die ostdeutschen Länder selbst waren ab 1990 von einer völligen Deindustrialisierung geprägt. 80% der Arbeitnehmer im Osten mussten sich seit der Wende mindestens einmal einen neuen Beruf suchen. Die Wirtschaftsstruktur hat sich vollkommen verändert. Im Hinblick auf die modernen »Tugenden« der Flexibilität und Mobilität macht den Menschen in Ostdeutschland tatsächlich niemand etwas vor. Neid-Debatten helfen nicht weiter. Die sinnvollen Reformüberlegungen zum Aufbau Ost dürfen nicht zu einer Entsolidarisierung der Gesellschaft führen.

Die Bilanzierung des bisherigen Aufbaus im Osten ist mit einer fast inflationären Fülle von Vorschlägen zur Neuausrichtung der Förderkonzepte für Ostdeutschland verbunden. Ein ganzer Teil dieser Vorschläge ist nicht neu, vieles davon wurde so oder ähnlich bereits Anfang oder Mitte der neunziger Jahre diskutiert – und nicht zuletzt verworfen, weil im Westen die Sorge groß war, der Osten bekäme Standortvorteile.

Richtig ist: Ostdeutschland braucht neue Wachstumsimpulse, nachdem der Aufholprozess weitgehend zum Stillstand gekommen ist. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass die Wirtschaftskraft im Osten seit einigen Jahren bei rund zwei Dritteln des westdeutschen Niveaus stagniert. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland hat sich verfestigt und verharrt auf hohem Niveau. Insoweit ist es richtig, eine Bilanz der Einheitspolitik zu ziehen und die Förderkonzepte auf den Prüfstand zu stellen.

Sonderwirtschaftszone

Die Diskussion um eine Sonderwirtschaftszone Ostdeutschland bringt uns nicht weiter. Eine Sonderwirtschaftszone im Sinne eines Niedriglohngebietes oder weiterer Deregulierungen am Arbeitsmarkt lehne ich ab. Der Osten ist dem Westen hier längst voraus. Wir haben in Brandenburg die längsten Arbeitszeiten in Deutschland, das Lohnniveau im Osten hat mit durchschnittlich 74% noch lange nicht das Westniveau erreicht, ostdeutsche Firmen sind in viel geringerem Maße tarifgebunden als westdeutsche Firmen, und ein flexibler Arbeitsmarkt ist ebenfalls vorhanden. Trotzdem ist die Situation im Osten durch ein strukturelles Arbeitsplatzdefizit gekennzeichnet. Einen Niedriglohnwettbewerb werden und wollen wir nicht bestehen. Auch mit staatlichen Zuschüssen kann man die Löhne nicht auf osteuropäisches Niveau bringen, jedenfalls kann das niemand bezahlen. Lohnkostenzuschüsse oder Kombilohnmodelle erfordern erhebliche öffentliche Mittel, führen zu weiteren Steuerausfällen und sind anfällig für Mitnahmeeffekte. Niedriglöhne helfen vor allem auch nicht bei der Ansiedlung von moderner Industrie. Genau dort liegt aber die Chance des Ostens wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.

In Bezug auf eine Sondersteuerzone müssen wir nur an den Anfang der neunziger Jahre zurückdenken, als der gesamte Osten eine Sondersteuerzone gewesen ist. Wie wir wissen, hat das zum einen lediglich zu Überkapazitäten z.B. bei Büro- und Einzelhandelsflächen geführt, zum anderen sind die Steuervorteile fast vollständig in den Westen geflossen. Auch wenn man das ganze heute vielleicht regulatorisch besser steuern könnte, um Mitnahmeeffekte zu verringern, so sehe ich doch weit und breit keine Mehrheit in Deutschland für die Gewährung steuerlicher Vorteile für Wirtschaftsinvestitionen im Osten. Die alten Länder fürchten Wettbewerbsverzerrungen und die Abwanderung von Unternehmen. Der Bund und die Länder müssten weitere erhebliche Steuerausfälle hinnehmen, die nicht verkraftbar wären. Ich wäre allerdings der Letzte, der eine vernünftige Steuerregelung zugunsten des Ostens ablehnen würde. Und die Investitionszulage, die gerade für Investitionen in die gewerbliche Wirtschaft bis 2006 verlängert wurde, zeigt, dass solche Anreizinstrumente auch positive Wirkung entfalten können.

* Matthias Platzeck ist Ministerpräsident des Landes Brandenburg.

Wachstumskerne

Zielführender und realistischer erscheint mir eine bessere Förderung von Wachstumskernen. Ich befürworte deshalb auch grundsätzlich den Vorschlag des Bundes, die Fördermittel des Bundes und der Länder künftig noch stärker auf zukunftssträchtige Wirtschaftsbereiche mit hohem Innovationspotential zu konzentrieren. Es geht um eine Stärkung der erfolgreichen oder erfolgversprechenden Branchen und Standorte nach dem Motto »Innovation fördern und fördern«. Dabei trifft der Vorwurf, in der Vergangenheit seien alle Mittel mit der Gießkanne verteilt worden, schon lange nicht mehr zu. Auch in den vergangenen Jahren wurden die immer knapper werdenden Haushaltsmittel gezielt eingesetzt, eine Clusterentwicklung findet bereits statt. Insoweit ist eine differenziertere Wahrnehmung dessen erforderlich, was in den Ländern bereits passiert. Aber man kann immer noch besser werden.

Die ostdeutschen Länder haben sich mit dem Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Manfred Stolpe, darauf verständigt, dass die Länder selbst festlegen, ob eine verstärkte Förderung von Wachstumskernen stattfindet und was gefördert werden soll. Es geht auch nicht um eine abschließende Festlegung von Wachstumskernen. Ein neu justiertes Fördersystem muss für potentielle weitere Entwicklungen offen sein. Hinsichtlich der Kriterien für die Definition von Wachstumskernen werden sich Bund und Länder noch abstimmen. Bei der Suche nach Kriterien für die Identifizierung industrieller Wachstumskerne dürften unter anderem die Anzahl und Größe der auf eine bestimmte Branche konzentrierten Unternehmen, die Zukunftsfähigkeit, die gemeinsame Zielrichtung und die Vernetzung mit Wissenschaft und Forschung eine Rolle spielen.

Potentielle Branchen/Standorte in Brandenburg wären z.B. die Biotechnologie, die Medizin- und Umwelttechnik, der Medienstandort Potsdam-Babelsberg, die Chemiezentren Schwarzeiche und Schwedt, die Verkehrs- und Luftfahrttechnik und die Energiewirtschaft. Der Tourismus ist ebenfalls eine Wachstumsbranche und stellt für viele Gebiete in Brandenburg die einzige Chance zur Schaffung neuer Arbeitsplätze dar.

Ganz wichtig ist für mich, dass eine Förderung auch dort weiterhin erfolgen kann und muss, wo gute Wachstumspotentiale vorhanden sind, aber noch kein eigentlicher Wachstumskern entstanden ist. Diese Entwicklungsmöglichkeiten können wir uns nicht durch eine zu restriktive Förderpolitik nehmen lassen. Als Beispiel möchte ich hier die Entwicklung des luftfahrtorientierten Gewerbes rund um den Flughafen Berlin Brandenburg International in Schönefeld nennen.

In der Konzeption des Bundes ist eine Grundförderung im strukturschwachen Raum weiterhin vorgesehen. Dies be-

grüße ich sehr. Der ländliche Raum bedarf auch künftig unserer Unterstützung. Auch wenn die Konzentration auf die Wachstumskerne im Vordergrund steht, dürfen die strukturschwachen Regionen von Hilfen zur Eigenentwicklung nicht abgekoppelt werden. Die Brandenburger Landesverfassung verpflichtet die Politik auf das Staatsziel, in allen Landesteilen gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und zu erhalten. Dabei ist klar: Gleichwertig ist nicht gleich. Wir haben zu konstatieren, dass nicht in allen Dörfern gleich gefördert werden kann. Es ist nicht populär, Förderwünsche abzulehnen und zu erklären, dass es weniger gibt. Wir kommen aber nicht umhin, uns auf die Zugpferde für die Wirtschaft zu konzentrieren. Wenn diese erfolgreich sind, strahlt das auch auf die schwächeren Regionen aus.

Noch völlig offen ist, welche Förderprogramme des Bundes für eine Konzentration der Förderung auf Wachstumskerne herangezogen werden sollen. Hier kommen die verschiedenen Förderprogramme des Bundesverkehrsministeriums, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundeslandwirtschaftsministeriums in Betracht. Soweit auch eine Konzentration im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Wirtschaftsförderung beabsichtigt sein sollte, müssten verschiedene Aspekte berücksichtigt werden. Die GA-Wirtschaft ist für die neuen Länder als Instrument zur Kofinanzierung von EU-Mitteln unerlässlich. Diese Kompatibilität muss zwingend erhalten bleiben. Das Finanzvolumen der GA-Wirtschaft muss ebenfalls auf hohem Niveau erhalten bleiben. Dies ist durch die im Solidarpakt II von 2005 bis 2019 festgeschriebenen Mittel in Höhe von insgesamt 156,5 Mrd. € bzw. den aus dieser Summe gespeisten sog. Korb 2 mit 51 Mrd. € sicherzustellen. In der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung steht die GA-Wirtschaft momentan auf dem Prüfstand. Dies bezieht sich aber nur auf das Instrumentarium als solches, nicht auf die Summe der den neuen Ländern zugesagten Bundesmittel. In dieser Frage sind die alten Länder mit den neuen Ländern solidarisch.

Forschungsförderung

Flankierend zu einer Konzentration von Fördermitteln auf Wachstumskerne halte ich eine bessere Forschungsförderung im Osten für den Schlüssel zu einer besseren Zukunft.

Die von Klaus von Dohnanyi vorgeschlagene Konzentration der Forschungsförderung auf den Osten wird von mir uneingeschränkt unterstützt. Der Osten hat hier erheblichen Nachholbedarf. Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind oftmals junge Einrichtungen. Sie mussten und müssen sich das Renommee alteingesessener Hochschulen und die internationale Reputation erst erarbeiten. Der Bereich der universitären Forschung muss weiter aus-

gebaut werden. Mit der nach der Wende einsetzenden Deindustrialisierung gingen zudem wichtige Bereiche der Forschung und Entwicklung in den Unternehmen verloren. Noch heute sind in Ostdeutschland forschungs- und entwicklungsintensive Branchen unterproportional vertreten. Aufgrund der geringen Größe der Unternehmen (nicht zu vergleichen mit den KMUs im Westen) findet nur wenig betriebliche Forschung statt. Dies macht eine Kompensation durch eine verstärkte öffentliche Forschung erforderlich.

Die Zukunft des Ostens liegt in der Entwicklung und Produktion wissensintensiver Produkte und Dienstleistungen. Es gibt keine Alternative zu einer auf modernem Human- und Sachkapital beruhenden Wirtschaftsstruktur, die in stärkerem Maße als heute exportfähig ist. Hier sind am ehesten nachhaltige Wirtschafts- und Beschäftigungseffekte zu erzielen. Die Verzahnung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft muss weiter gestärkt werden. Ziel ist eine nachhaltige Wertschöpfungskette basierend auf Bildung, Ausbildung, Qualifizierung, Unternehmergeist, Ausgründung/Investition und wirtschaftlichem Erfolg.

Fazit

Der Aufbau Ost ist viel mehr eine Erfolgsgeschichte als ein Beispiel für Versagen. Großes ist in den letzten 14 Jahren von allen Deutschen geleistet worden. Der Osten hat Flexibilität bewiesen, der Westen hat finanziell geholfen in dem gemeinsamen Verständnis gleichwertige Lebensverhältnisse in West und Ost zu schaffen. Soweit sind wir noch nicht, aber wir sind auf dem Weg dorthin. Was Ostdeutschland braucht ist Zeit und Durchhaltevermögen. Die neuen Länder werden noch über Jahre auf Finanzhilfen und damit auf die Solidarität des Bundes und der wirtschaftlich stärkeren Länder angewiesen sein.

Der Osten ist bereit, die Fördermittel künftig noch zielgerichteter einzusetzen. Wir wollen besser werden, wir können besser werden und wir werden besser werden. Voraussetzung dafür ist aber, dass der Bund die im Solidarpakt II zugesagten Mittel auch tatsächlich zur Verfügung stellt. Eine Kürzung der Investitionsfördermittel der GA-Wirtschaft durch die Bundesregierung gefährdet eine tragende Säule des Aufbau Ost und steht nicht in Einklang mit dem Solidarpakt II. Die Diskussion um einen besseren Mittelersatz sollte nicht von Mittelkürzungen überlagert werden.



Joachim Weimann*

Vorteil Ostdeutschland

Es ist nicht schwer, schlechte Nachrichten über Ostdeutschland zu verbreiten, denn die Lage dort ist ernst, und sie wird durch die Osterweiterung der EU nicht einfacher. Wahrscheinlich ist das auch der Grund, warum so wenig über Ostdeutschland gesprochen wird: Man kann es schlicht nicht mehr hören. Aber vielleicht ist es gar nicht notwendig, immer nur schlecht über die neuen Bundesländer zu sprechen, ja vielleicht ist es an der Zeit, dem tief verwurzelten Glauben an die Hoffnungslosigkeit der ostdeutschen Sache eine etwas realistischere Sicht entgegen zu halten. Gute Wirtschaftspolitik und gute wirtschaftspolitische Beratung haben eines gemeinsam: Sie analysieren den Status quo ohne Vorbedingung und ohne Scheuklappen, d.h. sie identifizieren schonungslos Schwächen und Stärken. Wirksame Krisenbekämpfung setzt voraus, dass man Schwächen überwindet und Stärken nutzt, ausbaut und unterstützt. Der Krisenbekämpfung in Deutschland mangelt es an dieser Einsicht. Sie kapriziert sich darauf, dass nur eine möglichst brutale Konfrontation der Öffentlichkeit mit der nackten Wahrheit noch helfen kann, das Steuer im letzten Moment herumzureißen – bevor der Wagen gegen die Wand fährt. Der Verbreiter positiver Sichtweisen und guter Botschaften wird angesichts dieser Notwendigkeiten schon mal leichtfertig als Gesundheitsbeter abgetan oder der schlichten Inkompetenz bezichtigt.

Die Stärken Ostdeutschlands: Kombination von Transformationsökonomie und einer der weltbesten Infrastrukturen

Trotz dieser Gefahr soll hier der Versuch unternommen werden, die Situation Ostdeutschlands *einschließlich* ihrer star-

* Prof. Dr. Joachim Weimann ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Universität Magdeburg.

ken Seiten einzuschätzen – ohne die Schwächen zu leugnen. Beginnen wir mit den Stärken. Worin liegt der »Vorteil Ostdeutschland«, von dem im Titel die Rede ist?

Ostdeutschland ist nach wie vor eine Transformationsökonomie. Der Übergang zu einer selbständig lebensfähigen Marktwirtschaft ist längst noch nicht abgeschlossen. Man muss das bedauern, und fast 14 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es eine ernüchternde Feststellung. Aber Transformationsökonomien haben ihre *Vorteile* und auch Ostdeutschland kann davon einige aufweisen.

Da sind als erstes die niedrigen Löhne zu nennen. Natürlich sind die Löhne in Ostdeutschland nicht typisch für Transformationsökonomien, aber sie sind dennoch fast 30% niedriger als in Westdeutschland – immerhin. Typisch für Transformationsökonomien ist weiterhin die hohe Motivation derjenigen Menschen, die dort eine neue Chance erhalten, d.h. in wettbewerbsfähigen Unternehmen beschäftigt sind. Der im letzten Jahr gescheiterte Streik der Metaller spricht Bände. Die Menschen in Ostdeutschland sind nicht gewillt, Chancen, die ihnen geboten werden, ungenutzt zu lassen. Sie unterscheiden sich in dieser Eigenschaft nicht von den Bewohnern anderer Transformationsökonomien. Dazu kommt, dass die ehemals viel beschworenen »deutschen Tugenden« auch heute noch vorhanden sind – allerdings nur noch selten Erwähnung finden. Fleiß, Disziplin, Organisationstalent und Anpassungsfähigkeit sind Eigenschaften, die ausländische Investoren zu schätzen wissen und die sich in Ost- wie Westdeutschland in hoher Dichte antreffen lassen.

Ein dritter, für Transformationsökonomien typischer Vorteil kommt hinzu: niedrige Bodenpreise und ein insgesamt niedriges Preisniveau im lokalen Sektor. In Ostdeutschland sind die Mieten und Grundstückspreise seit geraumer Zeit im freien Fall. Der Wohnungsmarkt ist durch ein erhebliches Überangebot gekennzeichnet, in vielen Städten werden mehrgeschossige Wohnhäuser abgerissen. Vielen Menschen erscheint dies als Zeichen der Entvölkerung Ostdeutschlands und damit als ein Symbol des Niedergangs. Dabei ist es ein riesiger Vorteil, den ostdeutsche Städte dadurch gewinnen: Sie haben Platz, um städtebauliche Träume wahr werden zu lassen, um Investoren mit exzellenten Standorten zu versorgen und Menschen unter Bedingungen in großen Städten wohnen zu lassen, von denen westdeutsche Innenstadtbewohner nur träumen können. Die Preise für lokale Güter folgen den niedrigen Löhnen und Mieten. Verglichen mit Westdeutschland ist das Leben in den neuen Ländern sehr preiswert.

Wenn auch in abgemilderter Form, so sind die typischen Vorteile eines Transformationslandes auch in Ostdeutschland anzutreffen. Aber darin liegt natürlich keine Besonderheit, denn in unmittelbarer Nachbarschaft finden sich diese Vorteile in Reinkultur neuerdings auf dem Territorium der EU. Die Besonderheit der neuen Bundesländer ergibt sich aus der

Kombination der Transformationslandbedingungen mit den Bedingungen, die eines der best entwickelten Industrieländer der Erde einem Investor bieten kann. Die Infrastruktur in ganz Deutschland, auch in seinem Ostteil, ist Weltspitze. Sämtliche Netzwerke, gleichgültig ob sie aus Schienen, Straßen, Kabeln oder Wasserwegen bestehen, müssen keinen Vergleich mit anderen hoch entwickelten Industrienationen scheuen. Ein Blick auf Länder wie England oder Frankreich zeigt, dass die Ausstattung, über die Ostdeutschland verfügt, bereits jetzt mindestens gleichwertig, in vielen Bereichen deutlich besser ist. Aber nicht nur die Netzwerke haben Weltstandard, auch die institutionelle Infrastruktur entspricht dem hohen Niveau eines entwickelten Industriestaates. Bei allen berechtigten Klagen über das deutsche Bildungssystem: Die Menschen in Ostdeutschland sind nicht nur besonders motiviert, sie sind auch gut ausgebildet. Das duale System hat sich im Rahmen der beruflichen Bildung auch in Ostdeutschland bewährt und stellt dem Arbeitsmarkt hoch qualifizierte Facharbeiter zur Verfügung, die in typischen Transformationsländern Mangelware sind. Die Universitäten in Ostdeutschland sind inzwischen weit genug ausgebaut, um den notwendigen Akademikernachwuchs zu produzieren, und sie sind vor allem in der Lage, Nachwuchs hervorzubringen, der gelernt hat, sich in Marktwirtschaften und unter Wettbewerbsbedingungen zu behaupten. Und schließlich ist in Ostdeutschland eine bemerkenswerte Forschungslandschaft entstanden, die in erheblichem Maße von dem Wissens- und Kapitaltransfer profitiert, der seit 1990 im Forschungssektor stattgefunden hat. Deutschland ist immer noch das innovativste Land der EU (gemessen in der Zahl der Patente pro 100 000 Einwohnern), und Ostdeutschland kann inzwischen dazu einen eigenen Beitrag leisten.

Die Kombination von Transformationsökonomie und einer der weltbesten Infrastrukturen ist einmalig. Sie ist in dieser Form an keiner anderen Stelle auf dieser Erde anzutreffen, und sie macht Ostdeutschland zu einem exzellenten Investitionsstandort.

Die Tatsache, dass Ostdeutschland in diese Lage gekommen ist, verdankt es den massiven Kapitalimporten aus Westdeutschland und den enormen Transferleistungen, die seit der Wiedervereinigung bis heute fließen. Dass es solcher Leistungen nach wie vor bedarf, liegt daran, dass die neuen Länder den Vorteil, den sie gegenüber anderen Standorten besitzen, bisher noch nicht im notwendigen Umfang nutzen konnten. Der Kern des ostdeutschen Wirtschaftsproblems ist nach wie vor die zu geringe Zahl von Unternehmen und vor allem das Fehlen von großen Unternehmen. Die Zahl der Ansiedelungen ist genau wie die Zahl erfolgreicher Unternehmensgründungen noch immer viel zu klein. Wenn man lernen will, wie sich dieses Kernproblem bewältigen lässt, ist es ratsam, sich die Erfolgsgeschichten näher anzusehen. Dabei wird schnell ein leicht interpretierbares Muster erkennbar. Erfolge sind in Zentren entstanden,

in denen innovative Produkte in konzentrierter Form gefördert wurden und in denen es eine erfolgreiche Verbindung bzw. Anbindung an wissenschaftliche Forschungsinstitutionen gibt. Die optische Industrie in Jena, die Mikroelektronik in Dresden, der Automobilbau in Leipzig oder auch die Biotechnologie in Sachsen-Anhalt sind Beispiele dafür.

Konzentration auf Zentren notwendig

Die Lehren, die sich daraus für die Wirtschaftsförderung ableiten, sind einfach: Es bedarf einer Bündelung der Kräfte und einer Konzentration auf die Zentren. Nur wenn es gelingt, Agglomerationseffekte anzustoßen, besteht Hoffnung darauf, dass sich eine nachhaltige Wachstumsdynamik entwickelt. Agglomerationen können auch auf dem flachen Land entstehen, aber das ist selten und deshalb sollte niemand darauf setzen. Erfolg versprechend ist dagegen der weitere Ausbau der Wissenschaftslandschaft in den Zentren. Bei allen Erfolgen, die in dieser Hinsicht bisher erzielt wurden, noch fehlt es der ostdeutschen Forschung an vielen Stellen an der kritischen Masse, sind die Institute, die Universitäten und Fakultäten schlicht zu klein. Wer hier etwas bewegen will, muss klotzen und darf nicht kleckern. Leider ist gegenwärtig nicht einmal mehr das Kleckern möglich. Unter dem Druck der angespannten Haushalte haben die neuen Länder begonnen, in den Universitäten eine Art Deinvestitionspolitik durchzusetzen. Wirtschaftspolitisch sicherlich das schlechteste, was man tun kann, finanzpolitisch an vielen Kabinetttischen aber offenbar die Ultima Ratio.

Dennoch fehlt es nicht wirklich am Geld. Für geraume Zeit werden die EU-Fördermilliarden ebenso weiter fließen wie die Mittel aus dem Solidarpakt. Woran es fehlt, ist der politische Mut, diese Ressourcen konzentriert einzusetzen. Weder in Berlin noch in den Landeshauptstädten ist die Bereitschaft besonders ausgeprägt, sich mit den Vertretern der Gruppen anzulegen, die von der Gießkannenpolitik, die vielerorts betrieben wird, profitieren. Aber man sollte ernsthaft darüber nachdenken, ob diese Politik nicht längst ihre Wirkungslosigkeit nachgewiesen hat und ob man sie nicht ersetzen sollte durch eine Strategie, die auf Konzentration, Clusterbildung und Wissenschaft setzt. Ein Beispiel: Für ein Land wie Deutschland ist die Frage nach der technischen Zukunft der Automobilität von geradezu nationaler Bedeutung. Warum sollte sich mit dieser Frage nicht eine Großforschungseinrichtung auseinandersetzen? Und warum sollte dieses nicht in Ostdeutschland lokalisiert sein? Bisher ist beispielsweise die Forschung zur mobilen Antriebstechnik so auf verschiedene Universitäten und Institute (in Süddeutschland) verteilt, dass maximal einige wenige Lehrstühle oder Institute gemeinsam an elementaren Zukunftsfragen forschen können. Eine Großforschungseinrichtung könnte dagegen von der Grundlagenforschung bis zur Verfahrenstechnik und Produktentwicklung die ganze Bandbreite ab-

decken. Eine solche Institution wäre in der Lage, gewaltige Agglomerationseffekte auszulösen und eine Ansiedlungs- und Gründungsdynamik zu entfachen, die unabhängig von weiteren Fördermitteln wäre.

Die zu geringe Zahl von Unternehmen und die zu schwach entwickelten Zentren sind sicherlich das ökonomische Kardinalproblem Ostdeutschlands. Aber die neuen Länder teilen mit dem Westen ein strukturelles Arbeitsmarktproblem, das sich mit der Osterweiterung der EU massiv verstärken dürfte: die hohe Dauerarbeitslosigkeit gering qualifizierter Menschen. Es ist eine empirisch wie theoretisch gut belegte Tatsache, dass die Anbieter einfacher Arbeit in den Industrienationen die eigentlichen Verlierer der Globalisierung sind. In Deutschland kommt erschwerend hinzu, dass das soziale Sicherungssystem dafür sorgt, dass gering qualifizierte Arbeitslose kaum Anreiz zur Arbeitsaufnahme haben und die Lohnkompression sowie die hohen Sozialabgaben dazu geführt haben, dass die Bruttolöhne inzwischen weit jenseits der erreichbaren Arbeitsproduktivität liegen. Im Ergebnis haben wir gravierende Strukturprobleme sowohl auf der Arbeitsangebots- als auch auf der Arbeitsnachfrage-seite, die sich in Arbeitslosenquoten weit über 20% niederschlagen. In dieser Situation erweist sich die EU-Osterweiterung als ausgesprochen problematisch. Das große Angebot an preiswerter einfacher Arbeit, mit dem die Beitrittsländer aufwarten, wird dazu führen, dass die Anbieter einfacher Arbeit in der Nachbarregion Ostdeutschland weiter unter Druck geraten. Dies gilt insbesondere in den grenznahen Regionen für die insgesamt mit erheblichen Arbeitsplatzverlusten gerechnet werden muss.¹

In Deutschland werden zurzeit verschiedene Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarktes diskutiert, die darauf abzielen, insbesondere die gering qualifizierten wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren. Das ifo Institut schlägt eine Nettolohnsubvention bei gleichzeitiger Absenkung des Sozialhilfeanspruchs vor, um vor allem das Anreizproblem der Arbeitsanbieter zu lösen. Das Problem dabei: Eine Stimulierung der Arbeitsnachfrage kann nur dann eintreten, wenn die Subvention bei sinkenden Nettolöhnen an die Unternehmen weitergegeben werden, so dass die Bruttolöhne sinken können. Dies wird auf den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften und der Beschäftigten stoßen und deshalb nur mit viel Härte durchsetzbar sein. Eine »sanfte Therapie«² schlagen Ronnie Schöb und der Verfasser mit der so genannten »Magdeburger Alternative«³ vor. Im Unterschied zum Vorschlag des ifo Institutes sieht diese die Subvention

¹ Dieser Effekt ist für die ehemaligen westdeutschen Grenzregionen nach der Wiedervereinigung jüngst in einer Studie von Buettner und Rincke nachgewiesen worden: T. Buettner und J. Rincke, Labour Market Effects of Economic Integration – the Impact of Re-Unification in German Border Regions, CESifo Working Paper 1179, 2004.

² So die FAZ vom 17. Mai 2004.

³ Für Details siehe: R. Schöb und J. Weimann, Arbeit ist machbar – die neue Beschäftigungsformel, Stekovics Verlag, Döbel, 2. Aufl., 2004.

der Bruttolöhne vor. Diese erfolgt durch die Erstattung sämtlicher Sozialversicherungsabgaben durch den Bundeshaushalt, für den Fall, dass ein Arbeitslosengeld-II-Empfänger zusätzlich eingestellt wird. Auf diese Weise wird jedweder Eingriff in die Tarifautonomie vermieden, die Nettolöhne bleiben unangetastet, und die Bruttolöhne fallen sofort um ca. 34%! Die Subventionierung der Bruttolöhne birgt die Gefahr, dass es zu massiven Verdrängungseffekten kommt, weil regulär beschäftigte gering qualifizierte Arbeitnehmer durch subventionierte ersetzt werden. Dieser Gefahr beugt die „Magdeburger Alternativ« durch zwei Regeln vor: Erstens wird nur die Beschäftigung subventioniert, die über die an einem Stichtag festgestellte Beschäftigung in der untersten Tariflohngruppe hinaus geht. Um die Auslagerung von Arbeitsplätzen zu reduzieren, wird zweitens mit jedem neu eingestellten gering qualifizierten nicht nur ein Erstattungsanspruch für diesen erworben, sondern zusätzlich für einen bereits beschäftigten Arbeitnehmer in der untersten Tariflohngruppe. Neueinstellung in bestehenden Unternehmen verdoppelt damit die Subvention.

Weder der Vorschlag des ifo Institutes noch die Magdeburger Alternative werden verhindern können, dass die Anbieter einfacher Arbeit durch die Osterweiterung unter Druck geraten werden. Aber die dringend notwendige Reform des Arbeitsmarktes könnte zumindest die Beschäftigungsaussichten im lokalen Sektor massiv verbessern und im handelbaren Sektor erträglicher gestalten. Je schneller dies geschieht, umso besser ist Ostdeutschland im Konkurrenzkampf mit den Beitrittsstaaten aufgestellt.

Fassen wir zusammen. Ostdeutschland hat einen Vorteil, der aus der einmaligen Kombination von Transformationslandvorteilen und einer Infrastrukturausstattung der Weltklasse entsteht. Aber Vorteil zu haben, heißt noch nicht, das Spiel zu machen oder gar den Satz und das Match zu gewinnen. Man muss den Vorteil nutzen! Eine wirksame Arbeitsmarktreform kann dabei helfen, das strukturelle Arbeitsmarktproblem der Geringqualifizierten zu lösen. Das spezifisch ostdeutsche Problem der zu geringen Unternehmensdichte wird sich nur dann lösen lassen, wenn die Forschungs- und Bildungslandschaft Ostdeutschlands drastisch ausgebaut und mit Leuchttürmen garniert wird. Gießkannenprinzip und flächendeckende Subventionen müssen der Vergangenheit angehören.



Helmut Seitz*

Zur zukünftigen Ausgestaltung des »Aufbau Ost«

Der »Aufbau Ost« ist aktuell in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt. Diese Diskussion ist schon seit Jahren überfällig und hätte eigentlich spätestens im Zuge der Verhandlungen um den Solidarpakt II geführt werden müssen.

Die diskutierten Themen sind vielschichtiger Natur und können hier nicht alle aufgenommen werden, so dass wir uns auf die aus unserer Sicht zentralen Punkte konzentrieren wollen. Hierbei handelt es sich um die Bereiche:

- Sonderwirtschaftszone Ost,
- regionale Konzentration der Fördermittel und
- die Steuerung und Kontrolle der Verwendung der Solidarpakt-Mittel durch die neuen Länder.

Sonderwirtschaftszone Ost

Wenden wir uns zunächst der Debatte um eine »Sonderwirtschaftszone Ost« zu: Die Forderung nach einer »Sonderwirtschaftszone Ost« geht von der unrealistischen Annahme aus, man könne Deutschland ökonomisch, steuerrechtlich oder EU-rechtlich problemlos zweiteilen. Wenn überhaupt, so wäre ein solches Szenarium nur unmittelbar nach dem Fall der Mauer möglich gewesen. Dann hätte man aber auch die Angleichung der sozialen Sicherungssysteme und großer Teile des Wirtschaftsrechts über einen längeren Zeitraum aussetzen bzw. erheblich abschwächen müssen. Diese Diskussion jetzt wieder aufzunehmen bringt uns nicht weiter.

* Prof. Dr. Helmut Seitz ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Empirische Finanzwissenschaften und Finanzpolitik, an der Technischen Universität Dresden. Er ist Mitglied des »Gesprächskreis Ost« der Bundesregierung.

Es ist ohnehin fraglich, was ein solcher Sonderweg bringen soll. Durchschlagende Effekte könnte man nur erreichen, wenn man solche Sonderregelungen über einen hinreichend langen Zeitraum glaubwürdig einsetzt. Ein hinreichend langer Zeitraum wäre hierbei durch die Amortisationsdauer von über mehrere Jahre getätigten Industrieinvestitionen und durch das Vertrauen der Unternehmen in die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland bestimmt. Wenn man also nicht nur ein Strohfeuer und die reine Verlagerung von Arbeitsplätzen von Ost nach West oder Steuererleichterungsfahrten beladener Lkws durch Ostdeutschland (getreu der alten Förderpolitik in Westberlin: Man lasse einen Lkw vom westdeutschen »Festland« einmal um die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche fahren) induzieren will, müsste man eine solche Politik auf einen sehr langen Zeitraum von mindestens 20 Jahren anlegen, und die Steuererleichterungen müssten erheblich sein. Sofern die Politik damit Erfolg hat, werden auch Arbeitsplätze von Kassel nach Cottbus wandern, und ggf. erreichen wir es auch, dass Ostdeutschland besser mit Standorten in Polen oder Ungarn konkurrieren kann.

Dies aber wirft die Frage auf, warum wir nicht gleich in Gesamtdeutschland die zentralen steuerlichen Defizite beseitigen. In Sachen steuerrechtlicher Bedingungen brauchen wir keinen Sonderweg für Ostdeutschland, sondern ein einfaches, transparentes und anreizfreundliches Steuersystem in Gesamtdeutschland. Hiervon würde der Osten Deutschlands viel mehr profitieren als von temporären Steuerpräferenzen, da die ostdeutsche Wirtschaft integraler Bestandteil der gesamtdeutschen Wirtschaft ist. Es geht schließlich nicht darum, aus steuerlichen Gründen Arbeitsplätze von West nach Ost zu verlagern, sondern darum mehr Arbeitsplätze in Ost und in West zu schaffen.

Ein »gespaltenes« Steuersystem zwischen Ost und West in einem Land ist nicht möglich. Möglich wäre aber ein föderal differenziertes System von Steuersätzen – bei bundes einheitlichen Vorschriften in Sachen Bemessungsgrundlage. Dies geht aber auch nur dann, wenn die Bundesländer auch bereit sind, eine hinreichende Differenzierung der Versorgung mit öffentlichen Gütern zu akzeptieren. Man kann nicht beides zugleich haben: Steueroasen in einem Teil der Republik und weitgehend vollständige Substitution von Steuermindereinnahmen infolge von Steuerpräferenzen durch Transferzahlungen aus dem »Normalsteuergelb« der Republik.

Diese gesamtdeutsche Sicht gilt auch weitgehend für »Sonderwege« in anderen Bereichen. So muss Gesamtdeutschland einen radikalen Abbau der Überbürokratisierung und überzogener Regulierungen in allen Bereichen – angefangen von der öffentlichen Auftragsvergabe über den Arbeitsmarkt bis hin zu Sozial- und Umweltstandards – in die Wege leiten. In einigen Bereichen gibt es durchaus Ostspezifika, wie beim Mieterkündigungsschutz bei massen-

haftem Wohnungsleerstand oder den Bedarf an Verkehrswegebeschleunigungsgesetzen (neue Verkehrswege werden vorwiegend im Osten und weniger im Westen der Republik gebaut). Insgesamt gesehen wirken sich unsere verkrusteten Strukturen in Deutschland im Osten der Republik wesentlich hemmender aus als in Westdeutschland, da der Aufbauprozess und die noch immer anhaltenden Strukturveränderungen in Ostdeutschland mehr Bewegungsfreiheit benötigen als die in Westdeutschland betriebene Politik des Versuchs der Besitzstandwahrung auf hohem Niveau.

Diese Politik benötigt aber den Mut, sich von Interessenvertretern in unterschiedlichsten Bereichen – angefangen von den Schornsteinfegern, die unter dem Vorwand von Sicherheit und Umweltschutz ihre Monopolstellung verteidigen, bis hin zur Subventionierung des Steinkohlebergbaus – loszusagen und den übertriebenen Hang zur Konsenspolitik durch eine Politik mit Mut zur Konfliktbereitschaft zu ersetzen. Ein solcher »Stimmungswechsel« in der Bundespolitik ist aber zurzeit bestenfalls als Silberstreifen am Horizont auszumachen, so dass der Ruf nach Experimentierlauseln aus innovationsfreudigeren Bundesländern berechtigt ist.

Regionale Förderpolitik

Nun zur Frage der regionalen Konzentration der Förderpolitik: Am Setzen von Prioritäten kommt man angesichts knapper werdender Fördermittel und der zunehmenden Einschränkung der Investitionsfähigkeit der neuen Länder – und auch des Bundes – nicht vorbei. Eine solche Politik ist auch nicht gleichbedeutend mit einer Vernachlässigung von eher »peripheren Räumen«.

Im Kern geht es darum, zunächst einmal solche Instrumente abzuschaffen, die hohe Ausgaben (oder tax expenditure) produzieren und deren Wirkungen durch Mitnahmeeffekte gekennzeichnet sind, wie z.B. die Investitionszulage. Ferner ist festzuhalten, dass die Vielfalt der Förderlandschaft in Ostdeutschland – zum Teil aber auch in Westdeutschland – kaum noch durchschaubar ist, wobei eine Vielzahl der Programme ein sehr geringes Volumen haben, deren Existenz eher auf den Umstand zurückzuführen ist, dass man »Aktivität« demonstrieren und keine noch so kleine Interessengruppe vergessen will.

Eine Politik der Förderung von »Wachstumskernen« sollte sich primär darin zeigen, dass man die Infrastrukturen und das Angebot öffentlicher Güter – insbesondere im Bereich der so genannten »weichen Standortfaktoren« – vorrangig in den ostdeutschen Agglomerationsräumen ausbaut und unterhält und dadurch »raumdifferenzierende« Faktoren schafft, die auf potentielle Investoren wie ein Magnet wirken. Es macht nicht viel Sinn z.B. die Mittel im Rahmen der Städ-

tebauförderung streng verteilt nach Quadratkilometern oder Einwohnerzahl über den Osten Deutschland zu gießen, um dann festzustellen, dass es in Dörfern, in denen in 20 Jahren ohnehin nicht mehr viele Menschen leben, hier und da schöne teuer sanierte Ecken gibt, aber gleichzeitig damit leben muss, dass es in Städten mit einem höheren Wachstumspotential und einer höheren Dichte an Menschen und Arbeitsplätzen auch noch in 20 Jahren großflächige Sanierungsgebiete gibt.

Die Fördermittel und die Infrastrukturmittel müssen prioritär an jene Orte gelenkt werden, wo die größten Erfolgsaussichten für eine kräftige Wirtschaftsentwicklung bestehen. Einhergehen muss diese Politik mit dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, wobei das primäre Ziel darin besteht, die ostdeutschen Agglomerationsräume optimal an die nationalen Verkehrswege anzubinden – was bereits zu einem großen Teil geschafft ist – und ferner die eher peripheren Räume in Ostdeutschland durch ein gut ausgebautes und dem Bedarf angemessenes Straßennetz mit den regionalen Wachstumsräumen zu verbinden – hier mangelt es noch weitgehend. Angesichts der demographischen Entwicklungen in Ostdeutschland – Entleerung von ländlich-peripheren Regionen und drastischer Bevölkerungsrückgang bis zum Ende der nächsten Dekade um durchschnittlich ca. 15% – gibt es zu dieser Politik keine Alternative. Nur so kann es gelingen, Abwanderungen aus diesen Regionen auf eine Normalmaß zu reduzieren und die Chance zu erhalten und zu gewährleisten, dass positive Impulse aus den Kernregionen in das nähere und weitere Umland überschwappen können.

Diese Politik impliziert nicht, dass Investoren der Weg in eher agglomerationsferneren Regionen verwehrt wird oder dass solche Investoren durch eine geringere Förderung »bestraft« werden. Allerdings können solche Investoren nicht damit rechnen, dass wegen einer Handvoll Arbeitsplätzen überdimensionierte Infrastrukturinvestitionen vorgenommen werden.

Im Grunde genommen ist die Neuausrichtung der Förderpolitik auf »Wachstumskerne« recht einfach zu formulieren: Wir haben es uns angewöhnt, öffentliche Gelder aus politischen Gründen nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen, d.h. wir achten darauf, dass die Mittel für den Städtebau, die GA-Infrastruktur usw. möglichst gleich – je Einwohner oder Quadratkilometer gerechnet – über das Land verteilt werden, damit es keine Verteilungsstreitigkeiten gibt. Und gibt es mal solche Streitigkeiten, dann wird eine »benachteiligte« Region mit einer Fachhochschule, einem Landgerichte oder einer Rennstrecke als Politik des Nachteilsausgleichs zufriedengestellt. Wir betreiben vorrangig Regionalpolitik als geographische Verteilungspolitik und weniger als Regionalentwicklungspolitik.

In Sachen gewerbliche Investitionsförderung sollte man mittelfristig – auch auf der EU-Ebene – dazu übergehen, die-

se von verlorenen Zuschüssen in Darlehen umzuwandeln. Ferner benötigen wir für Ostdeutschland ein Instrument, um Firmen zu unterstützen, die infolge der allgemeinen ostdeutschen Bonitätsschwäche – selbst größere ostdeutsche Unternehmen haben häufig aufgrund der mangelhaften Eigenkapitalausstattung eine schwächere Bonität als kleine Mittelstandsbetriebe in Westdeutschland – und der sehr restriktiven Kreditpolitik der Banken selbst bei vollen Auftragsbüchern in Liquiditätsprobleme laufen. Hierzu geeignet wäre öffentlich gefördertes »Risikokapital«, wobei sich die Risikokomponente aber nicht nur auf risikobehaftete F&E-Investitionen, sondern mehr noch auf den Ausgleich von Bonitätsdefiziten bezieht, ohne jedoch auf eine Prüfung der Marktfähigkeit zu verzichten.

Eine Neuorientierung der Förderpolitik muss auch einhergehen mit verstärkten Evaluationsbemühungen. Es ist leider so, dass Fördererfolg mehr daran gemessen wird, »wie viel Geld man in die Region X oder das Bundesland Y holt« als an der Frage, wie effizient (aufbaufördernd) das Projekt ist! In allen Förderbereichen muss daher sowohl eine ex ante als auch ex post Evaluation erfolgen, wobei deren Ergebnisse auch zu veröffentlichen sind, um die Politik zu disziplinieren. Hier könnten z.B. die Rechnungshöfe – unterstützt durch externen Sachverstand – eine tragende Rolle übernehmen. Hiermit eng verbunden ist auch die Forderung nach mehr Transparenz. Selbst die Ministerialbürokratie in den einzelnen Ländern kann sich ohne großen Aufwand kaum einen Überblick über die insgesamt im eigenen Land vorhandenen Förderprogramme verschaffen. Jedes Bundesland – und der Bund – müssen daher die Gesamtheit ihrer Förderprogramme – sortiert nach Bereichen gewerbliche Förderung, Kulturförderung, Förderung sozialer Einrichtungen usw. – zentral nachweisen, und auch der Nachweis der Verwendung der Fördermittel und der geförderten Projekte hat zentral und nicht dezentral (in den einzelnen Ressorts) zu erfolgen.

Effiziente Verwendung der Mittel Aufbau Ost

Nun zum Aspekt der Verwendung der Mittel im Rahmen des Aufbau Ost. Einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen des Aufbau Ost müssen die neuen Länder selbst leisten. So steht der Vorwurf im Raum, dass die neuen Länder die ihnen zufließenden Aufbaumittel im Rahmen der Solidarpakte zu einem großen Teil in den laufenden Haushalten verwenden und damit überhöhte laufende Ausgaben finanzieren. Es ist natürlich keineswegs so, dass die jetzt in den Medien kursierende gewaltige Summe von weit über 1 200 Mrd. €, die bislang in den Osten Deutschlands geflossen sind, dort versandet sind oder zur Finanzierung von Fahrradwegen, Spaßbädern und sonstigen Spiel- und Profilierungswiesen der Politik verwendet wurden bzw. werden. Bei dem weitaus größten Teil dieser Mittel handelt es sich um Transfers aus den Sozialver-

sicherungen (Renten-, Arbeitslosenversicherung usw.), die auf gesetzlichen Ansprüchen beruhen. Dass hierbei die ostdeutschen Länder aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit einen enormen Mittelzufluss haben, hat mit dem »Aufbau Ost« nichts zu tun. Dies gilt auch für die Transferzahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs. Diese Mittel dienen der allgemeinen Finanzierung der Länder- und Gemeindehaushalte in den Nehmerländern und haben keine zweckgebundene »Aufbaukomponente«. Auch hier hängen die ostdeutschen Länder und das Land Berlin am Tropf westdeutscher Geberländer, was allerdings auch auf Länder wie Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, das Saarland und Schleswig-Holstein zutrifft.

Die jüngst geübte Kritik an den neuen Ländern bezieht sich auf die Verwendung der für den Aufbau Ost bestimmten Mittel im Rahmen des Solidarpaktes. Der Solidarpakt hat gegenwärtig ein Volumen von etwas über 10 Mrd. € und die neuen Länder erhalten zusätzlich aus diversen Töpfen des Bundes und der EU weitere überproportionale Leistungen in Höhe von ca. 5 bis 6 Mrd. € pro Jahr. Die als »Sonderbedarfsergänzungszuweisungen« im so genannten Korb 1 im Rahmen des Solidarpakt II fließenden Mittel werden ab dem Jahr 2006 abgeschmolzen und mit den letztmaligen Zahlungen im Jahr 2019 auslaufen. Ein Teil dieser Mittel müssen die neuen Länder aufwenden, um die fehlende Steuerkraft in den ostdeutschen Kommunen auszugleichen. Der weitaus größte Teil der Mittel ist zum Abbau der noch bestehenden Infrastrukturlücke in den neuen Ländern bestimmt. Nur der Freistaat Sachsen ist in der Lage, weitgehend den Nachweis zu führen, dass diese Mittel auch zweckentsprechend verwendet werden

Bis zum Jahr 2001 wurden ca. ein Drittel der Solidarpaktleistungen zweckgebunden für Investitionen gewährt. Ab dem Jahr 2002 wurde, mit Zustimmung des Bundesgesetzgebers, diese Zweckbindung aufgehoben und die Mittel mit dem Argument, die neuen Länder würden diese Gelder in Eigenverantwortung aufbaugerecht verwenden, in allgemeine Zuweisungen umgewandelt. Offenkundig hat sich dies nicht bewährt und muss entweder gesetzlich verändert werden oder durch eine striktere Verwendungskontrolle mit entsprechenden Sanktionsmechanismen ersetzt werden. Hierzu würde der noch offene »Korb 2« im Rahmen des Solidarpakt II, der immerhin ein Volumen von ca. 50 Mrd. € im Zeitraum von 2005 bis 2019 hat und bislang noch nicht gesetzlich fixiert ist, Möglichkeiten bieten, ohne in bereits bestehende Gesetze eingreifen zu müssen. Der sächsische Ministerpräsident Milbradt hat kürzlich berechtigt darauf hingewiesen, dass die neuen Länder eine Diskussion um die Frage, ob die neuen Länder diese Mittel überhaupt benötigen, nur dann wirksam entgegenreten können, wenn sie alle Anstrengungen unternehmen, mit diesen Geldern bedarfsgerecht den Abbau der Infrastrukturlücke zu forcieren. Dass diese Mittel in Ostdeutschland zur Beseitigung von Infrastrukturdefiziten noch benötigt werden steht außer Zwei-

fel. Aber dann müssen diese Mittel auch zweckentsprechend eingesetzt werden, und nicht zur Finanzierung von überhöhten Personalbeständen oder den Bau und Betrieb von folgelastenträchtigen Kultureinrichtungen oder sonstigen konsumnahen Infrastrukturen.

Aufbaukonzept fehlt

Als Fazit ist festzuhalten, dass wir in der Politik in Ostdeutschland und in der Bundesregierung ein Bewusstseinswandel benötigen. Die Bundesregierung scheint sich auf den Standpunkt zurückgezogen zu haben, dass man mit der Vergabe der Mittel im Solidarpakt II »seinen Teil« in Sachen Aufbau Ost getan habe und der Aufbau Ost eine ausschließliche Angelegenheit der einzelnen ostdeutschen Länder sei. Die neuen Länder wiederum haben es bislang versäumt, eine geschlossene »Aufbaukonzeption« vorzulegen, und lassen auch eine Abstimmung der Politik zwischen den Ländern weitgehend missen. So wurden zwar bei den Solidarpaktverhandlungen die hohen Infrastrukturlücken in Ostdeutschland als Begründung für die Mittelforderungen bemüht, diese konkret, d.h. projektscharf, zu benennen und einen »Masterplan« zu deren Abbau vorzulegen, sind aber alle Länder bislang schuldig geblieben. Der benannte Mangel an länderübergreifender Koordination ist gut daran ablesbar, dass Großflughafenprojekte in enger räumlicher Nachbarschaft verfolgt werden, Volluniversitäten von unterschiedlichen Ländern im Straßenbahnabstand aufgebaut und unterhalten werden und sich jedes Land das gesamte Spektrum von Overhead-Einrichtungen (Verwaltungsfachhochschulen, Statistische Landesämter, usw.) leistet, obgleich alle neuen Länder ausgesprochen »klein« sind und bis zum Ende der nächsten Dekade nochmals gut 15% ihrer Einwohner verlieren werden. Die ostdeutschen Länder und Gemeinden überfrachten ihre Haushalte mit zu hohen laufenden Ausgaben und mit Ausnahme des Freistaates Sachsen laufen alle neuen Länder – allen voran Sachsen-Anhalt, gefolgt von Brandenburg und Thüringen – Gefahr, ohne fundamentale Kurskorrekturen zum Haushaltsnotlagenfall zu werden, und dies trotz des Umstandes, dass die neuen Länder eine bessere Finanzausstattung als die alten Länder haben. Die ab 2009 stark rückläufigen Osttransfers und der dramatische Bevölkerungsverlust werden die realen Schulden- und Zinslasten der neuen Länder noch weiter erhöhen und dazu führen, dass die Kraft, aufbaufördernde Investitionen zu finanzieren, von Jahr zu Jahr dramatisch geringer wird. Hier müssen die neuen Länder massiv gegensteuern, um ihre Aufbaukraft und mehr noch ihre Glaubwürdigkeit vor der Solidargemeinschaft zurückzugewinnen.



Martin Gillo*

Wachstumskerne fördern, den Arbeitsmarkt entfesseln

Der Osten ist wieder einmal ins Gerede gekommen: Ein Fass ohne Boden, verschleuderte Milliardentransfers, die den Westen inzwischen in der Substanz gefährden, lauten die Vorwürfe. Die staatlichen Transfers entsprächen immerhin jährlich rund 4% der Wirtschaftsleistung der alten Länder. Trotzdem stocke der Aufholprozess, die Arbeitslosigkeit verharrte auf hohem Niveau und eine sich selbst tragende Wirtschaft sei weit und breit nicht in Sicht. Nichts als der von Zeit zu Zeit übliche Schlagabtausch, um sich bei künftiger Mittelverteilung in eine bessere Position zu bringen? Bei aller Polemik, selbst der hier und da gebrauchten Zuspitzung, diese Diskussion ist notwendig, so deutlich und gerade jetzt. In der Tat, der anfänglich erfolgreiche Aufbau Ost ist Mitte der neunziger Jahre ins Stocken geraten. Ein »Weiter so« würde bedeuten, dass sich die Schere zwischen Ost und West weiter öffnet. Eine gesamtdeutsche Strategiediskussion ist überfällig. Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt hat mit seinem Konzept »Zukunft Ost – Chance für Deutschland« ebenso wie der »Gesprächskreis Aufbau Ost« um Klaus von Dohnanyi Kurskorrekturen vorgeschlagen. Nur wenn der Osten auf die Beine kommt, kann es mit Deutschland wieder aufwärts gehen. Damit es aufwärts geht, müssen wir in ganz Deutschland Strukturprobleme lösen. Beides ist also nötig: Besondere Anstrengungen im Osten und Strukturformen in West und Ost.

Wir haben viel erreicht

Eine unvoreingenommene Analyse zeigt, dass wir dennoch – auch Dank der Unterstützung des Westens – erheblich

aufgeholt haben. Für Sachsen belegen dies die folgenden Zahlen:

- Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner – hat sich im Vergleich zum Westen von 34% (1991) auf 64% (2003) fast verdoppelt. Einzelne Sektoren, wie etwa der Automobilbau, die Automobilzulieferindustrie oder die Mikroelektronik, sind inzwischen international absolut wettbewerbsfähig.
- In der Halbleiterindustrie und um diese herum sind seit der Wende allein am Standort Dresden 20 000 neue Arbeitsplätze entstanden; Dresden ist damit der führende Mikroelektronik-Standort in Europa.
- Das Ausfuhrvolumen der sächsischen Wirtschaft hat sich seit 1991 mehr als verfünffacht.
- Die privaten Haushalte profitieren von dieser Entwicklung: Seit 1990 haben sich die durchschnittlichen Haushaltseinkommen mehr als verdoppelt.

Für eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur haben wir seit 1990 mehr als 23 Mrd. € investiert. Damit konnten viele Straßen und Schienenwege modernisiert, leistungsfähige Güterverkehrszentren und Flughäfen auf- und ausgebaut werden. Bei allem Erreichten – der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bleibt zentrale Voraussetzung für mehr Wachstum in den neuen Ländern. Zur immer noch vorhandenen Infrastrukturlücke im Vergleich zu den alten Ländern kommen mit der EU-Erweiterung neue Herausforderungen auf uns zu. Der LKW-Verkehr wird sich Prognosen zufolge in den nächsten Jahren verdreifachen. Das heißt, wir benötigen dringend zusätzliche grenzüberschreitende Verbindungen zu unseren Nachbarländern.

Wir brauchen ein neues Gesamtkonzept

Bei allem Positiven, den Schritt in die ökonomische Eigenständigkeit haben wir noch nicht geschafft. Angesichts der prekären Lage der öffentlichen Haushalte, der absehbaren demographischen Entwicklung und des zunehmenden internationalen Wettbewerbs, insbesondere mit den Beitrittsländern, wird diese Aufgabe keinesfalls leichter. Darum müssen wir unser wirtschaftspolitisches Instrumentarium überprüfen und ggf. neu ausrichten. Wo Solidarpaktmittel zur Deckung laufender Ausgaben anstatt für wachstumsfördernde Investitionen verwendet werden, muss schleunigst ein Riegel vorgeschoben werden. Arbeitsbeschaffungs-, Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen haben zwar eine Menge Geld gekostet, aber zu selten das Ziel – Wiedereinstieg in den »ersten Arbeitsmarkt« – erreicht. Wir brauchen ein neues und umfassendes Gesamtkonzept, dessen Grundlage nicht Besitzstandswahrung oder staatliche Überversorgung, sondern Eigenverantwortung, Leistung, Freiheit und Flexibilität sind.

* Dr. Martin Gillo ist Sächsischer Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit.

Sonderwirtschaftszone – interessant aber problematisch

Einer der Vorschläge, wie man dem Aufbau Ost neuen Schwung geben könnte, ist eine Sonderwirtschaftszone Ost, verbunden mit besonderen steuerlichen Vergünstigungen. Bereits heute bestehen steuerliche Sonderregeln, die vor allem dem ostdeutschen Mittelstand zugute kommen. Ein wichtiges Instrument zur Förderung des Aufbaus Ost stellt die steuerliche Investitionszulage dar. Auch steuerliche Fördermaßnahmen wie diese sind aber an beihilferechtliche Vorgaben der Europäischen Kommission gebunden und bei der Gewährung beispielsweise von Investitionszuschüssen anzurechnen.

Realistisch betrachtet werden zusätzliche regionale Steuererleichterungen vor allem im Rahmen der EU-Harmonisierungsbestrebungen auf heftigen Widerstand stoßen. Dies gilt auch für die von Klaus von Dohnanyi angeregten Ermäßigungen bei der Mehrwertsteuer. Entsprechende EU-Richtlinien engen den Spielraum für nationale Sonderregelungen zunehmend ein. Aber auch Vergünstigungen bei Ertragssteuern dürften aus beihilferechtlicher Sicht in Brüssel wenig Gegenliebe finden. Wir sollten deshalb nicht auf eine ohnehin weder kurz- noch mittelfristig erreichbare Vision für ein neues steuerliches Sondergebiet setzen, sondern uns für eine umfassende Reform des deutschen Steuerrechts stark machen.

Gezielte Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung muss sich auf größtmögliche Wachstums- und Arbeitmarkteffekte konzentrieren. Der Staat darf aber nicht durch eine zu strenge Vorfestlegung förderfähiger Branchen oder Regionen ein flexibles Reagieren auf die Kräfte des Marktes erschweren. Eine zu einseitige Ausrichtung der Wirtschaftsstruktur birgt außerdem die Gefahr einer hohen Anfälligkeit gegenüber Marktschwankungen. Sinnvoll ist ein verstärkter Fördermitteleinsatz für uns in Sachsen aber dennoch primär in jenen Sektoren, in denen wir besondere Stärken und damit ausbaufähige Wettbewerbsvorteile haben.

In Ballungsräumen können Agglomerationsvorteile auftreten, so genannte »Localization Economies« und »Urbanization Economies«. In den drei größten Ballungsräumen Sachsens (Dresden, Leipzig, Chemnitz) addieren sich beide Effekte zu einem relativ guten Standing im internationalen Standortwettbewerb. Daneben finden sich in Sachsen kleinere Cluster wie der Musikinstrumentenbau im Vogtland »Musikwinkel« oder der Schienenfahrzeugbau in Ostsachsen. Diese profitieren weniger von allgemeinen Ballungsvorteilen, aber der lokale »Spill Over« durch qualifizierte und

spezialisierte Arbeitskräfte begünstigt die Entwicklung dieser Branchenzentren.

Unser Ziel in Ostdeutschland muss es sein, mit den geringer werdenden Mitteln weitere erfolgreiche Wachstumspole zu schaffen. Diesen Ansatz verfolgen wir mit der sächsischen »Leuchtturmpolitik«. Wir fördern zielgerichtet Kristallisationspunkte, die in die jeweilige Region ausstrahlen. Unsere Bemühungen richten sich dabei sowohl auf die Ansiedlung von Unternehmen der Großindustrie als auch auf den Mittelstand. Wachstumsstarke Großunternehmen, so genannte »Leuchttürme«, wirken als Multiplikatoren für Beschäftigung, Forschung und Entwicklung – und ihr Zusammenwirken mit kleinen und mittleren Unternehmen führt zu einer gesunden Unternehmens- und Wirtschaftsstruktur. Wenn Industrie und Forschung durch gemeinsame Clusterbildung eine »kritische Masse« erreichen, können wir die Wirkung der eingesetzten Mittel vervielfachen.

Doch auch jene Regionen, die bis jetzt von den Ausstrahlungswirkungen der Ballungsräume weniger profitieren konnten, vernachlässigen wir nicht. Dazu werden Chancen für kleinräumige Unterzentren ausgelotet und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit befördert.

Den Arbeitsmarkt entfesseln

Nach einer Studie des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung sind Faktorkosten (Bruttolohnkosten, Kapitalzinsen und administrative Aufwendungen) mit weitem Abstand (65%) vor Steuern und Abgaben (21%) das wichtigste Entscheidungskriterium für Investoren. Wollen wir als Standort in Zukunft interessant bleiben, müssen wir an diesem Punkt ansetzen. Eine Fortsetzung des Reformprozesses durch mutige Schritte zur Entfesselung des Arbeitsmarktes und zur Senkung der Lohnnebenkosten ist deshalb dringend erforderlich.

Die Sächsische Staatsregierung hat Vorschläge unterbreitet, die den Faktor Arbeit billiger, flexibler und attraktiver machen. Zur Verbilligung des Faktors Arbeit ist die Senkung der Lohnnebenkosten der wichtigste Hebel. Die »40%-Marke« können wir nur unterschreiten, wenn wir Strukturreformen in den Sozialsystemen durchsetzen. Entkopplung der Löhne von den Beitragslasten, mehr Eigenverantwortung, Förderung von Prävention und privater Absicherung, Ausbau wettbewerblicher Strukturen und der Einbau von »Nachhaltigkeitsfaktoren« in die einzelnen Systeme sind die wichtigsten Grundsätze, die wir bei den anstehenden Reformen beherzigen müssen. Dazu gehört auch – um nur einen Punkt herauszugreifen – der konsequente Abbau von Frühverrentungsanreizen. So setzt sich Sachsen für ein vorzeitiges Auslaufen des Altersteilzeitgesetzes ein.

Wir müssen den Arbeitsmarkt weiter flexibilisieren. Der Sachverständigenrat fordert dazu seit langem die Einführung von wirksamen Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen. Die starren Strukturen des deutschen Lohnkartells haben dazu geführt, dass im Osten viele Betriebe gar nicht mehr an den kollektiven Tarifgesprächen teilnehmen. Stattdessen werden immer häufiger betriebliche Lösungen gesucht. Wir müssen in Zukunft die Möglichkeiten für Vereinbarungen auf Betriebsebene erweitern. Deshalb halten wir an unseren konkreten Vorschlägen zur Ergänzung des Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsgesetzes fest.

Neben der rechtlichen Absicherung betrieblicher Bündnisse für Arbeit drängen wir auf Reformen im Teilzeit- und Befristungsgesetz, beim Kündigungsschutz, bei Zeitarbeit und Altersteilzeit, bei Kosten treibenden Regelungen im Betriebsverfassungsgesetz und bei den hoch subventionierten Personal-Service-Agenturen. Wir fordern flexiblere Lösungen besonders für die neuen Länder. Zwar sind unsere Erwerbstätigen, wie Investoren loben, bereits heute vielfach flexibler als jene im Westen. Aber wir brauchen angesichts der angespannten Arbeitsmarktlage dringend weitere Erleichterungen. Wo sich einzelne Unternehmen bei uns sehr erfolgreich positioniert haben, sollen von diesem Erfolg die dortigen Arbeitnehmer durchaus persönlich profitieren können; auch hierfür sind betriebliche Tarifabschlüsse das geeignete Instrument.

Auch einfache Arbeit muss sich lohnen. Das ist heute vielfach nicht der Fall. Besonders die Chancen gering Qualifizierter auf dem Arbeitsmarkt verschlechtern sich immer weiter. Sie sind besonders stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, denn ihre Wertschöpfung ist oft geringer als das durch Sozialleistungen vorgegebene Mindestniveau. Sie sitzen in der »Sozialhilfefalle« und sind faktisch vom Arbeitsmarkt ausgesperrt. Aus dieser Falle finden sie nur einen Ausweg, wenn sie bei einer Erwerbstätigkeit deutlich mehr behalten können als bei Nichtarbeit und vollem Sozialhilfe-Bezug. Nur dann lohnt sich die Schaffung von Arbeitsplätzen auch für den Arbeitgeber. Dazu sollten wir schrittweise Lohnersatzleistungen zu Lohnergänzungsleistungen umwandeln und niedrige Einkommen überproportional von Sozialabgaben entlasten.

Mehr Freiheit für mehr Wachstum

Bürokratieabbau ist ein Schlagwort, das beim Thema Reformbedarf von allen Seiten immer wieder im Munde geführt wird. Zumeist bleiben jedoch konkrete Vorschläge aus. Der sächsische Ministerpräsident hat hingegen in seinem Papier »Zukunft Ost« die aus Sicht des Freistaates Sachsen wichtigsten Punkte angesprochen.

Das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz beispielsweise erlaubt es den neuen Bundesländern derzeit,

ihre Infrastrukturdefizite durch wesentlich schnellere Planungsverfahren zügig zu verringern. Insbesondere wegen der Verdreifachung der Verkehrsströme im Zuge der EU-Osterweiterung ist die Beseitigung von Infrastrukturdefiziten eine vorrangige Aufgabe. Deshalb bleibt es weiterhin notwendig, dass wir Genehmigungen für solche Bauprojekte zügig erteilen können. Der Bundesrat hat hier die Initiative ergriffen und vorgeschlagen, das Gesetz zunächst bis 2019 zu verlängern. Im Rahmen eines neu aufzulegenden Sonderprogramms »Verkehrsprojekte Europäische Einheit« wollen wir erreichen, dass die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren auch auf Staats- und Kreisstraßen ausgedehnt wird.

Reformen sind für ganz Deutschland unverzichtbar. Der Aufbau Ost muss deshalb mit einem Umbau West einhergehen. Nur so gelingt der Aufschwung »Made in Germany«. Auch der Westen kann nur dann weiterhin die Solidarpaktmittel aufbringen, wenn er seine Wachstumskräfte wieder freisetzt. Wir brauchen deshalb eine Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Elemente. So können wir eine neue Aufbruchsstimmung erzeugen.

Auch weil im Bund die entscheidenden Reformen stocken, schlagen wir vor, den Ländern größere Freiräume zu geben. Im Rahmen der Föderalismusreform sollte die konkurrierende Gesetzgebung in weiten Rechtsfeldern ersetzt und die Landeszuständigkeiten müssen gestärkt werden. So sieht unser Entwurf für ein Gesetz zum Abbau von Hemmnissen auf dem Arbeitsmarkt vor, dass Bundesländer ab einer gewissen Arbeitslosenquote von einzelnen Regelungen des Arbeitsrechts abweichen können. Solche Sonderregeln fordern wir bewusst nicht allein für den Osten. Aber vielleicht hat der Osten angesichts der aktuellen Diskussion die Chance voranzugehen.

Die Beiträge sind auszugsweise in englischer Sprache im CESifo Internet Forum auf unserer Website www.cesifo.de zu finden.

Das Metallhandwerk zählt zu den großen Bereichen des deutschen Handwerks; in ihm sind die Metallbauer und die Feinwerkmechaniker sowie die Metall- und Glockengießer zusammengefasst. Da Metallbauer ihre Tätigkeiten vorwiegend für Bauwerke erbringen, ist der Handwerkszweig in besonderer Weise von der Entwicklung der Bauwirtschaft abhängig. Durch die seit vielen Jahren rückläufige Bautätigkeit verschlechterte sich daher auch die Lage dieser Branche nachhaltig. Vor dem Hintergrund rückläufiger Umsätze und des verschärften Wettbewerbs hat die Anzahl der Metallbaubetriebe abgenommen. Eine insgesamt günstigere Entwicklung verzeichneten in den vergangenen Jahren die Feinwerkmechaniker, die primär als Zulieferer für größere industrielle Weiterverarbeiter tätig sind. Dennoch ist auch hier die Anzahl der Betriebe zurückgegangen. Durch die zu erwartende Stabilisierung der Bauwirtschaft und die sich abzeichnende Erholung der Industrieproduktion kann das Metallhandwerk mit einer leichten konjunkturellen Belebung rechnen.

Das deutsche Metallhandwerk umfasst vor allem die großen Bereiche Metallbau (Bau/Ausbau) und Feinwerkmechanik; auf die Berücksichtigung der rund 200 Metall- und Glockengießer wird im Folgenden verzichtet. Der Handwerksrollenstatistik zufolge gab es Mitte 2003 in den Bereichen Metallbau und Feinwerkmechanik zusammen 51 180 Betriebe. Damit steht das Metallhandwerk, legt man die Anzahl der Betriebe zugrunde, im Handwerk an vierter Stelle. Nach Angaben des Bundesverbandes Metall erzielen die vorwiegend kleinen und mittleren Unternehmen des Metallhandwerks mit 460 000 Beschäftigten gegenwärtig pro Jahr einen Umsatz von rund 38 Mrd. €. Daneben sind in den beiden Bereichen Metallbau und Feinwerkmechanik noch Industrieunternehmen und industrielle Kleinbetriebe tätig, der Schwerpunkt der Branche liegt jedoch – gemessen an den Firmen- und Beschäftigtenzahlen – eindeutig auf dem Handwerkssektor.

Unterschiedliche Entwicklung im Metallbau ...

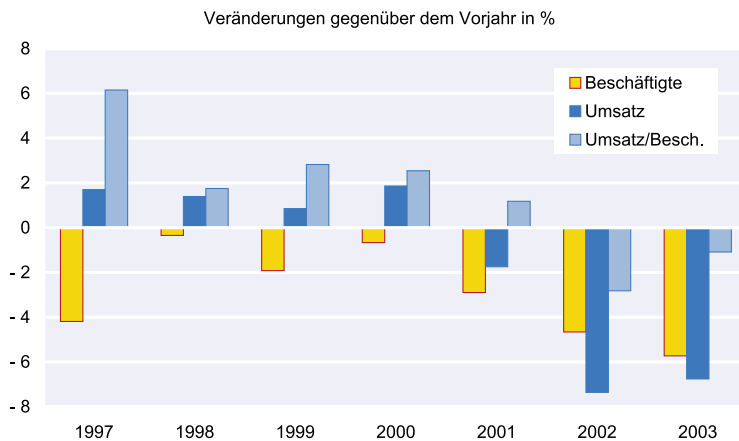
Die Metallbauer stellen den mit Abstand größten Bereich des Metallhandwerks dar. Nach der Handwerksrollenstatistik gab es Mitte 2003 in Deutschland 31 727 Metallbauunternehmen; damit ist deren Anzahl seit Jahresbeginn um 415 zurückgegangen. Mit 33 160 Unternehmen erreichte die Branche 1998 den höchsten Stand der letzten zehn Jahre. Aktuelle Umsatz- bzw. Beschäftigtenzahlen der amtlichen Statistik stehen nicht zur Ver-

fügung. Nach Angaben des Bundesverbandes Metall erzielt das Metallbauerhandwerk mit derzeit rund 250 000 Beschäftigten einen Umsatz von etwa 20 Mrd. €. Grundsätzlich werden Metallbauarbeiten aber auch von Industrieunternehmen durchgeführt. Ende 2003 waren aus der Industrie 1 896 Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten, die rund 113 620 Mitarbeiter hatten, auf diesem Markt vertreten. Dazu kamen noch 1 250 industrielle Kleinbetriebe (mit weniger als 20 Beschäftigten), in denen 8 086 Arbeitnehmer tätig waren.

Die Entwicklung im Metallbauerhandwerk verlief in den vergangenen Jahren unbefriedigend, die Anzahl der Beschäftigten sinkt bereits seit Mitte der neunziger Jahre, und ab 2001 gab es auch bei den Umsätzen deutliche Einbrüche. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts nahm zwischen 1996 und 2003 die Anzahl der Beschäftigten um fast 19% ab. Nicht ganz so stark gingen die Umsätze zurück; sie lagen 2003 um rund 10% unter dem Niveau von 1996. Der Umsatz pro Beschäftigten konnte somit in dieser Zeit im Durchschnitt um fast 11% gesteigert werden, allerdings mit deutlichen Rückgängen in den beiden letzten Jahren. Das ist ein Hinweis darauf, dass auch die Beschäftigtenproduktivität per saldo im gesamten Zeitraum erhöht wurde (vgl. Abb. 1).

Seit Inkrafttreten der Novelle der Handwerksordnung zum 1. April 1998 ist das Metallbauerhandwerk in drei Schwerpunkte gegliedert: Bei der Konstruk-

Abb. 1
Metallbauer: Beschäftigte und Umsatz



Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

tionstechnik können zwei große Unterbereiche, die Metallbautechnik (Fassaden, Fenster, Türen, Wintergärten, konstruktiver Glasbau, Treppen usw. sowie die Schließ- und Sicherungstechnik) und der Bereich Stahlbau/Schweißen (Hallen, Träger, Brücken usw.) unterschieden werden. Die Metallgestaltung als zweites Hauptsegment betrifft vor allem künstlerische Metallbauarbeiten einschließlich Restaurierungen. Der Schwerpunkt Nutzfahrzeugbau umfasst die Herstellung und Reparatur von Anhängern, Fahrgestellen, Aufbauten, Ladeeinrichtungen und ähnlichen Elementen.

Die klein- und mittelbetriebliche Struktur des Metallbauhandwerks kommt darin zum Ausdruck, dass fast drei Viertel aller selbständigen Unternehmen weniger als zehn Beschäftigte haben. Der vorliegenden Umsatzsteuerstatistik zufolge erzielten 2001 gut 77% der Metallbauunternehmen einen Jahresumsatz von weniger als 0,5 Mill. €; ihr Anteil am Gesamtumsatz der Branche belief sich jedoch auf nur rund 21%. Einen mit 30% deutlich höheren Umsatzanteil vereinigten die 1,2% der Unternehmen mit mehr als 5 Mill. € Jahresumsatz auf sich. Im Durchschnitt setzten die Betriebe 2000 knapp 0,55 Mill. € um.

Die wichtigsten Auftraggeber für die Metallbauer kamen 2002 – wie aus dem Betriebsvergleich der Landes-Gewerbeförderungsstelle des nordrhein-westfälischen Handwerks hervorgeht – mit rund 35% aus der Industrie. Es folgten private Auftraggeber mit 28% sowie die Bauwirtschaft und Architekten mit 18%. Der Rest entfiel auf öffentliche und sonstige Auftraggeber mit rund 11 bzw. 8%. Während die kleinen und mittleren Betriebe einen erheblichen Teil ihres Umsatzes mit Schlosserarbeiten und Serviceleistungen erzielen, sind die größeren Fir-

men stark im Bereich Stahlbau/Schweißen engagiert.

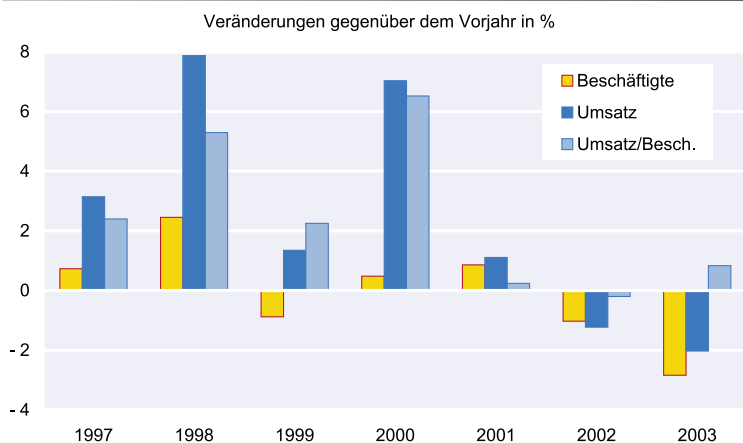
... und bei Feinwerkmechanikern

Feinwerkmechaniker sind vorwiegend arbeitsteilig in die industrielle Produktion eingebunden. Der Handwerksrollenstatistik zufolge gab es Mitte 2003 in Deutschland 19 453 Feinwerkmechanikerbetriebe, 217 weniger als zu Jahresbeginn. 1999 sind noch 20 059 Handwerksunternehmen in dieser Statistik genannt worden. Der Verband des Metallhandwerks nennt für den Bereich der Feinwerkmechaniker insgesamt etwa 200 000 Beschäftigte und einen Umsatz von rund 18 Mrd. €.

Die Entwicklung bei den Feinwerkmechanikern verlief seit Mitte der neunziger Jahre insgesamt gesehen vergleichsweise günstig (vgl. Abb. 2). Erst in den beiden zurückliegenden Jahren setzten sich die negativen Tendenzen durch. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts blieb die Anzahl der Beschäftigten zwischen 1996 und 2003 nahezu unverändert. Gleichzeitig stiegen in diesem Zeitraum die Umsätze um 18%. Dadurch nahm der Umsatz pro Beschäftigten ebenfalls um rund 18% zu; vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass auch die Beschäftigtenproduktivität in diesem Zeitraum deutlich erhöht werden konnte. Allerdings ist diese insgesamt positive Entwicklung allein auf die Jahre bis einschließlich 2001 zurückzuführen. In den vergangenen zwei Jahren sanken die Umsätze bei gleichzeitig rückläufiger Beschäftigung und die Kennzahl »Umsatz pro Beschäftigten« blieb fast unverändert.

Durch die Novelle der Handwerksordnung im Jahr 1998 ist der Handwerksbereich der Feinwerkmechaniker geschaffen

Abb. 2
Feinwerkmechaniker: Beschäftigte und Umsatz



Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

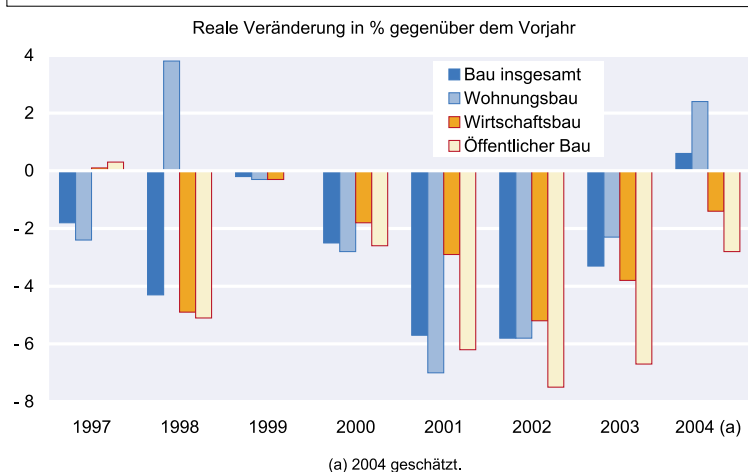
worden, der aus der Zusammenlegung der bisherigen Gewerke Maschinenbaumechaniker, Werkzeugmacher, Dreher und Feinmechaniker entstand. Schwerpunkte der Tätigkeit der Feinwerkmechaniker sind Maschinenbau, Werkzeugbau, Formenbau und Feinmechanik. Die Betriebe dieses Bereichs arbeiten überwiegend als Zulieferer für andere Industrieunternehmen. Nach Angaben des Betriebsvergleichs der Landes-Gewerbeförderungsstelle des nordrhein-westfälischen Handwerks trifft das für rund drei Viertel der Feinwerkmechaniker zu; der Rest hat eine eigenständige Produktion aufzuweisen.

Metallbau leidet unter der Baukonjunktur

Der nominale Umsatzrückgang des Metallbauerhandwerks belief sich 2003 nach den Ergebnissen der amtlichen Handwerksberichterstattung auf 6,8%. Demgegenüber kam es einer Umfrage des Bundesverbandes Metall zufolge bei seinen Mitgliedsunternehmen, die im Durchschnitt eher größer sind, im vergangenen Jahr nur zu einem Umsatzrückgang von 2,3% (vgl. Bundesverband Metall 2004). Für diese Verringerung entscheidend waren vor allem die niedrigeren Aufträge aus der Bauwirtschaft (- 1,6%), aus der Industrie (- 2,3%) und der öffentlichen Hand (- 0,6%). Die Umsätze mit privaten und sonstigen Auftraggebern blieben dieser Umfrage zufolge nahezu unverändert.

Der baunahe Bereich der Metallbautechnik wurde auch im Vorjahr durch die rückläufige Bautätigkeit belastet; hierzu zählen Unternehmen, die Fassaden errichten, Fenster und Türen bauen oder Schlosserarbeiten – wie Geländer oder Gitter – durchführen. Die lange Durststrecke, die dieser Bereich hinter sich bringen musste, illustriert die Entwicklung der Bauinvestitionen seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre (vgl. Abb. 3). Für 2004 ist mit einer leichten Belebung der Baukonjunktur zu rechnen. Der Anstieg der realen Bauinvestitionen in Deutschland wird sich auf die Unternehmen der Metallbautechnik positiv auswirken, obgleich er allein auf die höheren Ausgaben für den Wohnungsbau in Westdeutschland zurückzuführen ist. Es ist zudem davon auszugehen, dass Aus- und Umbaumaßnahmen sowie Reparatur- und Modernisierungsarbeiten wichtige Stützen der Nachfrage bleiben. Der Bereich Stahlbau/Schweißen – hierunter versteht man die Herstellung schwerer Stahlkonstruktionen wie Hallen, Stütz- und Trägerkonstruktionen, Brücken usw. – war auch 2003 besonders von der schwachen Konjunktur betroffen. Für

Abb. 3
Entwicklung der Bauinvestitionen

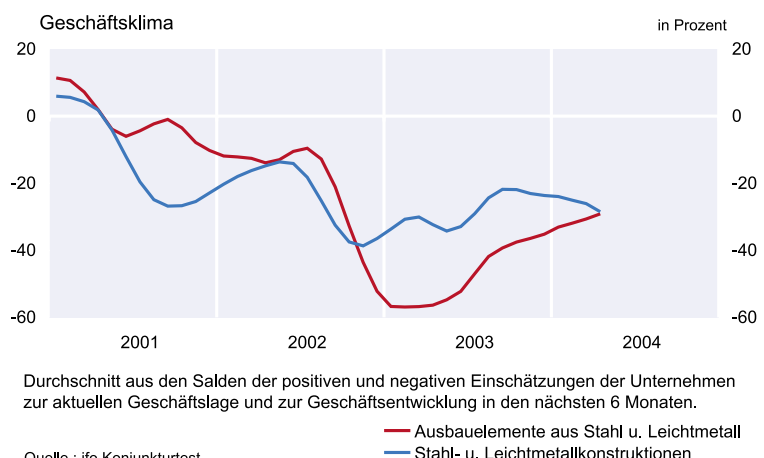


(a) 2004 geschätzt.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Schätzungen des ifo Instituts.

die im Stahlbau tätigen Firmen ist 2004 nur mit einer leichten Erholung zu rechnen. Die kleineren Firmen, die neben der Nachfrage aus der Bauwirtschaft vor allem Aufträge von privaten Auftraggebern erhalten, dürften aber von der konjunkturellen Erholung profitieren können.

Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests sind derzeit bei den Herstellern von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen sowie von Ausbauelementen aus Stahl- und Leichtmetall ähnliche aktuelle Einschätzungen gegeben. Sowohl bei den Herstellern von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen als auch bei den Produzenten von Ausbauelementen wurde die aktuelle Geschäftslage das gesamte vergangene Jahr über nahezu unverändert schlecht beurteilt. Dagegen verbesserten sich die Geschäftserwartungen in beiden Wirtschaftsbereichen seit Mitte 2003 deutlich; zuletzt machte sich hier aber wieder vermehrt Pessimismus breit. Das aus

Abb. 4
Metallbaukonjunktur



Durchschnitt aus den Salden der positiven und negativen Einschätzungen der Unternehmen zur aktuellen Geschäftslage und zur Geschäftsentwicklung in den nächsten 6 Monaten.

Quelle : ifo Konjunkturtest.

Lage und Erwartungen abgeleitete Geschäftsklima bei den Anbietern des konstruktiven Metallbaus steigt zwar seit Anfang letzten Jahres tendenziell an, hat sich aber seit einigen Monaten wieder zurückentwickelt und liegt immer noch im negativen Bereich. Bei den Herstellern von Ausbauelementen aus Metall ist seit Mitte 2003 eine Besserung zu beobachten, das Geschäftsklima ist aber ebenfalls noch überwiegend schlecht (vgl. Abb. 4).

Die Umsätze im Bereich des handwerklichen Nutzfahrzeugbaus sind 2003 gestiegen. Während bei Einheiten bis zu 6 t zulässigem Gesamtgewicht nur geringe Zuwächse zu verzeichnen waren, ergab sich bei schweren Nutzfahrzeugen – mehr als 6 t zulässiges Gesamtgewicht – ein vergleichsweise kräftiger Anstieg. Das betraf sowohl Anhängerfahrzeuge als auch die Sparte Sattelaufleger, die immer noch von der tendenziellen Verdrängung mehrachsiger Anhänger profitieren kann. Für das Jahr 2004 ist mit einem anhaltenden Umsatzanstieg in diesem Bereich zu rechnen, da die Produktion vor allem großer Nutzfahrzeuge auch derzeit eine steigende Tendenz aufweist. Ein zusätzlicher Impuls geht von steigenden Transportmengen im Straßengüterverkehr aus.

Eine schwache Nachfrage aus dem Inland und eine steigende Auslandsnachfrage prägten 2003 die Entwicklung des Bereichs Schließ- und Sicherheitstechnik. Insgesamt haben die Umsätze dieses Sektors 2003 leicht zugenommen; für das Jahr 2004 ist mit besseren Geschäften zu rechnen. Umsatzzuwächse werden insbesondere die Zulieferer an die Industrie und an die Bauwirtschaft zu verzeichnen haben. Neben der Ausstattung von Neubauten stellen gegenwärtig auch Aufträge sowohl privater als auch gewerblicher Kunden zur Nachrüstung in Wohn- und Nichtwohngebäuden einen stabilen Schwerpunkt des Geschäfts dieser Metallbauer dar.

Insgesamt können die konjunkturellen Aussichten der Metallbauer nur als gedämpft optimistisch bezeichnet werden. Maßgeblich dafür sind die Belebung der Wirtschaft (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstituts 2004) und die leicht steigenden Bauinvestitionen. Eine Mehrheit der Metallbaubetriebe rechnet nach der Umfrage des Bundesverbandes Metall für 2004 mit einem Umsatzplus; im Durchschnitt aller Betriebe der Branche wird ein Anstieg um 0,5% erwartet. Die höheren Umsätze resultieren vor allem von Auftraggebern aus der Industrie und von privaten Haushalten.

Feinwerkmechaniker profitieren von stabiler Industrieproduktion

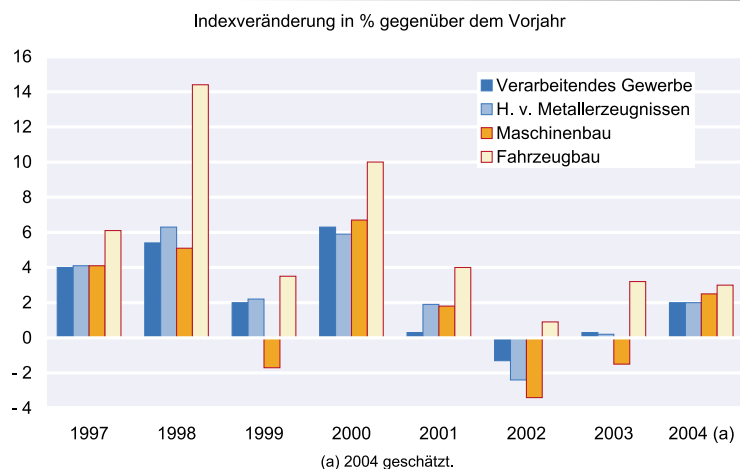
Aufgrund der überwiegenden Anbindung an die industrielle Produktion ist für die Ent-

wicklung des Handwerksbereichs der Feinwerkmechaniker ein deutlich anderes konjunkturelles Umfeld bestimmend. Dadurch fiel auch nach den Ergebnissen der Handwerksberichterstattung der nominale Umsatzrückgang bei den Feinwerkmechanikern im Jahr 2003 mit 2% wesentlich geringer aus als im Metallbauerhandwerk. Die Umfrage des Bundesverbandes Metall bei seinen im Durchschnitt eher größeren Mitgliedsunternehmen erbrachte für das vergangene Jahr sogar ein leichtes Umsatzwachstum von 0,3%. Ausschlaggebend für diesen Anstieg dürften insbesondere die höheren Aufträge aus der Industrie (+ 0,9%), von sonstigen Auftraggebern (+ 0,3%) sowie von der Bauwirtschaft (+ 0,1%) gewesen sein. Während die Umsätze mit öffentlichen Auftraggebern unverändert geblieben sind, war bei Privatleuten ein Rückgang um 0,2% zu verzeichnen.

Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe, die 2002 angesichts der konjunkturellen Schwäche zurückgegangen war, wies im vergangenen Jahr wieder ein geringes Wachstum auf. Besser entwickelte sich das für diesen Handwerkszweig besonders wichtige Investitionsgütergewerbe; dessen Produktion stieg 2003 um rund 1% gegenüber dem Vorjahr. Allerdings gab es zwischen den einzelnen großen Industriebranchen, die vor allem als Abnehmer für Erzeugnisse des Feinwerkmechanikerhandwerks in Frage kommen, erhebliche Unterschiede: Während die Produktion im Maschinenbau um 1,5% niedriger ausfiel und bei den Herstellern von Metallerzeugnissen nahezu unverändert war, wuchs die Produktion von elektrotechnischen Investitionsgütern um 2,4% und im Fahrzeugbau um 3,2% (vgl. Abb. 5).

Aktuellen Prognosen (vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstituts 2004) zufolge kann für 2004 mit einem realen Wirtschaftswachstum von rund 1,5% gerechnet werden. In Verbindung damit wird

Abb. 5
Entwicklung der Industrieproduktion



Quelle: Statistisches Bundesamt; Schätzungen des ifo Instituts.

es, auch wegen der wieder höheren Investitionen, zu einem Anstieg der Industrieproduktion um rund 2% kommen. Es ist davon auszugehen, dass die überwiegend als Zulieferer tätigen Feinwerkmechaniker davon profitieren und ihre Umsätze ebenfalls, wenn auch nicht ganz so stark, ausweiten werden können.

Erträge im Metallhandwerk unter Druck

Neben anderen Einflussfaktoren haben vor allem die rückläufigen Umsätze in den vergangenen Jahren Spuren in den Bilanzen der Unternehmen hinterlassen. Allerdings bestehen auch bei den Erträgen erhebliche Unterschiede zwischen Metallbaubetrieben und Feinwerkmechanikern. Zur Beurteilung der Ertragslage in beiden Gewerken werden die aktuell vorliegenden Betriebsvergleichsdaten der Landes-Gewerbeförderungsstelle des nordrhein-westfälischen Handwerks für 2002 herangezogen. Deren Grundlage bildeten im Metallbau 83 Betriebe und bei den Feinwerkmechanikern 21 Betriebe.

Metallbauer

Nach diesem Betriebsvergleich erzielte das Metallbauerhandwerk 2002 ein durchschnittliches Ergebnis vor Steuern von 6,1% der Betriebsleistung. Nach Abzug der kalkulatorischen Kosten von zusammen 5,6% (Unternehmerlohn 4,7%, Eigenkapitalzins 0,4% und Eigenmiete 0,5%) ergab sich ein betriebswirtschaftlicher Gewinn in Höhe von 0,5%. Damit verbesserte sich zwar die Ertragslage gegenüber 2001 (vgl. Tabelle), sie ist aber noch weit von einem zufriedenstellenden Niveau entfernt. Wie eine Aufgliederung nach Größenklassen zeigt, schnitten die größeren Firmen tendenziell besser ab als die kleineren.

Die Gesamtkapitalrendite, die die Verzinsung des gesamten im Betrieb eingesetzten Kapitals zum Ausdruck bringt, stieg 2002 im Durchschnitt aller Betriebe im Vergleich zum Vorjahr auf 4%; ihr Abstand zum Fremdkapitalzinssatz in Höhe von 6,9% ist spürbar geringer geworden. Die Cashflow-Quote, die den Investitionsrahmen aus Selbstfinanzierung darstellt, ist ebenfalls gestiegen; mit durchschnittlich 3,4% lag sie aber in einem Bereich, der es kaum zulässt, Investitionen in größerem Umfang aus eigener Kraft durchzuführen. Der Hauptgrund für die immer noch relativ geringe Selbstfinanzierungskraft liegt u.a. darin, dass

Ergebnisrechnung und wichtige Finanzierungskennziffern im Metallhandwerk 2002

Position	Metallbauer	Feinwerkmechaniker
Durchschnittliche Betriebsleistung (in 1 000 €)	1 541	1 089
Betriebsleistung	100	100
./. Fremdleistungen	10,9	3,5
= Eigene Betriebsleistung	89,1	96,5
./. Materialeinsatz	29,4	22,0
./. Handelswareneinsatz	0,1	0,0
= Rohgewinn	59,6	74,5
./. Personalkosten	35,2	39,1
./. Abschreibungen	2,8	7,5
./. Miete	2,7	3,5
./. Fahrzeugkosten (ohne AfA)	1,6	1,4
./. Zins- und Kreditkosten	1,0	2,7
./. Sonstiger Aufwand	10,2	20,3
= Ergebnis vor Steuern	6,1	4,4
./. Kalkulatorische Kosten ^{a)}	5,6	8,5
= Betriebswirtschaftliches Ergebnis	0,5	- 4,1
(Zum Vergleich: 2001)	(- 1,3)	(+ 2,0)
Gesamtkapitalrendite ^{b)}	4,0	- 0,3
Fremdkapitalzinssatz ^{c)}	6,9	5,7
Cashflow-Quote ^{d)}	3,4	7,4
Eigenkapitalquote ^{e)}	15,7	8,8
Überdeckung mit langfristigen Mitteln ^{f)}	13,9	22,4

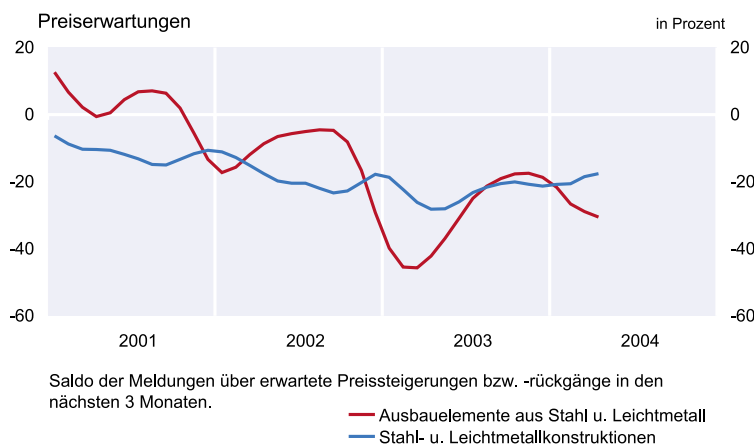
a) Unternehmerlohn, Eigenkapitalzinsen, Eigenmiete. – b) Ergebnis vor Steuern ./.. Unternehmerlohn + Schuldzinsen in % der Bilanzsumme. – c) Schuldzinsen in % der Verbindlichkeiten (Bankverbindlichkeiten). – d) Ergebnis vor Steuern ./.. Privatentnahmen + Abschreibungen in % der Betriebsleistung. – e) Eigenkapital + Gewinn in % der Bilanzsumme. – f) Eigenkapital + langfristiges Fremdkapital ./.. Anlagevermögen in % des Umlaufvermögens.

Quelle: Landes-Gewerbeförderungsstelle des nordrhein-westfälischen Handwerks e.V.

die Metallbauer einen großen Teil des Reingewinns (Ergebnis vor Steuern) den Betrieben durch Privatentnahmen entziehen. Insgesamt stieg der Investitionsrahmen aus eigenen Mitteln an und lag 2002 über den steuerlichen Abschreibungen.

2002 verschlechterte sich die Eigenkapitalquote der Metallbaubetriebe und erreichte im Durchschnitt 15,7% (2001: 20,5%). Trotz der traditionell hohen Fremdfinanzierung durch Anzahlungen von Auftraggebern aus der Industrie und der Bauwirtschaft sollte der in den letzten Jahren starke Rückgang dieser Quote gestoppt werden, um die finanzielle Stabilität weiterhin gewährleisten zu können. Die Grundliquidität ging ebenfalls deutlich zurück. Neben dem

Abb. 6
Metallbaukonjunktur



Quelle : ifo Konjunkturtest.

Anlagevermögen waren im Metallbauerhandwerk 2002 durchschnittlich 13,9% (2001: 24,4%) des Umlaufvermögens mit langfristigen Mitteln (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital) finanziert. Da neben dem Anlagevermögen etwa ein Drittel des Umlaufvermögens langfristig finanziert sein sollte, besteht zunehmend Umschuldungsbedarf.

Auch im Jahr 2003 dürften die Erträge im Metallbauerhandwerk angespannt gewesen sein. Negative Wirkungen sind vor allem von den anhaltenden Umsatzverlusten, den steigenden Personal- und Materialkosten sowie dem Rückgang der Produktivität – näherungsweise gemessen am Umsatz pro Beschäftigten – ausgegangen. Die Mehrkosten können vom Metallbau aufgrund der fehlenden Umsatzdynamik und der harten Konkurrenz, auch durch Anbieter aus Osteuropa, nur teilweise weitergegeben werden. Gegenwärtig erwarten sowohl die Hersteller von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen als auch die Anbieter von Ausbauelementen aus Stahl und Leichtmetall mehrheitlich, dass sie ihre Preise auf Sicht von drei Monaten senken müssen (vgl. Abb. 6). Die Materialpreise, die im vergangenen Jahr kräftig zugelegt haben, bewegen sich dagegen weiterhin auf hohem Niveau. Die Stahlpreise sind im Zeitraum eines halben Jahres je nach Sorte um bis zu 50% gestiegen, und die Stahlindustrie hat für den Sommer bereits weitere Preiserhöhungen angekündigt (vgl. DOWJONAS/VWD news montan aktuell, 21. April 2004). Mit einer Besserung der Ertragssituation ist vor diesem Hintergrund für 2004 nicht zu rechnen, da auch die Nachfrage nur schwach zunehmen wird.

Feinwerkmechaniker

Die Feinwerkmechaniker wiesen 2002 im Durchschnitt ein Ergebnis vor Steuern von 4,4% der Betriebsleistung auf. Nach Abzug der kalkulatorischen Kosten von zusammen

8,5% (Unternehmerlohn 7,3%, Eigenkapitalzins 0,3% und Eigenmiete 0,9%) ergab sich ein betriebswirtschaftlicher Verlust in Höhe von 4,1% (vgl. Tabelle). Die Ertragslage hat sich damit gegenüber 2001, als noch ein Gewinn von 2% verzeichnet werden konnte, deutlich verschlechtert. Eine Aufgliederung nach Größenklassen zeigt auch hier, dass die größeren Betriebe im Durchschnitt wesentlich besser abschnitten als die kleinen.

Die Gesamtkapitalrendite fiel 2002 im Durchschnitt aller Betriebe mit -0,3% negativ aus; damit besteht ein großer Abstand zum Fremdkapitalzinssatz in Höhe von 5,7%. Das deutet darauf hin, dass die Aufnahme von Fremdkapital bei den Feinwerkmechanikern mit Substanzauszehrung verbunden war. Die Cashflow-Quote lag 2002 mit durchschnittlich 7,4% in einem Bereich, der es zulässt, Investitionen aus eigener Kraft durchzuführen. Durch geringere Privatentnahmen ließe sich die Selbstfinanzierungskraft bei den Feinwerkmechanikern noch steigern. 2002 bewegte sich der Investitionsrahmen aus eigenen Mitteln in Höhe der steuerlichen Abschreibungen.

Die Eigenkapitalquote der Feinwerkmechaniker erreichte 2002 im Durchschnitt nur 8,8%, nach noch 12,8% im Jahr davor. Der in den letzten Jahren starke Rückgang dieser Quote sollte gestoppt werden, um die finanzielle Stabilität weiterhin gewährleisten zu können. Die Grundliquidität fiel dagegen vergleichsweise hoch aus. Neben dem Anlagevermögen waren bei den Feinwerkmechanikern 2002 durchschnittlich 22,4% des Umlaufvermögens mit langfristigen Mitteln (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital) finanziert.

Die Erträge bei den Feinwerkmechanikern dürften sich auch 2003 ungünstig entwickelt haben. Negative Wirkungen gingen vor allem von dem weiteren Umsatzrückgang sowie den steigenden Personal- und Materialkosten aus. Allerdings dürfte die Produktivität wieder gestiegen sein. Die Mehrkosten können von den Feinwerkmechanikern aufgrund der fehlenden Umsatzdynamik und des Preisdrucks, der von den großen Abnehmern aus der Industrie auf diese Zulieferbranche ausgeübt wird, nur teilweise weitergegeben werden. Die Materialpreise liegen weiterhin auf hohem Niveau und stellen vor allem für Zulieferer, die die hohen Rohstoffpreise häufig nicht gegenüber ihren Kunden in Industrie und Handel durchsetzen können, ein zentrales Problem dar (vgl. DOWJONAS/VWD news montan aktuell, 29. April 2004). Angesichts dieser Rahmenbedingungen und nur leicht steigender Umsätze ist nicht mit einer Besserung der Ertragssituation für 2004 zu rechnen.

Höhere Investitionen geplant

Angesichts der beträchtlichen Umsatzeinbußen und der sinkenden Erträge, die das Metallhandwerk in den vergangenen Jahren zum Teil zu verkraften hatte, wurden auch die Investitionen reduziert. Die sich abzeichnende Stabilisierung des wirtschaftlichen Umfeldes wird von den Unternehmen zum Anlass genommen, ihre Investitionen im Jahr 2004 wieder auszudehnen (vgl. Abb. 7). Das geht aus der aktuellen Konjunkturumfrage des Bundesverbandes Metall über die Planungen für das laufende Jahr hervor. Insgesamt dürften die Investitionsausgaben des Metallhandwerks um rund 2% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden, wobei die für die Anschaffung von Maschinen vorgesehenen Budgets besonders stark erhöht werden sollen.

2002 wurden im Metallbauerhandwerk die Investitionen, vor allem in Gebäude, reduziert. Der Konjunkturumfrage 2003/2004 zufolge sind die Ausgaben 2003 nochmals leicht verringert worden. Die Erwartungen für 2004 deuten auf eine Ausweitung der Investitionen um etwa 2,4% hin; dabei soll deutlich mehr für Maschinen als für Gebäude ausgegeben werden.

Bei den Feinwerkmechanikern waren die Ausschläge der Investitionsausgaben in den letzten Jahren noch stärker. Die Investitionen der Betriebe wurden 2002 um rund 12% reduziert, wobei insbesondere die Ausgaben für Maschinen gekürzt wurden. Der aktuellen Umfrage zufolge wurde 2003 geringfügig mehr investiert, und die Erwartungen für 2004 deuten auf eine weitere leichte Ausweitung der Investitionen hin; dabei soll mehr für Maschinen ausgegeben werden.

Ein Teil der Investitionsausgaben der Branche dürfte dafür bestimmt sein, den Anpassungsbedarf zu bewältigen und den Strukturwandel aktiv zu gestalten. Darüber hinaus stel-

len die geplanten höheren Investitionen aber auch ein Zeichen dafür dar, dass die Entwicklung des Metallhandwerks von den Unternehmen wieder zuversichtlicher beurteilt wird.

Zunehmender Wettbewerb zu erwarten

Für die **Metallbauer** hat sich der Wettbewerb in den vergangenen Jahren deutlich verschärft. Die wesentlichen Gründe hierfür sind die schlechte Auftragslage infolge der anhaltenden Rezession in der Bauwirtschaft, die tendenziell steigenden Personalkosten sowie die vor allem zuletzt zunehmenden Materialkosten. Wie andere Bauhandwerke leiden auch die Metallbauer unter der ruinösen Konkurrenz ausländischer Arbeitskolonnen. Da in der gegenwärtigen konjunkturellen Lage der Wettbewerb vermehrt über den Preis ausgetragen wird, sind auch die Gewinnmargen für Handwerksleistungen vielfach rückläufig. Ein nach wie vor großes Problem stellt die schlechte Zahlungsmoral insbesondere der öffentlichen Auftraggeber dar. Das Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen vom Mai 2000 hat sich offenbar als weitgehend unwirksam erwiesen. Es ist zu hoffen, dass dem kürzlich erfolgten Vorstoß der Bundesjustizministerin in dieser Sache mehr Erfolg beschieden ist (vgl. Handelsblatt, 23. April 2004).

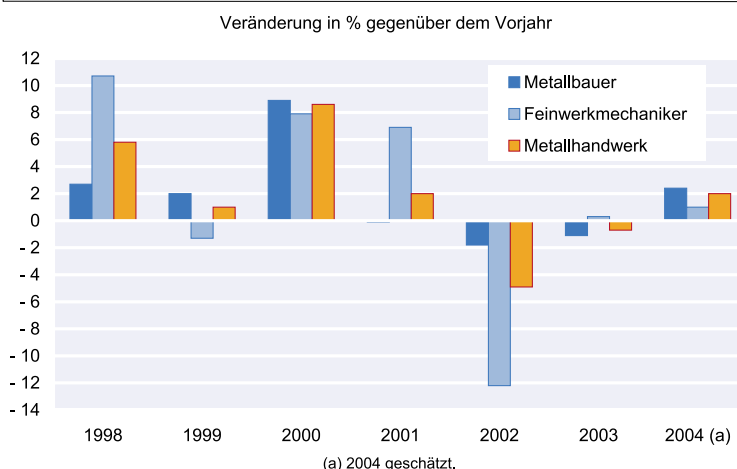
Die Metallbauer zählen nach der zum 1. Januar 2004 in Kraft getretenen Neuregelung im Handwerksrecht nach wie vor zu den zulassungspflichtigen Handwerken, deren Ausübung einen entsprechenden Befähigungsnachweis voraussetzt. Nach dem neuen Recht wird aber der Marktzutritt erleichtert; das geschieht u.a. dadurch, dass Ingenieuren, Hochschulabsolventen und Technikern der Zugang zum Handwerk ermöglicht und neuen Handwerksunternehmen in den ersten vier Jahren nach der Existenzgründung eine abgestufte Befreiung von den Kammerbeiträgen gewährt wird.

Diese Maßnahmen lassen einen weiterhin intensiven Wettbewerb erwarten.

Im Metallbau bekommt auch der Qualitätswettbewerb einen immer höheren Stellenwert. Die zentralen Voraussetzungen zur Gewährleistung einer hohen Ausführungsqualität sind eine anspruchsvolle Ausbildung des Nachwuchses sowie eine ständige Weiterbildung sowohl der Betriebsinhaber als auch der Belegschaft. Dass der Metallbau hier den erforderlichen Beitrag leistet, belegt ein Anteil von Auszubildenden an den in der Branche Beschäftigten von rund 10%; insgesamt gab es 2003 im Metallbau 27 555 Auszubildende. Die Anzahl der Auszubildenden stieg von rund 20 000 im Jahr 1994 bis auf nahezu 30 000 im Jahr 2000, in den folgenden Jahren gingen die Ausbildungszahlen zurück (vgl. Abb. 8). Durch die-

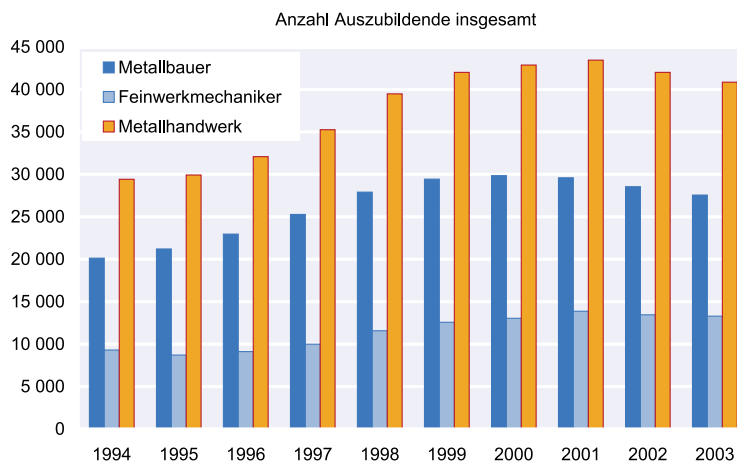
Abb. 7

Investitionen im Metallhandwerk



Quelle: Bundesverband Metall.

Abb. 8
Auszubildende im Metallhandwerk



Quelle: ZDH, Bundesverband Metall.

se Qualifizierungsmaßnahmen kann sich das Fachhandwerk auch deutlich von dubiosen Anbietern, die vor allem Baumaßnahmen im Bestand ausführen, abheben. Es ist zu erwarten, dass künftig Aufträge an Metallbauer vielfach davon abhängig gemacht werden, ob sich der Betrieb erfolgreich einer Qualitätszertifizierung unterworfen hat.

Kundenorientierung, die sich in Leistungskriterien wie Liefertreue, Serviceintensität sowie Kundennähe niederschlägt, wird immer mehr zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor. Die Metallbaubetriebe müssen ihr Tätigkeits- und Leistungsprofil hinsichtlich privater und industrieller Auftraggeber und ihres künftigen Bedarfs an Bauleistungen ständig überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Potenzielle Bereiche sind ein stärkeres Engagement bei Sanierungen und im Nichtwohnungsbau sowie eine Erweiterung von Dienstleistungen und Montageleistungen im Stahlbau. Darüber hinaus können Metallbauer ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Spezialisierung und Kooperation erhalten und steigern. Die betrieblichen Leistungsprofile müssen zudem durch geeignete Marketingmaßnahmen, die neben Printmedien auch das Internet nutzen, an die Zielgruppen herangetragen werden. Aufgrund der Nachfrageschwäche im Inland versuchen immer mehr Betriebe, Aufträge aus dem Ausland zu gewinnen. Dabei bestehen insbesondere gute Chancen für solche Firmen, die anspruchsvolle Arbeiten ausführen können. In diesem Zusammenhang wird auch die EU-Osterweiterung – nach Aussagen des Bundesverbandes Metall – nicht nur als Gefahr gesehen; durch grenzüberschreitende Kooperationen können sich neue Marktchancen eröffnen.

Die Wettbewerbsbedingungen der Feinwerkmechaniker unterscheiden sich zumindest teilweise von jenen der Metallbauer. Neben der Konkurrenzbeziehung zu Unternehmen der eigenen Branche sind sie als mittelständische Zulieferer

besonders dem Anforderungsdruck ihrer großen industriellen Abnehmer ausgesetzt. Feinwerkmechaniker sind auch zunehmend gefordert, immer mehr Aufgaben und Dienstleistungen für ihre Kunden zu übernehmen; im Vordergrund stehen dabei Entwicklungs- und Logistikaufgaben. Feinwerkmechaniker sind nach der Neuregelung im Handwerksrecht auch zukünftig als zulassungspflichtiges Handwerk eingestuft. Daraus dürften ähnliche Wettbewerbswirkungen wie für den Metallbau resultieren.

Dem von den Abnehmern aus der Industrie ausgehenden Kostendruck können die kleinen und mittleren Zulieferunternehmen oft nicht standhalten. Durch Spezialisierung und Kooperationen nach verschiedenen Mustern können Kosten eingespart, Wissen gebündelt und der Marktauftritt erleichtert werden.

Zudem müssen die Feinwerkmechaniker ihr Tätigkeits- und Leistungsprofil am Bedarf ihrer industriellen Kunden ausrichten. Schließlich ist auch diese Branche gezwungen, sich angesichts der schwachen Inlandskonjunktur vermehrt um Auslandsaufträge zu bemühen.

Die Gewährleistung einer hohen Ausführungsqualität erfordert auch bei den Feinwerkmechanikern eine anspruchsvolle Ausbildung des Nachwuchses sowie eine ständige Weiterbildung von Betriebsinhaber und Belegschaft. Durch ein großes Engagement in der Ausbildung leistet dieses Handwerk den hier erforderlichen Beitrag; 2003 gab es bei den Feinwerkmechanikern insgesamt rund 13 300 Auszubildende. Zwischen 1994 und 2001 stieg die Anzahl der Auszubildenden von 9 300 bis auf einen Höchststand von nahezu 13 900, seither gingen die Ausbildungszahlen leicht zurück (vgl. Abb. 8).

Metallhandwerk: Strukturwandel wird andauern

Auch wenn das Metallhandwerk von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Erholung mit einem Umsatzzuwachs von knapp 1% im Jahr 2004 und von der wohl auch 2005 anhaltenden Aufwärtstendenz profitieren dürfte, ist die Branche weiterhin gefordert, sich an die sich schnell ändernden Marktbedingungen anzupassen. Das relative Gewicht der Bauwirtschaft als Auftraggeber wird abnehmen, wodurch sich auch die Anforderungen an das Metallhandwerk verschieben werden. Das betrifft sowohl das Leistungsspektrum der Betriebe als auch ihre regionale Ausrichtung. Vor allem für Spezialisten dürfte das Auslandsgeschäft eine zunehmende Bedeutung erlangen. Gleichzeitig wird sich die Konkurrenz durch ausländische Anbieter auf dem heimischen Markt noch verschärfen und auch von dieser Seite den Strukturwandel vorantreiben.

Um diese Herausforderungen bestehen zu können, sind die Betriebe des Metallhandwerks gezwungen, einerseits ihre traditionellen Stärken, wie Marktnähe, Kundenorientierung und hohe Ausführungsqualität, fortzuentwickeln und andererseits ihre Kosten unter Kontrolle zu halten, um ihre Position im Wettbewerb behaupten und festigen zu können. Auf dieser Grundlage dürfte es den Unternehmen auch gelingen, ihre Ertragslage nachhaltig zu stabilisieren und zu steigern, um die erforderlichen Investitionen durchführen zu können. Denn die wesentliche Voraussetzung für eine zukunftsgerichtete Investitions- und Unternehmensstrategie ist eine ausreichende Eigenkapitalbasis, da wegen der neuen Risikoorientierung der Banken Kredite für die Unternehmen schwerer oder nur zu schlechteren Bedingungen zu bekommen sind.

Literatur

Arbeitsgemeinschaft deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (2004), »Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2004«, *ifo Schnelldienst* 57(8), 3–46.
Bundesverband Metall (2004), *Metallhandwerk in Deutschland: Konjunktur 2003/Konjunkturausblick 2004*, Pressemitteilung Frühjahr 2004.
DOWJONES/VWD News, *montan aktuell* (2004) »Konkursgefahr: Verarbeiter warnen«, 29. April.
DOWJONES/VWD News, *montan aktuell* (2004), »VDMA klagt über Stahlpreise«, 21. April.
Handelsblatt (2004), »Zyprien will säumigen Zahlern Beine machen«, 23. April.

Leasingbranche: Geschäftsklima im Frühjahr nur wenig verbessert – noch kein Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Investitionsausgaben in Sicht

27

Joachim Gürtler und Arno Städtler

Die leichte Belebung der deutschen Wirtschaft in den ersten drei Monaten 2004 war durch einen relativ starken Anstieg des Exportüberschusses gekennzeichnet, die Inlandsnachfrage ging dagegen eher noch zurück. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes dürfte das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem vorherigen Vierteljahr preis- und saisonbereinigt um 0,4% gestiegen sein. Das ist zwar der höchste Zuwachs seit Anfang 2001, die Investoren sind aber noch verunsichert, die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen zeigt im Frühjahr 2004 noch keine klare Richtung, und auch beim ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft konnte sich bisher noch kein eindeutiger Aufwärtstrend durchsetzen. Es sind jedoch nicht nur konjunkturelle Einflüsse, die für den Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland seit drei Jahren verantwortlich sind, sondern auch diverse strukturelle Faktoren. Investoren lassen sich nicht allein von niedrigen Zinsen locken, sie benötigen wenigstens ein Minimum an Planungssicherheit und eine halbwegs berechenbare Fiskal- und Wirtschaftspolitik. Nachdem sich das Tempo des Rückgangs ab den Sommermonaten 2002 zunächst merklich verlangsamte, schrumpften die Ausrüstungsinvestitionen im Laufe des zweiten und dritten Quartals 2003 wieder etwas deutlicher. Erst zum Jahresschluss hin kam es bei der Investitionsentwicklung zu einer Trendwende, insgesamt sind die Ausgaben für Ausrüstungen und sonstige Anlagen im vergangenen Jahr in nominaler Rechnung um 3,8% zurückgegangen (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute 2004). Damit ist Deutschland bei der Investitionsentwicklung und der volkswirtschaftlichen Investitionsquote in den letzten zehn Jahren Europas Schlusslicht. Es stellt sich daher die Frage, ob es für die Ausrüstungsinvestitionen nun wenigstens im laufenden Jahr Wachstumshoffnungen gibt.

Leasing: Geschäftslage bleibt günstig

Die Erholung der deutschen Leasingbranche ist im Gange: Nach vier Anstiegen in Folge hat sich der (geglättete¹) ifo Geschäftsklimaindex zu Beginn des Frühjahrs 2004 auf vergleichsweise hohem Niveau gefestigt und sich damit auf dem höchsten Stand seit Mitte 2001 stabilisiert (vgl. Abb. 1). Zuverlässige Schlüsse auf die Konjunktorentwicklung lassen sich aus dem Stimmungsindikator nur ziehen, wenn er mehrere Quartale hintereinander sinkt oder steigt, das Aufschwungsignal scheint sich damit also zu bestätigen. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung im ersten Quartal 2004 war, dass die Leasingunternehmen hinsichtlich der künftigen Geschäftsentwicklung noch etwas mehr Mut schöpften als zuvor, die positiven Urteile zur gegenwärtigen Geschäftslage haben sich indessen graduell verschlechtert. Im Einzelnen bewerteten 23% der Leasinggesellschaften ihren Geschäftsverlauf als günstig, 73% als befriedigend, und nach wie vor nur wenige Testteilnehmer (4%) empfanden die La-

ge im Berichtszeitraum als schlecht. Die Lageurteile haben sich damit zwar minimal verschlechtert (von per saldo 21% auf 19%), sie sind aber noch beachtlich besser als vor einem Jahr (per saldo 19% gegenüber 5% im ersten Quartal 2003). Das Vertrauen in die kommende Geschäftsentwicklung hat sich weiter behauptet, per saldo fast jedes dritte Leasingunternehmen hofft auf bessere Geschäfte im Sommerhalbjahr 2004. Im Detail erwarteten 33% (4. Quartal 2003: 32%) der Unternehmen für die nächsten sechs Monate einen günstigen Geschäftsverlauf, 65% (63%) rechneten mit einer gleichbleibenden Entwicklung, und nur noch 2% (5%) sahen der nahen Zukunft mit Sorge entgegen.

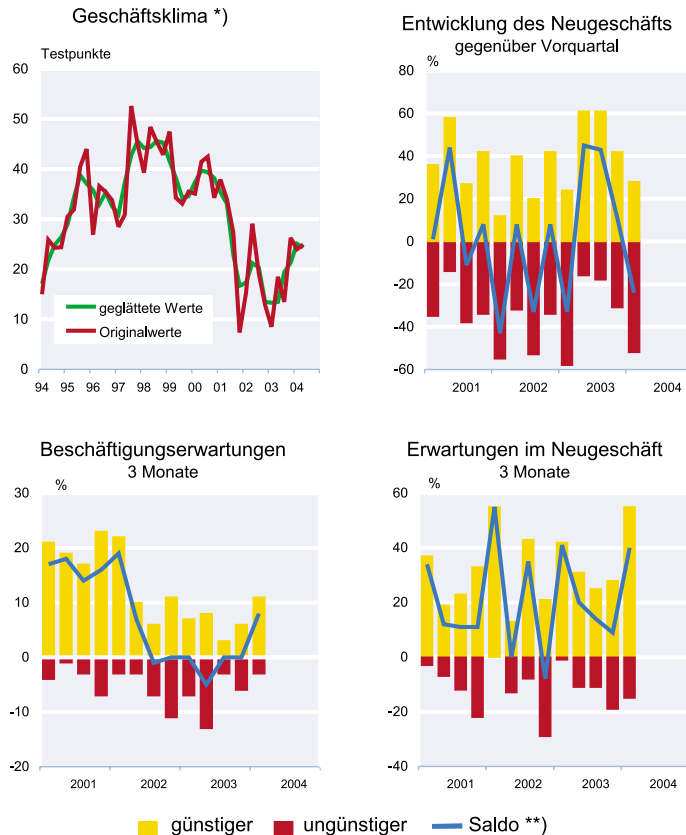
Das Neugeschäft verlief zwar – jahreszeitlich bedingt – in den ersten drei Monaten 2004 eher schleppend, gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal konnte aber ein respektables Plus verbucht werden. Per saldo 32% der Leasinggesellschaften verzeichneten im ersten Quartal 2004 höhere Vertragsabschlüsse. Bereits zur Jahresmitte 2003 deutete sich bei der Neugeschäftsentwicklung ein Erreichen der Talsohle an (Gürtler und Städtler 2003). Gegenüber

¹ Die Glättung ersetzt derzeit noch eine Saisonbereinigung, die erst durchgeführt werden kann, wenn die Zeitreihe ausreichend lang ist.

Abb. 1

Mobilien-Leasing: Konjunkturerholung schreitet voran

1. Berichtsquartal 2004



*) Mittelwerte aus den Firmenmeldungen zur gegenwärtigen und der in den nächsten 6 Monaten erwarteten Geschäftslage.

** Saldo: Differenz aus den %-Anteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Leasing 2004.

der letzten Erhebung scheint sich aber die positive Entwicklung etwas verlangsamt zu haben (per saldo 32% gegenüber 45% im Vorquartal). Optimistisch stimmt, dass die Erwartungen bezüglich der Neugeschäftsentwicklung ein ausgesprochen positives Bild zeichnen. Gut jedes zweite Leasingunternehmen geht von einem höheren Neugeschäft aus, 30% rechnen mit einer gleichbleibenden Entwicklung, aber noch immer 15% der Testteilnehmer befürchten eine Abnahme. Dieses eindeutige Votum (mit per saldo + 40%) lässt den Schluss zu, dass sich der Erholungskurs in der Leasingbranche fortsetzen wird, darauf deuten auch die Ergebnisse des monatlichen Konjunkturtests in der Leasingbranche für April hin.²

Das Geschäftsklima im Kraftfahrzeug-Leasing hat dagegen zu Beginn des Frühjahres 2004 einen herben Dämpfer hin-

nehmen müssen, der Klimaindex ist aber dennoch einen Tick günstiger als vor einem Jahr. Der Rückgang des Indikators spricht nicht für ein abruptes Ende der Erholung, er signalisiert aber eine schwächere Dynamik. Die eingetretene Verschlechterung ist vor allem auf die kaum noch positiven Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate zurückzuführen, die Einschätzung der gegenwärtigen Geschäftslage hat sich indessen nur wenig abgeschwächt (per saldo + 30%). Auch beim Neugeschäft hat sich das Wachstum spürbar verlangsamt, die insgesamt deutliche Erholung im Kraftfahrzeug-Leasing binnen Jahresfrist ist nicht zu übersehen. Zwar spricht diese Aufwärtsentwicklung für ein zunehmendes Leasinggeschäft, das ausgesprochen niedrige Niveau des Vorjahres sollte dabei aber berücksichtigt werden. Bescheidene Zunahmen (mit per saldo 15%) werden zwar für das zweite Quartal noch gesehen, dahinter steht aber eine recht divergierende Entwicklung: 47% (4. Quartal 2003: 13%) der Gesellschaften im Kraftfahrzeug-Leasing rechnen mit einem höheren Neugeschäft, 21% (85%) mit einer gleich bleibenden Entwicklung, aber 32% (2%) ziehen ein Minus in Betracht.

Noch immer Misstrauen gegenüber der Steuerpolitik

Gut jedes zweite Leasingunternehmen – und damit kaum weniger häufig als zuvor – klagte im ersten Berichtsquartal 2004 über Behinderungen der Geschäftstätigkeit. Nachdem das Neugeschäft in der zweiten Jahreshälfte 2003 leicht anzog, gab es offenbar auch weniger Anlass zur Kritik an den Auftragsreserven. Nur noch 17% der Testteilnehmer kreuzten bei den Einflussfaktoren zur Behinderung der Geschäftstätigkeit »unzureichende Nachfrage« an. Nach dem Spitzenwert von 40% im Herbst 2002 haben sich diese Meldungen von Quartal zu Quartal verringert. An erster Stelle der negativen Einflussfaktoren stehen nach wie vor Hindernisse durch rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen, unverändert klagte gut jedes dritte Unternehmen darüber. Obwohl die »Leasingsteuer« und andere problematische Steuerprojekte der Bundesregierung im Dezember 2003 vom Bundesrat gestoppt wurden, hat sich dieser Einflussfaktor nur marginal verringert. Offenbar ist das Misstrauen der Befragten hinsichtlich einer verlässlichen Steuerpolitik noch nicht ganz vom Tisch – und das auch wohl zu Recht, denn die Änderung des § 84 Körperschaftsteuergesetz (Fremdfinanzierung) steht noch aus, und die neue Konzeption der Gewerbesteuer wird noch kommen. Nicht

² Vorläufige Ergebnisse aus ifo Konjunkturtest Dienstleistungen vom April 2004.

wenige Leasingmanager befürchten einen fünften Versuch, dabei die »Leasingsteuer« zu installieren. Refinanzierungsprobleme wurden von 7% der Testteilnehmer angegeben, Fachkräftemangel blieb mit 5% der Nennungen auf dem Niveau des Vorquartals, sonstige Einflussgrößen sind mit 1% nach wie vor kaum von Bedeutung.

Leasingunternehmen erwarten höhere Beschäftigung

Eher verhalten schaut die Arbeitskräftebilanz in der Leasingbranche aus: Bereits seit zwei Jahren zeichnet sich kaum noch eine positive Entwicklung ab, nach den aktuellen Befragungsergebnissen ergab sich im Laufe des ersten Quartals 2004 nur eine Zunahme der Beschäftigung um 1/4%. Dabei fällt auf, dass lediglich die mittleren Unternehmen von 20 bis 200 Beschäftigten ihr Personal ausweiten, die kleineren dagegen spürbar verringerten. In der Vergangenheit konnten die großen Leasinggesellschaften ihren Personalbestand in etwa halten, im aktuellen Berichtsquartal scheint dies aber schwieriger geworden zu sein. Bei den Erwartungen für die nächsten Monate deutet sich erstmals seit längerem eine Wende zum Besseren an. Nachdem sechs Quartale in Folge positive und negative Stimmen sich die Waage hielten, korrigierten die Unternehmen ihre Beschäftigungspläne nach oben. Per saldo knapp jede zehnte Leasinggesellschaft rechnet mit einer Zunahme

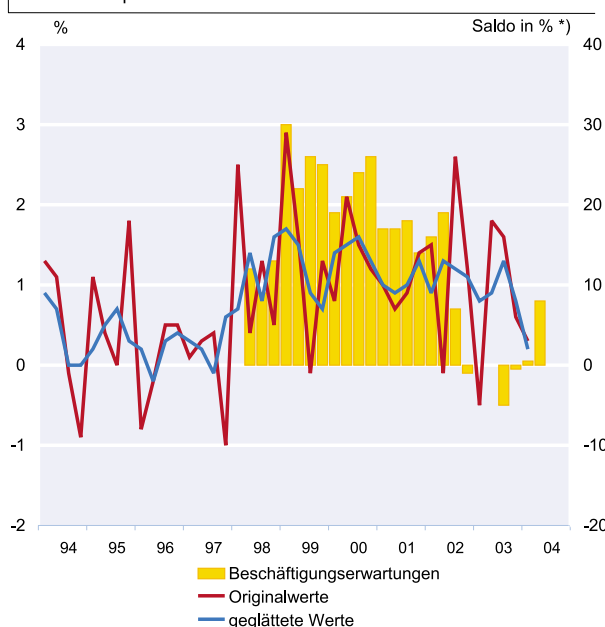
der Beschäftigtenzahl. Überwiegend die mittleren Unternehmen mit 20 bis 200 Beschäftigten planen die Belegschaft aufzustocken. Bei den großen Unternehmen sind die Beschäftigungserwartungen weiterhin von Vorsicht geprägt, sie sind offenbar in der Lage, die höhere Nachfrage weitgehend mit der vorhandenen Belegschaft zu bewältigen (vgl. Abb. 2).

Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen wohl erst in der zweiten Jahreshälfte 2004

Aus der Leasingbranche kommen derzeit ermutigende Nachrichten: Der Geschäftsklimaindex hat sich auf relativ hohem Niveau gefestigt und die Erwartungen für die nächsten beiden Quartale sind noch etwas optimistischer als zuvor. Der auf diesen Zukunftseinschätzungen der Leasinggesellschaften basierende Investitionsindex, der zusammen vom ifo Institut und dem Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen (BDL) ermittelt wird, lässt auf eine tendenzielle Besserung des Investitionsklimas schließen. Das Leasinggeschäft folgt zwar in der Regel der Entwicklungslinie, die von den gesamtwirtschaftlichen Investitionen vorgegeben wird, bewegt sich aber dank ständiger Marktanteilsgewinne auf einem höheren Niveau. Auch in der Zeit der rezessiven Investitionsentwicklung von 2001 bis 2003 entfaltete sich das Neugeschäft der Leasinggesellschaften zwar nur moderat, die Veränderungsrate wurden aber nicht negativ. Dämpfend auf die Leasingnachfrage wirkten sich im laufenden Jahr zunächst die im Januar und Februar weiter rückläufigen Neuzulassungen von Straßenfahrzeugen aus. Sie haben immerhin einen Anteil von etwa 50% am gesamten Leasingportfolio. Im März und April drehten die Autokäufe jedoch ins Plus. Im April legten die Neuzulassungen im Vorjahresvergleich um 3,2% zu, das reichte aber nicht, um das Minus von Januar/Februar zu kompensieren. Für die ersten vier Monate des Jahres errechnete sich erneut ein Rückgang, und zwar von 0,8%. Branchenexperten reduzierten daraufhin ihre Jahresprognose für den deutschen Automobilmarkt deutlich.

Nachdem sich die Geschäftserwartungen der Leasingbranche bisher als ein verlässlicher Indikator für die Investitionstätigkeit erwiesen haben, dürfte sich bei den gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungskäufen die Situation zumindest nicht verschlechtern. Auch nach den Ergebnissen des Frühindikators scheinen die Unternehmen ihre Investitionsmüdigkeit allmählich zu überwinden, der Indikator kratzt zumindest schon an der Nulllinie (vgl. Abb. 3). Vorerst bewegen sich die Veränderungsrate freilich noch im negativen Bereich, weil die Politik die Investoren zu lange über die steuerlichen Rahmenbedingungen im Unklaren gelassen hat und dadurch die Ausrüstungsinvestitionen im gesamten Jahr 2003 geschrumpft sind. Von diesem niedrigen Niveau aus

Abb. 2
Mobilien-Leasing:
Positive Beschäftigungserwartung
 1. Berichtsquartal 2004

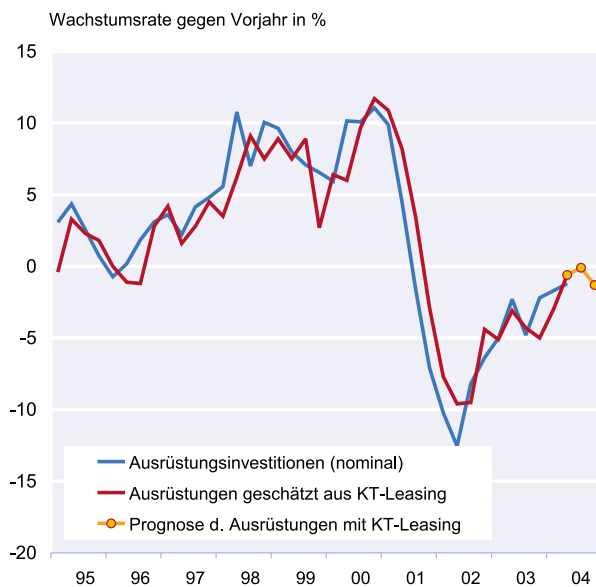


*) Saldo: Differenz aus den %-Anteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Leasing 2004.

Abb. 3**Gesamtwirtschaftliche Ausrüstungsinvestitionen:
Nur langsame Erholung**

- geschätzt aus den Geschäftserwartungen Mobilien-Leasing -



Quelle: ifo Konjunkturtest, Leasing 2004, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts, 1. Quartal 2004.

wird es wohl noch etwas dauern, bis die Wachstumsrate mehr darstellen wird als eine schwarze Null.

Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute vom Frühjahr geht für das Gesamtjahr 2004 von einem nominalen Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen einschließlich der sonstigen Anlagen von 0,6% (mit Arbeitstageeffekten: 2,4%) aus. Die zuversichtlichen Geschäftserwartungen der Leasinggesellschaften lassen zumindest in den letzten Monaten des Jahres 2004 einen Vorzeichenwechsel bei den Veränderungsdaten für die Ausrüstungsinvestitionen plausibel erscheinen. Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass das Wachstum der Leasinggesellschaften gegenwärtig fast ausschließlich aus Marktanteilsgewinnen – vor allem gegenüber dem Investitionskredit der Banken – generiert wird und nicht aus einer Belebung der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit.

Eine Steigerung des Leasing-Neugeschäfts um etwa 5% in 2004 erscheint möglich; die Mobilien-Leasingquote würde in diesem Fall auf über 23% zunehmen. Trotz dieses hohen Niveaus ist das Leasingpotential in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht ausgeschöpft, wie schon der Blick auf die noch höheren Leasingquoten in verschiedenen anderen Ländern zeigt. Auch bei zwei gewichtigen Gütergruppen unter den Ausrüstungsinvestitionen der deutschen Wirtschaft, den Maschinenbau- sowie elektrotech-

nischen Erzeugnissen, sind die Leasingquoten mit rund 10% noch relativ niedrig, von Sättigung kann hier also noch lange nicht gesprochen werden.

Verschiedene deutsche Leasinggesellschaften sind bereits im Ausland vertreten, insbesondere in den Ländern, die am 1. Mai der EU beitraten. Sie begleiten nicht nur ihre deutschen Kunden bei Investitionen in diesen Ländern, sondern generieren auch Geschäfte mit einheimischen Unternehmen und sichern sich so zusätzliches Wachstumspotential für ihre Unternehmen.

Literatur

Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (2004), »Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2004«, *ifo Schnelldienst* 57 (8), 3–46.
Gürtler, J. und A. Städtler (2003), »Leasingbranche: Keine eindeutige Tendenz beim Geschäftsklima – der Investitionsmotor stottert noch«, *ifo Schnelldienst* 56 (15), 25–27.

Konjunkturelle Erholung 2003. Wirtschaftsaufschwung 2004 wird durch März-Attentate in Madrid nicht gefährdet. Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs 2005. Geldpolitik und Lohnpolitik stimulieren weiter. Finanzpolitik später konjunkturneutral ausgerichtet. Öffentliche Haushalte insgesamt annähernd ausgeglichen. Exportdämpfende Wirkung der Euro-Aufwertung lässt nach. Weiter verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt. Preisanstieg nach wie vor stärker als im EU-Durchschnitt. Leistungsbilanz mit zunehmenden Fehlbeträgen. Stärkere Europa-Orientierung der neuen Regierung.

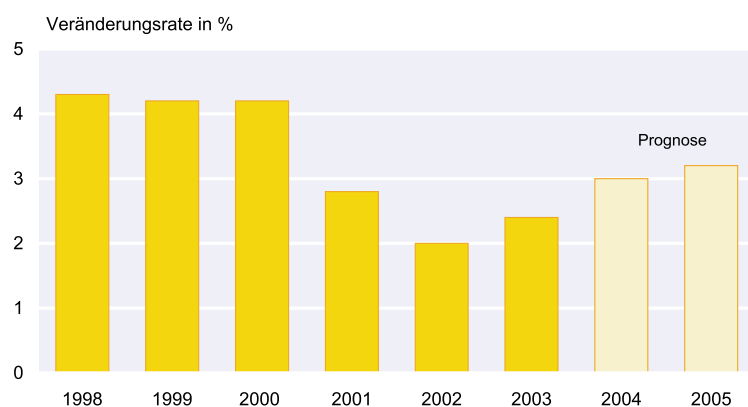
Im bisherigen Verlauf dieses Jahres waren zwei Ereignisse für das **politische und soziale Umfeld** bestimmend: Die von islamischen Terroristen verübten Attentate von Madrid sowie die fast unmittelbar darauf durchgeführten Wahlen zu den Cortes, dem spanischen Parlament. Zuvor hatte es bereits in Katalonien eine politische Wende gegeben.

Am 11. März 2004 hatte eine gut koordinierte **Attentatswelle** meist aus Marokko stammender islamischer Fundamentalisten in Nahverkehrszügen in und bei Madrid rund 200 Todesopfer und mehr als 1 200 Verletzte gefordert. Die Anschläge waren zunächst der ETA angelastet worden, die allerdings durch zahlreiche Verhaftungen führender Mitglieder in Frankreich und Spanien empfindlich geschwächt worden war. Mit Blick auf über drei Jahrzehnte blutiger Erfahrungen mit der baskischen Terrororganisation lag dieser Verdacht a priori nahe. Ihn suchte die vom Partido Popular (PP) gestellte Regierung zu festigen, trotz der schnell in Richtung islamischen Terrorismus weisenden Indizien, um bei der von Erbitterung, Mitgefühl und Grauen erfüllten Bevölkerung den Wunsch nach einer harten Hand zu wecken und den Sieg des ohnehin favorisierten PP bei den Parlamentswahlen zu sichern.

Der hieraus dem PP und Ministerpräsident Aznar erwachsenden Vorwurf der Lüge und der Manipulation löste einen Stimmungsumschwung bei einem Teil der Wähler aus. Nun erinnerte man sich auch der im Laufe seiner achtjährigen Amtszeit gewachsenen Arroganz und Unduldsamkeit des Premierministers, seiner persönlichen Fehlleistungen und die seiner Administration bei dem enorme Umweltschäden verursachenden Tankerunglück

im Herbst 2002 vor der galizischen Küste sowie seiner gegen den Wunsch von etwa 85% der Bevölkerung erfolgten militärischen Unterstützung der USA im Irak-Konflikt. Der insgesamt, vor allem aber in wirtschaftlicher Hinsicht, gute Leistungsausweis der Regierung Aznar trat ebenso in den Hintergrund wie die Parteiprogramme. Aus den regulär fälligen **Wahlen zu den Cortes** drei Tage nach den Attentaten gingen die Sozialisten (PSOE) bei außergewöhnlich hoher Wahlbeteiligung als Sieger hervor. Sie legten gegenüber den Parlamentswahlen im Jahr 2000 um 8,4 Prozentpunkte auf 42,6% der Stimmen zu und haben nun 164 Sitze im 350 Mandate umfassenden Abgeordnetenhaus. Der PP verlor 6,9 Prozentpunkte und kam nur noch auf 148 Mandate, nachdem er während der letzten Legislaturperiode über die absolute Mehrheit verfügt hatte. Bei den Wahlen zum Senat verfehlte der PP die absolute Mehrheit indes nur knapp. Der neue Ministerpräsident Zapatero führt eine Minderheitsregierung, die sich neben der Vereinigten Linken (UI) von Fall zu Fall auf Regional-

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

parteien stützen wird. Diese Praxis war schon bei früheren Regierungen üblich gewesen, ohne dass die Regierbarkeit des Landes gelitten hätte. Der Partido Nacionalista Vasco (PNV), der zuvor mit dem auf eine Quasi-Sezession des Baskenlandes abzielenden »Plan Ibarretxe« einigen Staub aufgewirbelt hatte, konnte seinen Stimmenanteil mit 1,6% nur geringfügig steigern.

Mit mehr Dialog, Toleranz und Transparenz will Zapatero einen **neuen politischen Stil** versuchen, aber keine grundsätzlich neue politische Linie verfolgen. Wichtige Projekte von nationaler Bedeutung sollen in breitem Konsens der Parteien vorangebracht werden, was auch das Bestreben der Regierung Aznar gewesen war. Hierzu zählt der fortgesetzte Kampf gegen den Terrorismus – nicht nur den baskischen. Der Senat soll in eine Kammer der Regionen umgestaltet werden, verbunden mit einer Reform der unterschiedlichen Statute der 17 autonomen Regionen. Außenpolitisch wird der enge Schulterschluss mit den USA von einer deutlichen Hinwendung zum »Old Europe« abgelöst. Die von Aznar blockierte Fertigstellung der EU-Verfassung weicht einer kooperativen Haltung, wiewohl nicht zu erwarten ist, dass Zapatero spanische Interessen etwa bei der Verteilung von EU-Geldern weniger beharrlich vertreten wird, als seine Vorgänger Gonzalez und Aznar dies getan haben. Bevorzugte Aufmerksamkeit wird auch Lateinamerika sowie den anderen Mittelmeerrändern, vor allem Marokko, gewidmet. Marokko wurde neben einem der wichtigsten Herkunftsländer auch zum bevorzugten Durchgangsland für die illegale Einwanderung nach Spanien. Die im Irak stationierten spanischen Streitkräfte wurden bereits im April abgezogen. Dies entspricht dem Wunsch einer ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und ist angesichts des langen energischen und mit mehr als 800 ETA-Mordopfern teuer bezahlten Kampfes gegen den baskischen Terrorismus keineswegs als weich und feige abzuqualifizieren.

Bereits im Herbst 2003 hatten die **Regionalwahlen in Katalonien**, der wohlhabendsten Region Spaniens, politische Veränderungen bewirkt. Sowohl das seit langem dominierende bürgerliche Parteienbündnis *Convergència i Unió* (CiU) als auch die oppositionellen Sozialisten verloren kräftig an Mandaten, während die Linksrepublikaner der *Esquerra Republicana de Catalunya* (ERC) ebenso deutlich zulegten wie die grün/linke *Iniciativa para Catalunya – Els Verdes* (ICV). Auch der PP gewann einige Mandate. Bereits Ende 2003 war Jordi Pujol (CiU) nach 23 Jahren Amtszeit als Präsident der Region Katalonien abgetreten. Er hatte die katalanische Politik dominiert und den Übergang Spaniens zur Demokratie wesentlich mitgeprägt, indem er für stabile Mehrheiten in den Cortes sorgte, was er sich allerdings mit zusätzlicher Autonomie und fiskalischen Rechten bezahlen ließ. Jetzt regiert eine von den Sozialisten geführte Regionalregierung.

Das **Verhältnis zu Portugal** hat sich im Laufe von 2003 weiter verbessert. Zunächst waren der spanischen Fischereiflotte Fangrechte in portugiesischen Gewässern eingeräumt worden. Dann einigten sich die Regierungen auf den Start des iberischen Elektrizitätsmarktes am 20. April 2004 sowie auf den Bau von vier grenzüberschreitenden Schnellzugstrecken bis 2017. Bei letzterem stand der Zwang Pate, hierfür bereitgestellte EU-Mittel fristgerecht einzusetzen. Nicht beseitigt wurden protektionistische Praktiken Spaniens bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge, wobei portugiesische Unternehmen systematisch übergangen werden.

Wirtschaftspolitisch wurde das Vertrauen in die grundsätzliche Fortführung der bisherigen erfolgreichen Linie gestärkt durch die Ernennung des EU-Kommissars Solbes zum Chef der nach vier Jahren wieder zusammengelegten Ministerien für Wirtschaft und Finanzen. Die Verringerung der Arbeitslosigkeit behält Priorität. Der finanzpolitische Konsolidierungskurs soll beibehalten werden, dürfte aber kaum über den Haushaltsausgleich hinausgehen, da verschiedene kostspielige Wahlversprechen, wie etwa die Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus sowie von Forschung und Entwicklung (mit 1% des BIP wird hierfür lediglich halb so viel wie im EU-15-Durchschnitt aufgewendet), eingelöst werden sollen. Zu erwarten ist eine etwas weichere finanzpolitische Linie, die unter Verzicht auf Steuererhöhungen mehr Geld für Soziales und für Bildung bereitstellt. Der seit Jahren sehr intensiv gewordene Dialog zwischen den programmatisch erneuerten Gewerkschaften, den Unternehmerverbänden und der Regierung wird fortgesetzt. Das schließt jedoch harten Widerstand der Ersteren nicht aus, wenn es um Arbeitsmarktreformen mit dem Ziel einer größeren Flexibilisierung geht.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,1%. In **Japan** übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2002 um 2,7%. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3 1/2%. In **Westeuropa** und in der EU nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 3/4% zu, im Euro-Raum stieg es um 0,4%, und in Deutschland blieb es gegenüber 2002 etwa unverändert. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,7 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 13%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber dem Jahr 2002 auf Dollar-Basis um etwa 17%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 1,13 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2002 um 4% expandiert.

Die **spanische Wirtschaft** ist bis in den Herbst hinein spürbar und stetig gewachsen und hat anschließend beschleunigt expandiert dank des lebhafteren privaten Konsums und eines verbesserten Außenbeitrags. Dies trotz dämpfender Einflüsse, wie der Irak-Konflikt, der kräftige Anstieg des Ölpreises, die anhaltend starke Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar sowie die Hitzewelle im Sommer, welche in anderen westeuropäischen Volkswirtschaften zu Stagnation oder Rezession geführt hatten. Dabei wirkte die Finanzpolitik sogar etwas restriktiv, während die Geldpolitik deutlich stimulierte. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** nahm um 2,4% zu. Das ist eine dreimal so hohe Rate wie das westeuropäische Mittel. Überdurchschnittlich dynamisch entwickelte sich erneut die Bauproduktion im Allgemeinen und der Wohnungsbau im Besonderen. Bei den Ausrüstungsinvestitionen wurde die zweijährige Rezession deutlich überwunden. Sowohl privater wie öffentlicher Verbrauch expandierten stärker als im Jahr zuvor. Die Ausfuhr gewann im Zuge der verbesserten Weltkonjunktur erst gegen Jahresende an Schwung. Da jedoch die Importe noch stärker stiegen, erhöhte sich das Defizit der Leistungsbilanz, trotz etwas günstigerer Terms of Trade, auf 3,2% des BIP. Zwar besserte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt insgesamt, doch blieb die Arbeitslosenquote mit 11,3% unverändert, obwohl sich die Beschäftigung gegenüber 2002 spürbar erhöhte. Der Preisauftrieb hat sich ab der Jahresmitte beruhigt. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Konsumentenpreise um 3,1%.

Der **Export** von Waren und Dienstleistungen wurde um 4% ausgeweitet. Drei Viertel hiervon entfallen jedoch auf den zu Jahresbeginn bestehenden Überhang. Im Verlauf war tendenziell eine Stagnation mit leichter Belebung gegen Jahresende zu beobachten. Bremsend wirkte in erster Linie die flauere Konjunktur im übrigen Westeuropa, dem mit Abstand wichtigsten Absatzmarkt. Hinzu kamen die den Absatz im Dollarraum behindernde starke Aufwertung des Euro sowie die infolge kräftigen Lohnkostenanstiegs und geringen Produktivitätswachstums (0,6% p.a.) weiter sinkende internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Zunahme im Ausländertourismus litt unter der gedrückten Konsumneigung in wichtigen Herkunftsländern und dem deutlichen Preisauftrieb in den Feriengebieten. Die **Einfuhr** (+ 6,7%) expandierte im Verlauf spürbar, wenn auch deutlich langsamer als im Vorjahr. Das Defizit der **Leistungsbilanz** ist bei nur noch wenig verbesserten Terms of Trade in Relation zum BIP auf 3,2% gestiegen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** erhöhten sich um 3%. Nach annähernd stagnierender Entwicklung während des ersten Halbjahrs gewannen sie spürbar an Dynamik. Entscheidend war die Fortsetzung der lebhaften Baukonjunktur. Das gilt in erster Linie für den öffentlichen Bau, der nochmals kräftig ausgeweitet wurde, fokussiert auf die trotz der großen Verbesserungen in den letzten Jahrzehnten noch erheblich

ausbaubedürftige Verkehrsinfrastruktur dieses nach Frankreich zweitgrößten westeuropäischen Landes. Viele der im Rahmen des mit 114 Mrd. € dotierten Investitionsplans 2000/2007 realisierten Projekte werden von der EU mitfinanziert. Der Wohnungsbau nahm um 3¹/₂% zu, wobei die größere Dynamik bei den Renovierungs- und Ausbaurbeiten herrschte. Der Wohnungsneubau wurde ebenfalls deutlich ausgeweitet. Hier fand ein eigentlicher Boom jedoch bei den Preisen statt, die sich weiter rasant erhöhten. Häuser und Wohnungen verteuerten sich nominal im Jahresdurchschnitt wiederum um 17¹/₂%; weit überdurchschnittlich sind die Preise in den Regionen Madrid, Balearen, Baskenland und Katalonien gestiegen. Die gleichwohl weiter gewachsene Bauproduktion erklärt sich mit dem hier besonders ausgeprägtem Wunsch nach Wohneigentum, dem rückläufigen Bau von Sozialwohnungen (deren Marktanteil belief sich nur noch auf 7¹/₂%), den infolge expansiver Geldpolitik weiter gesunkenen Hypothekenzinsen sowie erheblichen Steuervergünstigungen. Gleichzeitig ist die Belastung der privaten Haushalte durch Hypothekenzins und -tilgung weiter gewachsen und erreichte vielfach bereits ein kritisches Maß. Der gewerblich-industrielle Bau tendierte nur noch schleppend aufwärts, mit dem Schwergewicht auf Renovierungen und Umbauten, während der Neubau im Verlauf annähernd stagnierte. Während der letzten Boomjahre entstand ein Überangebot vor allem an Bürobauten mit der Folge deutlich sinkender Mietpreise. Die Ausrüstungsinvestitionen überwand die Rezession der beiden Vorjahre und expandierten spürbar. Die Ertragslage der Unternehmen besserte sich im Allgemeinen; im Bausektor war sie sogar gut. Gesunkene Zinsen, der in den Rezessionsjahren entstandene Nachholbedarf an Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen sowie optimistische Absatzerwartungen stimulierten. Als günstig erwies sich ferner, dass die Kreditinstitute ihre um die Jahrhundertwende bei Lateinamerika-Engagements entstandenen erheblichen Verluste nun weitgehend verkräftet hatten. Und schließlich waren die Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie das ganze Jahr über stärker ausgelastet als im langfristigen Durchschnitt mit steigender Tendenz im zweiten Halbjahr.

Der **private Konsum** wurde um 3% ausgeweitet. Zum erheblichen Teil ist das auf die Zunahme der Beschäftigung zurückzuführen. Aber auch die Reallöhne sind gestiegen, und die umfangreiche Einkommensteuersenkung zu Jahresbeginn stimulierte, obwohl ein Teil davon in die steigende Sparquote ging. Das auf der Basis von Verbraucherumfragen erhobene Konsumklima besserte sich im Verlauf des Jahres, was vor allem den Absatz langlebiger Güter anregte. So erholte sich der Absatz von Pkw deutlich vom vorjährigen Einbruch, die fortgesetzte Ausweitung des Wohnungsbaus stimulierte den Kauf von Einrichtungsgegenständen und die Verkäufe von Mobiltelefonen zogen kräftig an. Auch nahmen die Ausgaben für Ferienreisen, vor allem ins Ausland, weiter erheblich zu. Der **öffentliche Verbrauch** wurde im

Laufe des Jahres leicht beschleunigt ausgeweitet und erhöhte sich gegenüber 2002 um 3%. Hierin schlagen sich auch bedeutende Kosten zur Beseitigung der großen Umweltschäden im Zusammenhang mit der Tankerhavarie vor der galizischen Küste im Herbst 2002 nieder.

Auf dem **Arbeitsmarkt** besserte sich die Lage insgesamt weiter. Die Zahl der Beschäftigten stieg bei nach wie vor bescheidenem Produktivitätswachstum um $1\frac{3}{4}\%$, mitbestimmt durch die zunehmende Teilzeitarbeit. Zugenommen hat vor allem die Beschäftigung im Bausektor sowie in den Dienstleistungsbereichen. Die Industrie hat ihren Personalbestand weiter vorsichtig erhöht, während die Landwirtschaft neuerlich Kräfte abgegeben hat. Die Arbeitslosenquote verharrte gleichwohl bei 11,3%. Denn die Erwerbsbevölkerung erhöhte sich nochmals spürbar, auch als Folge der anhaltend kräftigen, vielfach illegalen Immigration. Die im Niedriglohnssektor eingesetzten Einwanderer tauchen oft genug nicht in der Statistik auf.

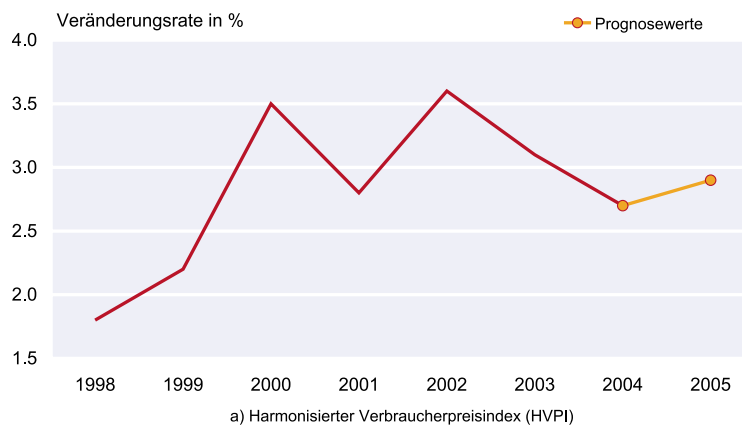
Die Preise sind im ersten Halbjahr spürbar gestiegen, gingen anschließend deutlich zurück und erhöhten sich ab Herbst wieder. Gesunkene Zinsen und Einfuhrpreise wirkten stabilisierend. Andererseits förderte der kräftige Anstieg der Lohnstückkosten (+ 3,6% gegenüber einem EU-Durchschnitt von 2,4%) sowie der in weiten Bereichen immer noch ungenügend spielende Wettbewerb bei lebhaft expandierender Nachfrage den Preisauftrieb. Hinzu kam die Wirkung des ungewöhnlich heißen Sommers. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) lagen um 3,1% über dem Niveau von 2002.

Wirtschaftspolitik

Von der Geldpolitik erhält die Konjunktur bis ins Jahr 2005 hinein Impulse. Die Finanzpolitik dürfte zunächst noch leicht restriktiv, im kommenden Jahr jedoch konjunkturneutral wirken, während die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar weniger bremst als in den Jahren zuvor. Die Lohnpolitik stellt zwar auf einen langsameren Anstieg der Arbeitseinkommen ab, dürfte die Lohnsteigerungen jedoch kaum bremsen können. Insgesamt gehen von der Wirtschaftspolitik kaum Anregungen aus.

Die **Geldpolitik** stützt die Konjunktur bis in das Jahr 2005 hinein. Allerdings lässt die Intensität sukzessive nach. Zwar erfolgte letzte die Senkung des Schlüsselzinses (auf 2%) durch die Europäische Zentralbank (EZB) im Juni 2003 – als vermutlich letzter Schritt einer seit Mai 2001 zu beobachtenden Reihe von Zinssenkungen (damals war der Leit-zins von 4,75 auf 4,5% herabgesetzt worden). Aber erstens

Konsumentenpreise ^{a)}



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

wirken Zinsänderungen mit längerer Verzögerung. Zweitens ist ausreichend Liquidität vorhanden, selbst wenn man berücksichtigt, dass M3 in erheblichem Umfang Gelder enthält, die wegen der niedrigen Kapitalmarktzinsen und in Erwartung höherer Renditen kurzfristig geparkt und eigentlich dem langfristigen Kapital zuzurechnen sind. Die der EZB als wichtige Referenzgröße dienende Geldmenge M3 lag seit 1999 stets weit über dem Zielwert von 4,5% p.a. und übertraf 2003 das Vorjahresniveau um 8%. Erst seit Spätsommer 2003 gehen die Zuwachsraten im Vorjahresvergleich stetig und spürbar zurück. Drittens lagen die kurzfristigen Realzinsen (Dreimonatszinsen) während des zweiten Halbjahrs 2003 angesichts einer Teuerungsrate (HVPI) von 2,1% im Euroraum bei null, und sie dürften im laufenden Jahr kaum, 2005 allerdings wieder rascher steigen. Denn es ist im Zuge der konjunkturellen Erholung 2005 mit einer Zinsanhebung durch die EZB zu rechnen zwecks Sicherung des mäßigen Preisauftriebs, neben M3 ihrem zweiten wichtigen Referenzwert (die Anstiegsrate der Konsumentenpreise soll »mittelfristig nahe 2%« liegen). Wegen der verzögerten Wirkung von Zinsänderungen würde die Konjunktur im Jahre 2005 selbst dann nicht wesentlich tangiert, wenn der Schlüsselzins im Laufe des kommenden Jahres weiter angehoben wird – retardierend macht sich das erst 2006 bemerkbar. Auch die Kapitalmarktzinsen bleiben real noch einige Zeit niedrig, obwohl der Tiefpunkt des Zinszyklus im zweiten Quartal 2003 durchschritten worden war. Für **Spanien** sind die kurzfristigen Zinsen mit Blick auf das Wirtschaftswachstum sowie hinsichtlich des Preisanstiegs etwas zu niedrig. Die Finanzierungsmodalitäten bleiben für die Unternehmen trotz aufwärts tendierender kurz- und langfristiger Zinsen auch 2005 gut, zumal die öffentlichen Haushalte wiederum ausgeglichen abschließen werden. Ferner haben die Kreditinstitute ihre vor einigen Jahren bei Lateinamerika-Engagements entstandenen umfänglichen Verluste weitestgehend abgeschrieben. Bezüglich ihrer Ertragslage stehen sie innerhalb Europas mit am besten da. Trotz

nachwirkender trüber Erfahrungen aus den Zeiten der New-Economy-Blase verfahren sie bei der Kreditvergabe an Unternehmen allmählich weniger restriktiv, wenngleich es vor allem die notorisch eigenkapitalschwachen Kleinunternehmen nach wie vor schwer haben, zusätzliche Mittel kreditiert zu bekommen. Geld und Kapital sind jedoch genug vorhanden. Auch hier wurde in erheblichem Umfang Kapital in Erwartung höherer langfristiger Zinsen auf dem Geldmarkt geparkt. Zudem dürften die Aktienkurse noch einige Zeit steigen. Bremsend, wenn auch im weiteren Verlauf abgeschwächt, wirkt hingegen die weitere Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Diese hatte Anfang 2002 begonnen und sich fast durchgängig bis Anfang 2004 fortgesetzt. Erst zuletzt war der Trend, vermutlich nur vorübergehend, unterbrochen worden. Nominal gewann der Euro gegenüber dem US-Dollar im Schnitt des Jahres 2002 um 5,6% und 2003 um 19,7%. Real effektiv ist die Aufwertung 2003 mit 11,3% allerdings sehr viel geringer ausgefallen.

Die **Finanzpolitik** wirkte 2003 leicht restriktiv – nicht nur nominal, sondern auch konjunkturbereinigt wiesen die öffentlichen Haushalte Überschüsse aus. Nominal belief sich das Aktivum auf 0,3% des BIP. Dies, obwohl Anfang des Jahres die Einkommensteuer kräftig gesenkt worden war: Der Grenzsteuersatz sank von 48 auf 45% und der Eingangssteuersatz von 18 auf 15%; die durchschnittliche Belastung verringerte sich um 11%. Bei reinvestierten Gewinnen ist der Abschreibungssatz von 17 auf 20% angehoben worden. Doch wurden die Gebühren entsprechend der dem Budget unterlegten Teuerungsrate von 2% heraufgesetzt. Kräftiges Wirtschaftswachstum und entsprechend steigende Erträge aus indirekten Steuern, die mit verbesserter Ertragslage gewachsene Steuerkraft der Unternehmen, moderates Ausgabenwachstum sowie der neuerlich gestiegene Überschuss der Sozialversicherung (die Etats des Zentralstaates sowie der Regionen wiesen Defizite aus) führten zu diesem Erfolg. Auch ist die Konversion hochverzinslicher alter in niedrig verzinsliche neue öffentliche Anleihen noch nicht abgeschlossen, was die Zinsaufwendungen zur Bedienung der Staatsschuld zunächst noch etwas drückt. Damit sank die Verschuldung der öffentlichen Hand auf 50,8% des BIP; 1999 waren es noch 63,1% gewesen. Der Voranschlag des Staatshaushalts 2004 stand im Zeichen der Wahlen zu den Cortes im März 2004. Er basiert auf der recht realistischen Annahme eines Wirtschaftswachstums um 3% und einer zu niedrig angesetzten Teuerungsrate von 2% und ist restriktiv konzipiert. Die Einnahmen sollen um routinemäßig unterschätzte 5,2% auf 217 Mrd. € und die Ausgaben um 4,2% auf 220 Mrd. € zunehmen. Überdurchschnittlich wurden mit 6,8% die Sozialausgaben dotiert – auf diese entfallen etwa die Hälfte der Ausgaben. Allerdings ist das Budget wieder geschönt, da ein Großteil – die Schätzungen reichen bis zu 50% – der sehr hohen und teilweise kreditfinanzierten Infrastrukturaufwendungen nicht in ihm enthalten ist, sondern bei parastaatlichen Institutionen ver-

bucht wird. Die Nettozahlungen aus den EU-Subventionstöpfen sinken in Relation zum BIP auf knapp 1%. Die Mehraufwendungen für Forschung und Entwicklung, die zudem noch zu rund einem Drittel in Rüstungsprogramme fließen, sind nur wenig erhöht worden, obwohl Spanien mit F&E-Ausgaben von nur ca. 1% des BIP nur die Hälfte des EU-Durchschnitts erreicht. Auch die im westeuropäischen Vergleich zurückhängenden Bereiche Unterricht und Gesundheit erhalten ungenügende Mittel. Die neue Regierung Zapatero hat eine Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus versprochen. Angesichts der gerade in jenen Gebieten überhitzten Baukonjunktur, wo der größte Mangel an subventionierten Wohnungen herrscht, dürfte deren Realisierung heuer bestenfalls symbolisch angegangen werden. Im Übrigen will die neue Administration an der konsolidierungsorientierten Finanzpolitik festhalten. Steuererhöhungen sind mit Ausnahme einer Anhebung der Kapitalertragsteuer nicht geplant. Doch dürfte man Gebühren und Abgaben stärker als bisher heraufsetzen. Auf einigen sozial relevanten Gebieten, vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen will man die Ausgabendisziplin ein wenig lockern. Doch dürften die öffentlichen Haushalte 2005 insgesamt einen ausgeglichenen Saldo oder nur ein geringes Defizit verzeichnen. Den finanzpolitischen Maßgaben des Vertrages von Maastricht wird damit, sowie mit einer im Verhältnis zum BIP auf unter 50% sinkenden öffentlichen Verschuldung sehr gut entsprochen.

Die **Lohnpolitik** stellt weiter auf moderate Anhebungen ab – auch um den Preisaufrtrieb zu bremsen –, wobei der Staat nach wie vor versucht, dem öffentlichen Dienst eine Leitfunktion zu geben. In diesem steigen die Arbeitseinkommen zunächst gemäß der dem Staatshaushalt zugrunde gelegten und regelmäßig zu niedrig angesetzten Inflationsrate. Bei Überschreiten derselben erfolgen jedoch Nachschläge, so dass die Reallöhne zumindest nicht sinken. Diese Indexierung findet ihre Entsprechung in weiten Teilen der Wirtschaft – ungefähr drei Viertel der abhängig Beschäftigten beziehen indexierte Arbeitseinkommen, was der Inflationsbekämpfung nicht zuträglich ist. Zu den solcherart errechneten Tariflöhnen addiert sich noch die Wage-Drift in Abhängigkeit von der allgemeinen Konjunktur, der Branchenkonjunktur sowie dem Geschäftsgang der einzelnen Unternehmen ganz abgesehen von regionalen Unterschieden; derzeit werden vor allem in der in verschiedenen Regionen (vor allem in und um Madrid) von Überhitzungserscheinungen geprägten Bauwirtschaft beträchtliche Lohnzuschläge gezahlt. Gleichwohl erhöhten sich die Reallöhne seit Mitte der neunziger Jahre mit ca. 0,5% p.a. sehr langsam; erst 2003 nahmen sie wieder schneller zu (im Schnitt der Jahre 1961/90 belief sich der Anstieg auf 4,5% p.a.). Dies hat auch mit der etwa im gleichen Rhythmus zunehmenden Arbeitsproduktivität zu tun. Die Gewerkschaften zeigen sich auf Betriebsebene auch in Fragen der Lohngestaltung und in der Handhabung der immer noch sehr rigiden Arbeitsgesetze

flexibler als die Spitzen der Gewerkschaftsverbände, von denen weiterhin UGT und CCOO die mit Abstand bedeutendsten sind. Beide haben ideologische Scheuklappen weitgehend abgestreift, sich programmatisch teilweise erneuert, ihre früheren Rivalitäten erheblich verringert und befinden sich in einen permanenten Dialog mit Regierung und Unternehmerverbänden. In puncto Lockerung der Arbeitsgesetze zeigen sie sich jedoch hartleibig. So musste die Regierung Aznar 2002 unter dem Druck eines weithin befolgten Generalstreiks wesentliche Teile ihrer Arbeitsmarktreform kassieren. In letzter Zeit dringen jedoch auch die Gewerkschaften neben verbesserter Ausbildung auf höhere Produktivitätssteigerungen. Das entspricht voll den Intentionen vor allem exportstarker Unternehmen, die angesichts laufend verschlechterter internationaler preislicher Wettbewerbsfähigkeit jetzt häufiger und nachdrücklicher mit der Verlagerung von Produktionen ins lohnkostengünstigere Ausland drohen und eine Liberalisierung der Arbeitsgesetze fordern. Damit kommt in absehbarer Zeit für die Gewerkschaften die Nagelprobe in dieser Hinsicht. Dabei ist – wie Beispiele in anderen Ländern zeigten – zu erwarten, dass diese im Zusammenwirken mit der neuen linksgerichteten Regierung leichter vorangebracht werden kann als mit einer zunehmend verhärteten Regierung Aznar.

Ordnungspolitisch wurden während der letzten beiden konservativ geprägten Legislaturperioden zwar auf verschiedenen Gebieten deutliche Fortschritte hinsichtlich Liberalisierung und Deregulierung gemacht. Oft genug geschah dies jedoch unter dem Druck von EU-Richtlinien. Auch wurde oft allen marktwirtschaftlichen Bekenntnissen zum Trotz am Hergebrachten festgehalten. So bleibt etwa der spanische Baumarkt bis heute für ausländische Unternehmen de facto weitestgehend verschlossen, worüber vor allem die Portugiesen klagen. Auch bestehen im Bereich des Handels vielfach geschützte Märkte fort, was der Inflation Vorschub leistet. Es ist nicht damit zu rechnen, dass sich an dieser langsamen Transformation unter dem neuen politischen Regime Entscheidendes ändern wird.

Wirtschaftsentwicklung 2004

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 4³/₄%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um 3¹/₂% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um rund 4%. In **Westeuropa** und in der EU-15 erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2%; in Deutschland sowie im Euroraum expandiert es um 1³/₄%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 34 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 25% mehr als 2003. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von

1,20 bis 1,30 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 9¹/₂% ausgeweitet werden.

In **Spanien** nehmen Nachfrage und Produktion deutlich und leicht beschleunigt, sowie neuerlich spürbar stärker zu als im westeuropäischen Durchschnitt, obwohl die Wirtschaftspolitik nicht stimuliert. Hierauf deuten zuletzt auch die Resultate von Unternehmens- und Verbraucherbefragungen hin. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte sich um rund 3% erhöhen. Die Attentatswelle vom März tut – soweit bis jetzt erkennbar ist – der Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs keinen Abbruch. Hierfür spricht auch die jüngste Entwicklung der auf Unternehmens- und Verbraucherbefragungen basierenden Indikatoren für das Wirtschaftsklima. Das wirtschaftliche Wachstum wird von allen großen Aggregaten der Nachfrageseite getragen. Am stärksten trifft dies für die Ausfuhr zu, die vom weltwirtschaftlichen Aufschwung im Allgemeinen und der konjunkturellen Erholung in Europa im Besonderen angeregt wird. Günstig wirkt sich in diesem Zusammenhang aus, dass sich die Wirtschaftslage in Lateinamerika weiter verbessert, wo spanische Unternehmen und auch der Staat schwerpunktmäßig engagiert sind. Da die Einfuhr im Sog der lebhaft expandierenden Inlandsnachfrage jedoch noch stärker ausgeweitet wird, weist die Leistungsbilanz einen neuerlich erhöhten Fehlbetrag aus. Die Bruttoanlageinvestitionen nehmen rasch und stetig zu, da nun auch in Ausrüstungen deutlich mehr investiert wird. Der private Konsum dürfte etwas stärker, der öffentliche Verbrauch etwa gleich stark wie im Vorjahr zunehmen. Der Preisauftrieb lässt vor allem konjunkturbedingt nur wenig nach; die Lebenshaltungskosten dürften um ungefähr 3% über dem Niveau von 2004 liegen. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Situation weiter. Bei deutlich zunehmender Beschäftigung sinkt die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf 10¹/₂%. Dies und das kräftige Wirtschaftswachstum sowie andere positive Faktoren springen besonders vor dem Hintergrund des europäischen Umfelds positiv ins Auge: der ausgeglichene Staatshaushalt und die relativ niedrige öffentliche Verschuldung, die leistungsfähige Landwirtschaft, die steigende Zahl gut ausgebildeter Techniker, Manager und Facharbeiter, die bemerkenswerte Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und die hohe Zahl in Spanien produzierender Tochterfirmen ausländischer Unternehmen. **Über dieses erfreuliche Bild werden jedoch gerne die Schattenseiten der Entwicklung vergessen:** So sind diese Tochterunternehmen nach wie vor verlängerte Werkbänke mit vielfach relativ leicht ins Ausland zu verlagernder Erzeugung, was mit Blick auf die sehr kostengünstigen Produktionsmöglichkeiten in Mitteleuropa und in Ostasien bedenklich ist, da nach wie vor die Produktivitätszuwächse niedrig, die Lohnsteigerungen erheblich und das Arbeitsrecht rigide ist. Ferner wird ganz unzulänglich in Forschung und Entwicklung investiert. Die Integration der nun in erheblicher Zahl und oft genug illegal ins Land strömenden Arbeitskräfte ist gänzlich unzureichend; die langfristige

Brisanz des Problems wird dadurch unterstrichen, dass Spanien jüngst Deutschland als wichtigstes Einwandererland der EU abgelöst hat; der Ausländeranteil an der Bevölkerung dürfte heuer auf über 7% steigen. Bildungs- und Gesundheitswesen liegen im westeuropäischen Vergleich ebenso wie die öffentliche Infrastruktur noch zurück. Der Wettbewerb spielt in einigen Sektoren noch recht unbefriedigend, was u.a. zu einer der höchsten Inflationsraten Westeuropas beiträgt. Kleine und mittlere Unternehmen sind überwiegend notorisch kapitalschwach. Die berufliche Ausbildung bleibt insgesamt hinter den Erfordernissen zurück. Der Wettbewerbsvorsprung, mit dem Spanien dank einer unterbewerteten Peseta in die Europäische Währungsunion gekommen war, ist aufgezehrt und weicht zunehmend einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsposition. Hieraus resultiert ein seit Jahren tendenziell zunehmendes Defizit der Leistungsbilanz. Und die Zuwendungen aus EU-Fonds werden nach 2006 geringer sein. Als Zeitbombe könnte sich – wie in Großbritannien – die Konjunktur im Wohnungsbau erweisen, da bei steigenden Zinsen infolge der im Allgemeinen zinsvariablen Hypotheken auf diesem Sektor und beim privaten Konsum (infolge der bereits sehr hohen Verschuldung vieler privater Haushalte) ein Rückschlag droht. Die derzeitige Konjunkturfesta ist demnach nicht so solide untermauert, wie es bei vordergründiger Betrachtung der Fall zu sein scheint.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (hierauf entfielen im Jahre 2002 28,4% des BIP) dürfte um $4\frac{3}{4}\%$, also im weiteren Verlauf beschleunigt expandieren. Anregend wirkt der weltwirtschaftliche Aufschwung im Allgemeinen und die konjunkturelle Erholung beim Haupthandelspartner Westeuropa, wohin 2003 fast drei Viertel der Warenlieferungen gingen, im Besonderen. Die schwächer werdenden Effekte der Euro-Aufwertung entlasten insgesamt nur wenig, da der Absatz im Dollarraum vergleichsweise gering ist. Von der kräftigen Wirtschaftsentwicklung in den EU-Beitrittsländern kann man allerdings infolge geringer Marktpräsenz kaum profitieren – nur $2\frac{1}{2}\%$ der Exportprodukte wurden im vergangenen Jahr dort abgesetzt. Wie in anderen geographisch peripheren Volkswirtschaften (z.B. Griechenland, Irland, Portugal) auch, wird Spanien von der EU-Osterweiterung außenhandelsmäßig und damit auch konjunkturell zunächst kaum tangiert. Negativ macht sich allerdings die verschiedentlich erfolgende Verlagerung von Produktionen in die neuen EU-Länder sowie nach Ostasien bemerkbar. Auch kann die Qualität der Produkte nicht immer im internationalen Wettbewerb bestehen. Zusätzlich bremst der bei gut 3% liegende Anstieg der Lohnstückkosten. Die negativen Effekte des deutlichen Preisaufrichts in den wichtigen Tourismusgebieten machen sich zwar zunehmend bemerkbar, doch lässt die verbesserte Wirtschaftslage in den wichtigsten Herkunftsländern eine neuerliche Zunahme der Einkünfte aus dem Ausländerfremdenverkehr erwarten. Die **Einfuhr** nimmt im Sog der lebhaft expandierenden Inlands-

nachfrage noch lebhafter zu als die Ausfuhr. Da sich zudem die Terms of Trade eher verschlechtern, dürfte das Passivum der **Leistungsbilanz** bei $3\frac{1}{2}\%$ liegen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (Anteil am BIP 2002: 25,2%) nehmen vermutlich um $3\frac{1}{2}\%$ zu. Dabei expandieren die Bauinvestitionen etwas schwächer als im Jahr zuvor, während die Ausrüstungsinvestitionen erheblich an Fahrt gewinnen. Bei den Bauinvestitionen setzt sich die seit dem Beginn des Jahrzehnts zu beobachtende Verlangsamung des Anstiegs fort. Das gilt, wie auch die Entwicklung der Baugenehmigungen zeigt, selbst für den Wohnungsneubau, der bei knappen Kapazitäten und nach wie vor rasant steigenden Preisen aber immer noch als überhitzt bezeichnet werden muss, mit gepusht von den beträchtlichen Steuervergünstigungen für die Käufer von Wohnimmobilien und dem traditionellen Wunsch der Bevölkerung nach einem Eigenheim. Nach Angaben der Zentralbank – sie hatte bereits 2003 die boomende Vergabe von Hypothekenkrediten durch die Kreditinstitute gerügt – waren die Immobilienpreise in Relation zu den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 2003 um bis zu 20% überhöht (in Großbritannien waren es rund 30%). Im Gegenzug haben sich viele Haushalte sehr hoch verschuldet, was bei steigenden Zinsen umso brisanter wird, als Hypotheken normalerweise zinsvariabel, mit jährlichen Anpassungen, ausgelegt werden; erst seit kurzem werden auch Verträge mit festen Zinsen angeboten. Nach wie vor wird sehr lebhaft in die Renovierung und in den Umbau von Wohngebäuden investiert. Der industriell-gewerbliche Bau dürfte etwa im schwachen Rhythmus von 2003 expandieren, da während der Jahre davor Überkapazitäten entstanden waren, die noch auf den Markt drücken, was sich z.B. in sinkenden Mieten für Büros niederschlägt. Beschleunigt wird hingegen der öffentliche Bau (ganz überwiegend Tiefbau) ausgeweitet, der weiter ehrgeizig vorangetrieben wird, fokussiert auf die trotz großer Verbesserungen während der letzten Jahrzehnte immer noch erheblich ausbaubedürftige Verkehrsinfrastruktur. Viele der im Rahmen des 114 Mrd. € umfassenden Investitionsplans 2000/2007 durchgeführten Projekte werden von EU-Fonds mitfinanziert. Die Ausrüstungsinvestitionen, mit einem Anteil von rund einem Viertel an den Bruttoanlageinvestitionen im westeuropäischen Vergleich deutlich unterrepräsentiert, gewinnen zunehmend an Schwung. Absatz- und Ertragsserwartungen bessern sich, die Gewinne steigen bereits seit vorigem Jahr wieder, die Zinsen sind noch sehr niedrig, und die Kreditinstitute sind dank wesentlich verbesserter Ertragssituation nicht mehr so zurückhaltend bei der Kreditgewährung. Zudem ist 2001 und 2002, während derer die Ausrüstungsinvestitionen erheblich gesunken sind, beträchtlicher Nachholbedarf u.a. an IT-Ausrüstungen entstanden, der noch nicht gedeckt ist. Auch steigt die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie weiter über den langfristigen Durchschnitt hinaus, was die Erweiterung von Anlagen nahe legt. Überwiegend dürfte je-

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2002	2003	2004 ^{a)}		2005 ^{a)}	
			EU ^{c)}	OECD ^{c)}	EU ^{c)}	OECD ^{c)}
Bruttoinlandsprodukt	2,0	2,4	2,8	2,9	3,3	3,3
Inlandsnachfrage	2,6	3,3	3,5	3,7	3,7	3,9
Privater Verbrauch	2,6	3,0	3,0	3,3	3,3	3,6
Staatsverbrauch	4,4	4,6	4,2	4,3	4,0	3,6
Bruttoanlageinvestitionen	1,0	3,0	3,4	4,0	4,7	5,0
Exporte ^{d)}	0,0	4,0	5,1	5,0	7,6	7,2
Importe ^{d)}	1,8	6,7	7,1	7,5	8,4	8,2
Industrieproduktion (ohne Bau)	0,2	1,4	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	3,6	3,1	2,4	2,3	2,3	2,6
Arbeitslosenquote	11,3	11,3	10,9	10,9	10,5	10,2
Leistungsbilanz ^{e)}	-2,7	-3,2	-3,2	-3,3	-3,4	-3,4
Finanzierungssaldo des Staates ^{e)}	0,0	0,3	0,4	0,3	0,6	0,5

^{a)} Schätzungen. - ^{b)} Europäische Kommission, Brüssel, vom März 2004. - ^{c)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom Mai 2004. - ^{d)} Güter und Dienstleistungen. - ^{e)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

doch wieder in die Rationalisierung und in den Ersatz veralteter Anlagen investiert werden, um den Anstieg der Arbeitskosten wenigstens teilweise aufzufangen und die preisliche internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht noch schneller sinken zu lassen.

Der **private Konsum** (2002 entfielen hierauf 58,2% des BIP) expandiert bei weiterhin günstigem, auf der Basis von Verbraucherbefragungen ermitteltem Konsumklima vermutlich um ca. 3%. Stimulierend wirken die rascher zunehmende Beschäftigung, die niedrigen Zinsen, die sinkende Arbeitslosigkeit, die etwas stärker als 2003 steigenden Reallöhne sowie leichte Nachwirkungen der vorjährigen Einkommensteuerentlastung. Auch dürfte sich die Sparquote langsamer erhöhen als im vorigen Jahr. Deren Anstieg ist nicht nur ein Reflex der vorjährigen Steuersenkung sowie des Rückgangs in den Jahren vor 2003, sondern auch der wachsenden Vorsicht vieler Haushalte angesichts ihrer hohen Verschuldung. Aus diesem Grunde wird sich wohl die Absatzkurve bei Pkw im späteren Verlauf des Jahres abflachen. Auch die Käufe von Einrichtungsgegenständen erhöhen sich u.a. wegen der langsameren Wohnbauexpansion nicht mehr so lebhaft wie bisher. Insgesamt werden jedoch dauerhafte Güter nach wie vor bevorzugt erworben. Gleichzeitig nehmen die Ausgaben für Ferienreisen, besonders ins Ausland, weiter kräftig zu. Der **öffentliche Verbrauch** (2002: 17,8% des BIP) wird mit 4 1/2% annähernd so stark wie im Jahr zuvor ausgeweitet.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage deutlich. Dies ist nicht nur eine Folge der lebhaften Konjunktur, sondern auch des mit ca. 1/2% nach wie vor sehr niedrigen Produktivitätswachstums. Die Beschäftigung dürfte um annähernd 2% ausgeweitet werden, was auch auf die weitere Zunahme von Teilzeitstellen zurückzuführen ist. Die Gespaltenheit des Arbeitsmarktes in knapp zwei Drittel der Beschäftigten mit quasi lebenslangen Anstellungsverträgen und reichlich einem

Drittel mit befristeten Verträgen bleibt bestehen. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Arbeitslosenrate auf rund 11% sinken. Das wäre immer noch die höchste Quote in der EU-15.

Der Preisaufrtrieb verlangsamt sich kaum noch. Denn der Anstieg der Lohnstückkosten bleibt bei geringem Produktivitätszuwachs unverändert kräftig, die Importpreise wirken nicht mehr stabilisierend, und die lebhaftere Nachfrageentwicklung erlaubt nicht nur die weitgehende Überwälzung von Kostensteigerungen, sondern auch noch die Ausweitung der Gewinnmargen. Allerdings erhöht der Staat die Gebühren wieder lediglich im Ausmaß der dem Budget 2004 zugrunde gelegte Inflationsrate von 2%. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) dürften um annähernd 2 3/4% über dem Niveau von 2003 liegen, also deutlich über dem westeuropäischen Mittel.

Wirtschaftsentwicklung 2005

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 3 1/2%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um 2 1/2% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 4 1/4%. In **Westeuropa** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2 1/4%; im Euroraum expandiert es um 2 1/4% und in Deutschland um etwa 2%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 34 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 6% mehr als 2004. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,20 bis 1,30 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 8% ausgeweitet werden.

In **Spanien** setzt sich der konjunkturelle Aufschwung zunächst zügig fort. Im späteren Verlauf des Jahres könnte

die von Ostasien und den USA ausgehende Abschwächung der weltwirtschaftlichen Auftriebskräfte die Dynamik indes etwas dämpfen. Von der Wirtschaftspolitik sind keine Impulse absehbar. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um 3¹/₄% expandieren, getragen von allen großen Komponenten der Nachfrage. Am höchsten wird die Veränderungsrate bei der Ausfuhr sein, allerdings mitbedingt durch einen beträchtlichen Überhang zu Jahresbeginn. Entscheidend ist die stetige konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in Europa, dem weitaus wichtigsten Absatzmarkt und Herkunftsregion des Ausländertourismus. Lebhafter als 2004 nehmen auch die Bruttoanlageinvestitionen zu, weil wesentlich mehr in Ausrüstungen investiert wird, während die Überhitzung im Bausektor nachlässt. Der private Konsum dürfte etwas stärker, der öffentliche Verbrauch etwa im vorjährigen Rhythmus ausgeweitet werden. Trotz erneut deutlich steigender Beschäftigung geht die Arbeitslosenquote nur auf 10¹/₂% zurück, als Folge der anhaltend kräftigen Zuwanderung. Der Preisaufrtrieb verstärkt sich im weiteren Verlauf des Jahres etwas, auch, weil bei anhaltend guter Konjunktur nun von den Einfuhrpreisen inflationäre Impulse ausgehen. Die **Konsumentenpreise** dürften neuerlich um fast 3% über dem Niveau des Vorjahres liegen.

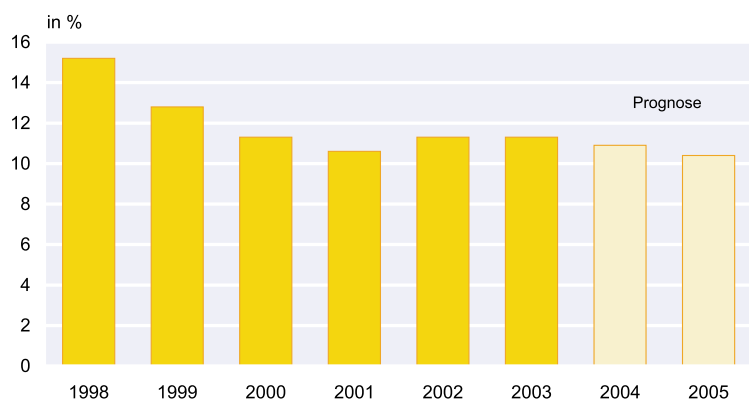
Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen expandiert um 6¹/₄%. Der weitere Anstieg des Eurokurses spielt keine nennenswerte Rolle, da er mäßig sein dürfte und weil der Anteil der Lieferungen in den Dollarraum gering ist. Entscheidend ist das moderate, aber zügige Wirtschaftswachstum in Europa, dem mit weitem Abstand bedeutendsten Absatzmarkt. Mit Ausnahme der bereits gut positionierten landwirtschaftlichen Exporte wird der Absatz infolge weiter sinkender preislicher Wettbewerbsfähigkeit (kräftige Lohnsteigerungen bei geringem Produktivitätswachstum) schwieriger. Auch machen sich – etwa in der exportlastigen Automobilindustrie – verschiedentlich nicht nur die Verlagerung von Fertigungen, sondern auch der Aufbau neuer, auf der Basis von Niedriglöhnen konkurrierender Kapazitäten in den EU-Beitrittsländern allmählich stärker bemerkbar. Andererseits kann der Ausländertourismus nochmals ausgeweitet werden, da sich der private Konsum in den wichtigsten Herkunftsländern etwas rascher erhöht. Demgegenüber nimmt die von der kräftig steigenden Inlandsnachfrage beflügelte **Einfuhr** leicht beschleunigt und spürbar lebhafter zu als die Ausfuhr. Die **Leistungsbilanz** weist bei verschlechterten Terms of Trade einen Fehlbetrag in der Größenordnung von 3³/₄% des BIP aus.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** werden um 4³/₄% ausgeweitet. Dabei verstärkt sich die Diskrepanz der Zuwachsraten von Bau- und Ausrüstungsinvestitionen weiter. Zwar dürfte der öffentliche Bau mit Schwerpunkt bei

den Infrastrukturinvestitionen wiederum in einer Größenordnung von 8% zunehmen, wesentlich mitfinanziert von EU-Geldern. Der Boom im Wohnungsneubau schwächt sich hingegen deutlich ab, da die Zinsen anziehen, immer mehr Haushalte hoch verschuldet sind und die Risiken für die Hypothekenbanken mit weiter steigenden Hauspreisen und damit fortgesetzter Überbewertung von Wohnimmobilien noch größer werden. Stärker als der Neubau von Häusern und Wohnungen wird erneut in Renovierung und Umbau investiert. Demgegenüber dürfte im gewerblich-industriellen Bau die Phase verlangsamten Wachstums zu Ende gehen. Bei Neuvermietungen von Büros und Geschäftslokalen beginnen die Leerstände geringer zu werden, und die Mieten stabilisieren sich. Der Bau von Fabrikgebäuden nimmt allmählich stärker zu. Das ist auch ein Reflex der beschleunigt expandierenden Ausrüstungsinvestitionen, die bei weiter, und spürbar über den langfristigen Durchschnitt steigender Kapazitätsauslastung in der verarbeitenden Industrie auch Erweiterungen nötig machen. Vorherrschend bleibt indes das Bemühen mittels Rationalisierungsinvestitionen und den Ersatz veralteter Anlagen den Anstieg der Produktionskosten zu bremsen und Produktionsprozesse zu verbessern. Auch ist der 2001/2002 entstandene Nachholbedarf – u.a. bei IT-Ausrüstungen – noch nicht ganz gedeckt. Verbesserte Erträge und günstige Absatzaussichten stützen die Investitionsneigung, obwohl die Finanzierungskosten langsam steigen. Doch sind die Zinsen im längerfristigen Vergleich immer noch niedrig.

Der **private Konsum** nimmt erneut um reichlich 3% zu. Dahinter steht die Annahme einer allmählich weniger lebhaften Expansion im späteren Verlauf des Jahres. Anregend wirken die weiter deutlich verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt, unverändert steigende Reallöhne, immer noch niedrige Zinsen, die kaum noch erhöhte Sparquote sowie etwas stärker erhöhte Transferzahlungen für Bezieher niedriger Einkommen (und hoher marginaler Konsumquote). Von

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

den stimulierenden Wirkungen der Einkommensteuersenkung von Anfang 2003 ist nun allerdings nichts mehr zu spüren. Bevorzugt gekauft werden nach wie vor Gebrauchsgüter: Einrichtungsgegenstände, Erzeugnisse der IT-Industrie sowie Automobile. Der Absatz letzterer wird immer noch durch das mit einjähriger Unterbrechung seit 1994 laufende Regierungsprogramm zur Erneuerung des überalterten Autobestandes angeregt, welches Anfang 2004 bis 2006 verlängert und auf Diesel-Pkw ausgedehnt wurde. Ferienreisen, vor allem ins Ausland, gewinnen weiter an Beliebtheit. Der **öffentliche Verbrauch** dürfte um 4¹/₄% ausgeweitet werden.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage erneut. Der Beschäftigungszuwachs liegt wieder bei 2%, wobei sich bezüglich der sektoralen Entwicklungen die in den Vorjahren beobachteten Tendenzen fortsetzen. Gleiches wird jedoch vermutlich auch für die Immigration – vor allem aus Lateinamerika, dem Maghreb, dem übrigen Afrika, aber auch aus Mittel- und Osteuropa – gelten. Hieraus resultiert eine relativ schwache Verringerung der Arbeitslosenquote auf 10¹/₂% im Schnitt des Jahres, obwohl nach wie vor viele Einwanderer illegal beschäftigt werden.

Der Preisauftrieb beschleunigt sich leicht. Dies ist hauptsächlich eine Folge höherer Importpreise, nur wenig rascherer Produktivitätsfortschritte bei beträchtlichen Lohnerhöhungen, der günstigen Konjunktorentwicklung sowie der in den gegenüber der Auslandskonkurrenz geschützten Sektoren begünstigten Kostenüberwälzung und Gewinnspannenausweitung. Im Jahresdurchschnitt dürften die **Konsumtenpreise** (HVPI) um fast 3% steigen – also wieder spürbar stärker als im westeuropäischen Mittel.

Abgeschlossen am 15. Mai 2004

Christian Hott und André Kunkel

Nachdem das ifo Institut bereits im Juni und August letzten Jahres die Teilnehmer des Konjunkturtests im verarbeitenden Gewerbe zur Bereitschaft der Banken, Kredite zu vergeben, befragt hatte, wurde diese Sonderfrage erneut im März dieses Jahres gestellt.¹ Wie die neuen Umfrageergebnisse zeigen, scheinen die Banken bei ihrer Kreditvergabe etwas weniger restriktiv zu sein als noch im Sommer 2003. Dabei ist der Anteil der Unternehmen, welcher die Bereitschaft der Banken, Kredite zu vergeben als »entgegenkommend« bezeichnet, mit 2,7% (gegenüber 2,5% im Juni und 2,6% im August 2003) jedoch weiterhin sehr gering. Der Anteil der Testteilnehmer, die mit »zurückhaltend/restriktiv« antworteten, sank von 56,3% auf 49,7%. Dementsprechend stieg das Kreditklima von – 53,6 im August 2003 auf – 47,0.

Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland verbesserte sich das Klima, wobei allerdings die Unternehmen in Ostdeutschland die Kreditvergabepolitik der Banken weiterhin negativer sehen als die westdeutschen Testteilnehmer. Die einzelnen Werte lassen sich der Tabelle entnehmen.

zu entnehmen ist, besteht diese Beziehung weiterhin. Zusätzlich ergab sich auch innerhalb der einzelnen Geschäftslage-Kategorien eine Verbesserung des Kreditklimas, so dass dessen Anstieg nicht allein auf eine Anteilsverschiebung zwischen den Gruppen zurückzuführen ist.

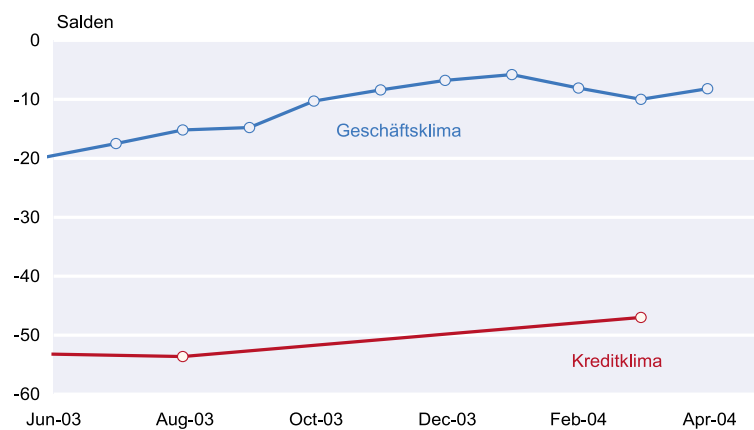
	Juni 03	August 03	März 04
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	– 53,2	– 53,6	– 47,0
Größenklassen:			
groß	– 44,6	– 44,3	– 35,7
mittelständisch	– 55,9	– 56,0	– 51,7
klein und kleinst	– 61,6	– 63,3	– 55,0
Geschäftslage:			
gut	– 30,5	– 33,6	– 26,1
befriedigend	– 48,5	– 50,8	– 44,5
schlecht	– 64,8	– 63,9	– 59,5
Industrie:			
Ostdeutschland	– 56,9	– 54,2	– 51,6
Westdeutschland	– 52,2	– 53,5	– 45,8

Trotz der Verbesserung des Wertes bezeichnen immer noch fast die Hälfte aller Unternehmen die Bereitschaft der Banken, Kredite zu vergeben, als »zurückhaltend/restriktiv«. Damit dürften die schlechten Bedingungen zur Fremdfinanzierung – ungeachtet niedriger Zinsen – für viele Unternehmen eine Wachstumsbehinderung darstellen.

Eines der Kriterien für die Kreditvergabepolitik der Banken ist, auch im Hinblick auf Basel II, das Rating ihrer Kreditnehmer. Dieses verbessert sich mit der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens. Damit ließe sich der Anstieg des Kreditklimas auch mit der leicht verbesserten Wirtschaftslage in Deutschland erklären. Denn wie in Abbildung 1 deutlich wird, ist auch das ifo Geschäftsklima (GKL) seit August 2003 gestiegen.

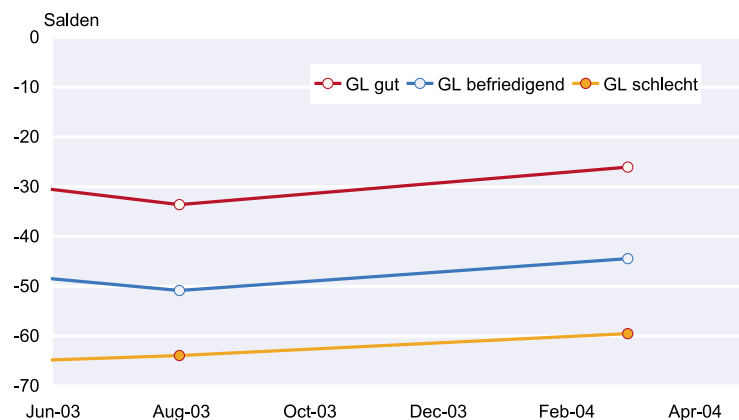
Die vergangenen Erhebungen zeigten, dass eine positive Korrelation zwischen der Einschätzung der Bereitschaft der Banken, Kredite zu vergeben, und der eigenen Geschäftslage (GL) besteht.² Wie Abbildung 2

Abb. 1
Vergleich von Kredit- und Geschäftsklima



Quelle: ifo Institut.

Abb. 2
Entwicklung des Kreditklimas nach Einschätzung der Geschäftslage

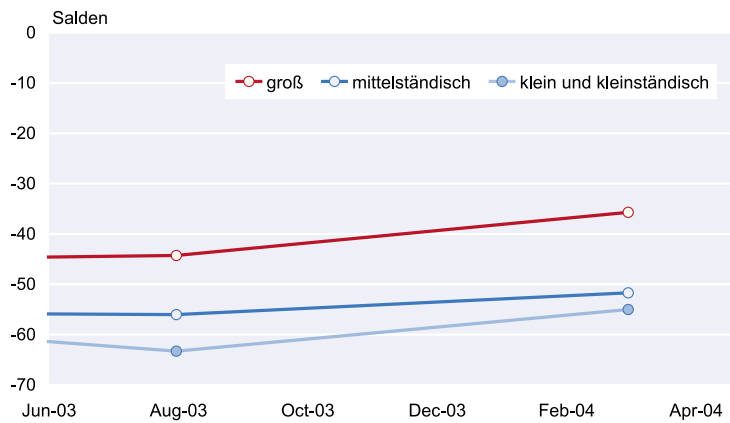


Quelle: ifo Institut.

¹ Die Unternehmen können zwischen den Alternativen »entgegenkommend«, »normal bzw. üblich« oder »zurückhaltend/restriktiv« wählen. Das Kreditklima berechnet sich aus dem Anteil der Testteilnehmer, die mit »entgegenkommend« antworten, abzüglich der Anzahl derjenigen, die sich für »zurückhaltend/restriktiv« entscheiden.

² Vgl. Chr. Hott und A. Kunkel, Kreditpolitik der Banken, ifo Schnelldienst, Jg. 56, Nr. 19, 2003, 51–54.

Abb. 3
Entwicklung des Kreditklimas nach Größenklassen



Quelle: ifo Institut.

Neben der Abhängigkeit von der Geschäftslage zeigte die Untersuchung der beiden vergangenen Erhebungen auch eine Korrelation des Kreditklimas mit der Unternehmensgröße. Nach Abbildung 3 ergibt sich hierbei ein ähnliches Bild wie bei der Geschäftslage: Die Abhängigkeit besteht weiterhin, aber innerhalb der Größenklassen hat sich das Kreditklima verbessert.

Fazit

Das Kreditklima hat sich im März 2004 gegenüber August 2003 auf sehr niedrigem Niveau leicht verbessert, wobei die Verbesserung in Westdeutschland stärker ausfiel als in Ostdeutschland. Eine Ursache für die leichte Aufhellung liegt sicher in der einsetzenden konjunkturellen Erholung, daneben scheinen die Banken aber auch unabhängig von der wirtschaftlichen Situation und der Größe ihrer Kunden ihre Bereitschaft, Kredite zu vergeben, erhöht zu haben.

Wir trauern um unseren Kollegen

Dr. Werner H. Strigel

* 18. April 1921 † 10. Mai 2004

Herr Dr. Strigel gehörte dem ifo Institut bis zu seinem Ruhestand im Jahre 1981 mehr als 30 Jahre an, lange Zeit als Leiter der Abteilung Konjunktur- und Investitionstest, die letzten zehn Jahre bis zu seinem Ausscheiden aus dem Institut als Mitglied des Vorstands.

Unter seiner Führung wurde der ifo Konjunkturtest zu einem bedeutenden Instrument der Wirtschaftsbeobachtung entwickelt. 1972 schuf Dr. Strigel aus den vom ifo Institut monatlich erhobenen Daten über die Beurteilung der gegenwärtigen Geschäftslage und der voraussichtlichen Geschäftsentwicklung den ifo Geschäftsklimaindex, der heute wohl in Deutschland als der wichtigste wirtschaftliche Frühindikator angesehen wird. Der Erfolg dieses Ansatzes hat Herrn Dr. Strigel nicht nur in Deutschland bekannt und anerkannt gemacht. Heute werden Unternehmen in mehr als 50 Ländern befragt.

Auch an der Entwicklung des internationalen Konjunkturtests (Word Economic Survey) hat Dr. Strigel entscheidend mitgewirkt. Zwanzig Jahre hat er als Direktor von CIRET (Centre for International Research on Economic Tendency Surveys) auf zahlreichen Konferenzen zur internationalen Diskussion über Forschungsergebnisse mit Umfragedaten beigetragen.

Mit seinem Gestaltungswillen und seiner Initiative hat er viel für das ifo Institut getan. Wir haben Herrn Dr. Strigel viel zu verdanken und werden ihn nicht vergessen.

Vorstand und Belegschaft

ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung

- 1 *Chancen und Grenzen föderalen Wettbewerbs.* Von Chr. Baretti, R. Fenge, B. Huber, W. Leibfritz, M. Steinherr. ca. 235 S. 2000. € 25,-
- 2 *EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration.* Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte. Von H.-W. Sinn, G. Flaig, M. Werding u.a. 369 S. 2001. € 36,-
- 3 *Familienpolitik für junge Familien: Wirkungen des »Familiengeld«-Konzepts der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.* Von M. Werding unter Mitarbeit von B. Kaltenborn, E. Langmantel, S. Munz. 210 S. 2000. € 23,-
- 4 *Die Einwohnergewichtung auf Länderebene im Länderfinanzausgleich.* Von Chr. Baretti, B. Huber, K. Lichtblau unter Mitarbeit von R. Parsche. ca. 360 S. 2001. € 25,-
- 5 *Finanzpolitik im Spannungsfeld des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.* Zwischen gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen und wirtschafts- und finanzpolitischem Handlungsbedarf. Von W. Leibfritz, R. Dumke, A. Müller. ca. 200 S. 2001. € 25,-
- 6 *Anreizeffekte des Länderfinanzausgleichs.* Von Chr. P. Baretti. 244 S. 2001. € 28,-
- 7 *Die Unternehmensgruppe in der Konzentrationserfassung der amtlichen Statistik.* Erfassung von Kapitalverflechtungen zwischen Unternehmen und von wettbewerblich relevanten Kooperationen. Von Uwe Chr. Träger unter Mitarbeit von S. Brander (†), J. Lachner. 271 S. 2002. € 30,-
- 8 *Auswirkungen des demographischen Wandels auf die staatlichen Alterssicherungssysteme.* Modellrechnungen bis 2050. Von M. Werding, H. Blau. 177 S. 2002. € 20,-
- 9 *Der Maschinenbau im Zeitalter der Globalisierung und »New Economy«.* Von H.-G. Vieweg, H. Hofmann, C. Dreher, S. Kinkel, G. Lay, U. Schmoch. ca. 261 S. 2002. € 45,-
- 10 *Alterssicherung im internationalen Vergleich.* Finanzierung, Leistungen, Besteuerung. Von R. Fenge, A. Gebauer, Chr. Holzner, V. Meier, M. Werding. 288 S. 2003. € 30,-
- 11 *Finanzmärkte, Corporate Governance, IuK-Technologien.* Treibende Faktoren für den Wandel in der Industrie. Von H.-G. Vieweg, M. Reinhard, A. Weichenrieder, R. Meisenzahl, B. Novack. 221. S. 2003. € 45,-
- 12 *Die Bedeutung von Patentschutz für den Technologietransfer in Entwicklungsländer.* Erfahrungen der chemischen Industrie in Südkorea, Malaysia und Chile im Vergleich. Von Th. Röhm. 349 S. 2003. € 30,-
- 13 *Angebot und Nachfrage im Außenhandel.* Theoretische Überlegungen und eine Kointegrationsanalyse für Deutschland. Von M. Meurers. 257 S. 2003. € 25,-
- 14 *Modelle zur Übertragung individueller Altersrückstellungen beim Wechsel privater Krankenversicherer.* Von V. Meier, M. Werding, F. Baumann unter Mitarbeit von W. Dietl. 333 S. 2004. € 35,-
- 15 *ifo Handbuch der umfragebasierten Konjunkturforschung.* Von G. Goldrian (Hrsg.). 368 S. 2004 € 35,-

Zu beziehen beim
ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Poschingerstr. 5, 81679 München

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

Englisch:

<http://www.cesifo.de/lfoInstitute>

